H 8040 F
ISSN 1619-1404
30. Jahrgang
Nummer 178
Mai | Juni 2019
3,50 Euro



Kampfsport

kurze Pause, dann weiter ohne Nazis

der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

Inhalt und Editorial

Titelseite: Schwerpunkt Kampfsport – Photo: Mark Mühlhaus/attenzione

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

das »Bundesamt für Verfassungsschutz« will und soll ein »Frühwarnsystem« sein – dafür bekommt es jährlich immense Millionenbeträge. Doch früh warnen, das tut es nicht. Ob das daran liegt, dass die Bedrohungen von rechts nicht gesehen werden können oder nicht gesehen werden wollen, sei hier erst einmal dahingestellt. Aber über Phänomene wie »Reichsbürger«, »Identitäre« oder »Prepper« – oder früher einmal Rechts-Rock und völkische SiedlerInnen – las man in Zeitschriften und Blogs antifaschistischer Recherchegruppen, in ausgewählten Medien und bei kritischen WissenschaftlerInnen deutlich früher und vor allem detaillierter als beim Geheimdienst – oder bei den mit Steuergeldern auskömmlich finanzierten »Extremismus-Experten« gewisser Hochschulen und in ihren »Jahrbüchern«. »Schneller als der VS erlaubt«, so werben wir daher etwas überspitzt für unser antifaschistisches Magazin.

Und dennoch – oder gerade deswegen – sind die jüngsten Äußerungen des neuen Präsidenten des BfV, Thomas Haldenwang, beachtlich – wenn auch nur im Kontext seiner Vorgänger. Offensiv warnt er vor der »Normalisierung« der radikalen Rechten und beschreibt Überschneidungen von rechten Szenen mit der Mitte der Gesellschaft. Und: »Wir bemerken eine intensivierte Vernetzung unterschiedlicher rechtsextremistischer Gruppierungen«, verkündete er vermeintliche Neuigkeiten. Die »Grenzen zwischen rechtsextremistischen Kreisen und dem Protestbürgertum verschwimmen zunehmend«, warnte er mit großer Geste. Aus gewalttätigen Neonazi-Gruppen könnten sich gar Terrorgruppen bilden. Natürlich, von der »Extremismus-Theorie« kann und will sich das Amt nicht lösen und warnt also vor »Extremismus« von rechts und links – und doch gibt es eine erkennbare Verschiebung. Mehr Augenmerk nach rechts und eine Positionierung gegen genau jene Normalisierungsbestrebungen, die Haldenwangs Vorgänger, Hans-Georg Maaßen, mit seinen Gesprächen mit der rechtsradikalen »Alternative für Deutschland« und seiner Leugnung rechter Gewalt in Sachsen aktiv vorantrieb.

Offenbar haben Ereignisse wie die rechten und rassistischen Hetzjagden in Sachsen 2018, der rechter Terror von Christchurch in Neuseeland im März 2019, Spenden des neuseeländischen Attentäters an die »Identitären« in Österreich, die erschreckenden Fälle von rechten »Preppern«, Terror-PlanerInnen und rassistischen Chat-Gruppen im Milieu von Bundeswehr, Polizei und Geheimdienst und die konstant hohe Zahl rassistischer und rechter Angriffe auf Geflüchtete, MigrantInnen, Linke und demokratische PolitikerInnen inzwischen ein Niveau erreicht, das zumindest Teile des Staatsapparats zu erhöhter Aufmerksamkeit zwingen. Zumindest so viel, wie es das staatlich alimentierte Kartell der Verharmloser – zu denen beispielsweise Eckhard Jesse, Werner Patzelt, Rainer Wendt oder Michael Kretschmer zählen – es zulassen.

Nach Redaktionsschluss veröffentlichten Medien skandalöse Videomitschnitte des rechtsradikalen österreichischen Vize-Kanzlers Heinz-Christian Strache von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) – gut 24 Stunden später trat er am 18. Mai 2019 von seinen Ämtern zurück und die Regierungskoalition aus Konservativen und Rechtsradikalen wurde aufgelöst. Der Fall belegte erneut, dass das Image einer Partei der »kleinen Leute« und einer »sozialen« Politik im Namen »des Volkes« nichts als Lüge ist. Für die radikale Rechte in der Regierung ist der Staat eine Beute, die geplündert werden darf. Die rassistische, nationalistische Politik und die Rehabilitierung des historischen Faschismus werden – als immanenter Bestandteil – von Selbstbedienung, kriminellen Bündnissen und Handeln jenseits der Grenzen der Legalität begleitet. Deutsche Konservative aus CDU und CSU hatten nur wenige Tage zuvor ein antisoziales Steuerkonzept aus der Feder der FPÖ begeistert aufgenommen.

#Jubiläum

Dreißig Jahre Widerstand

Im Mai 1989 erschien die erste Ausgabe der antifaschistischen Zeitschrift »der rechte rand«.

von Andreas Speit



1\. Ausgabe | Mai 1989 | Einzelpreis Zwei Mark

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen

DER RECHTE RAND

Editorial

Ein neues Projekt

Diskussion | Aktionen | Recherchen

1989



2019

Manch Name ist neu, die Gedanken aber nicht. Seit 30 Jahren berichtet »der rechte rand« alle zwei Monate über die extreme Rechte, informiert und analysiert. 30 Jahre, in denen die Redaktion und die AutorInnen nie den Rand der Gesellschaft allein, sondern auch deren »Mitte« kritisch skizzierten. Dem sich selbst entlastenden Gerede der »Mitte«, keine Ressentiments zu pflegen, wurde früh widersprochen. Die aktuelle Debatte um die Studie »Verlorene Mitte – Feindselige Zustände« offenbart die anhaltende Abwehr der sich sonst so reflektiert gebenden »Mitte« der Gesellschaft.

In Deutschland – für dessen »Mitte« seit jeher nur das »Land der Dichter und Denker« steht – darf nicht sein, was nicht sein soll. Spätestens seit der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006 weiß »die Welt« doch, wie lässig und offen die Farben der Nation geschwenkt werden können. Die vehemente Kritik an der Studie, nicht nur von den üblichen Verdächtigen, kann auch als Gradmesser der politischen Atmosphäre betrachtet werden. In den vergangenen 30 Jahren hat die extreme Rechte – von parteipolitischen Formationen über metapolitische Projekte bis zu terroristischen Netzwerken – immer wieder das bundespolitische Koordinatensystem nach rechts verschieben können – und löste damit auch unterschiedliche Gegeninitiativen aus.

Die Wahlerfolge der Partei »Die Republikaner« 1989 führten zur Gründung der Zeitschrift »der rechte rand«. Im Januar des Jahres hatte die Partei des früheren CSU- und SS-Mannes Franz Schönhuber bei der Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin 7,5 Prozent erreicht und im Juni bei der Wahl des Europaparlaments 7 Prozent. Die Debatte, in den damaligen Artikeln der Zeitschrift zu diesem Erfolg, zeigt, dass die heutigen Abwehrmechanismen aus »der Mitte« damals ganz ähnlich erfolgten: Die Partei wurde anfänglich begrifflich nicht klar eingeordnet, die WählerInnen entlastet. Der »Wutbürger« war in den 1990er Jahren noch nicht erfunden. Der Typ »PEGIDA-Versteher«, der nur über alles reden, aber nichts klar benennen wolle, war aber schon wirkungsmächtig.

Die ersten Redaktionsmitglieder richteten das Magazin als ein niedersächsisches Projekt aus, das sie im Laufe der Zeit als norddeutsches und später bundesweites Periodikum etablierten. Von Anbeginn einte die politisch äußerst heterogene Redaktion das Anliegen, ein Magazin von und für AntifaschistInnen zu sein. Eine Recherche der Zeitschrift, die später in Flugschriften oder Blogbeiträgen gegen Rechts aufgegriffen wird, ist bis heute ein Erfolg der Arbeit. Antifaschistische Strategiedebatten griff die Redaktion bewusst nicht auf. Die AutorInnen aus Wissenschaft, Medien, Politik und Zivilgesellschaft sollen nicht durch solche Debatten genötigt werden, sich positionieren zu müssen. Umso deutlicher hat sich »der rechte rand« im analytischen Kontext der rechten Entwicklungen positioniert. Die Maxime von Max Horkheimer: »Wer aber von Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen« wurde in den 30 Jahren beibehalten – was bedeutet, die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft oder die dynamisierte Globalisierung mit geringer politischer Steuerung mitzudenken. Dezidiert antifaschistisch, dezidiert links – in diesem Land »der Mörder und Henker« wird man da schnell nicht bloß von der extremen Rechten angegriffen.

In den großen Medien war »Rechtsextremismus« lange kein Gegenstand großer Berichterstattung. Einzelne Beiträge etwa in den öffentlich-rechtlichen Sendern waren die Ausnahme. Die blinden Flecke über die Netzwerke der extremen Rechten wurden nachhaltig gepflegt. Eine Überspitzung? Für ein Eigenlob? Nein. Die Bilder nach dem zufälligen Auffliegen des «Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe kamen nicht aus dem Archiv des »DER SPIEGEL« oder der ARD. Sie kamen aus antifaschistischen Recherchenetzwerken, die auch das Magazin »der rechte rand« mittragen. In den 1990er Jahren hielt kaum eine der großen Redaktionen es für nötig, langfristig Entwicklungen der »Alten« und »Neuen Rechten« zu verfolgen. Heute, wo Online- und Print-Medien nicht nur über die Radikalisierung der »Alternative für Deutschland« (AfD) laufend berichten, ist dies kaum mehr vorstellbar. Doch auch der gesellschaftliche Druck gegen das rechte Milieu bewegt heute die Presse. Ein Widerstand, der den beschleunigten Rechtsruck der vergangenen sechs Jahre kaum bremsen konnte. Wer diese Verschiebung des Sag-, Wähl- und Handelbaren allein als Niederlage »der Linken« oder »des Antifaschismus« betrachtet, missachtet die Machtverhältnisse und die Diskursmächtigkeit. »der rechte rand« hat »den Rechten« – in militanten Gruppen, biederen Lesekreisen, esoterischen Zirkeln, politischen Parteien, dem burschenschaftlichen Milieu oder rechten Öko-Initiativen – in den vergangenen 30 Jahren ihre Arbeit enorm erschwert. Wie sähe diese Gesellschaft ohne antifaschistischen Widerstand aus? Die zahlreichen Homestories über einen neu-rechten Verleger oder der Waldspaziergang mit einem völkischen Nationalisten offenbaren die Notwendigkeit der Recherchen und Analysen des »Randes«. Die Feststellung einer »neuen« Bedrohung durch rechte Mischszenen, die das »Bundesamt für Verfassungsschutz« in diesen Tagen ausmachte, dürfte die LeserInnen dieser Zeitschrift nicht überrascht haben.

#ErsterMai2019

Termin des Jahres

Ein Rückblick auf die rechten Aufmärsche

von Alexa Anders, Robert Andreasch, Toni Brandes, Kai Budler, Johannes Grunert und Lisa Krug



AfD in Erfurt

Seit bald 30 Jahren ist der 1. Mai fester Bestandteil des Aufmarschkalenders der extremen Rechten – auch wenn es erste Aufmarschversuche am 1. Mai schon Ende der 1970er Jahre gab. Der Erfolg der Mobilisierungen war sehr unterschiedlich – von wenigen Dutzend Neonazis an einem Ort bis hin zu Tausenden in unterschiedlichen Orten (s. drr Nr. 166 und 171). Thematisch nehmen die Aktionen Bezug auf die soziale Frage für »Deutsche« und bedienen einen völkischen Antikapitalismus. In diesem Jahr war die Fokussierung auf Ostdeutschland auffällig (Chemnitz, Cottbus, Erfurt, Dresden, Plauen, Wismar). Allein »Die Rechte« mobilisierte nach Duisburg in Nordrhein-Westfalen. Ein Grund dürften die stärkere Verankerung in der Gesellschaft in Ostdeutschland und die deutlichere Orientierung der gesamten Rechten dort auf eine Verbindung von völkischer und »sozialer« Politik sein – aber auch die drei anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg (01.09.2019), Sachsen (01.09.2019) und Thüringen (27.10.2019) und die Hoffnung, möglichst viele der eigenen SympathisantInnen und WählerInnen für ein Zeichen der Stärke mobilisieren zu können. Insgesamt 2.800 Personen konnten die Rechten an diesem 1. Mai auf die Straße bringen – genug, um sichtbar zu sein, zu wenig, um diesen Tag als Erfolg zu feiern. 2017 kamen beispielsweise noch 1.200 Menschen zum AfD-Aufmarsch nach Erfurt, dieses Jahr waren es hier nur noch gut 500 Rechte.

»Alternative für Deuttschland«

Großspurig hatte die »Alternative für Deutschland« (AfD) in Thüringen ihren Aufmarsch am 1. Mai in der Landeshauptstadt Erfurt als »Blauen Frühling« beworben und angekündigt, den »politischen Frühling im Osten« einzuleiten. Statt der ursprünglich angekündigten 10.000 TeilnehmerInnen folgten nur knapp 500 Personen dem Aufruf und zogen, von lauten Protesten begleitet, zur »Thüringenhalle« in der Nähe des Landtages. Den Auftakt der Kundgebung machten Grußworte von Jens Kestner, Bundestagsabgeordneter aus Northeim, Oliver Kirchner, Landtagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, und des AfD-Landessprechers und Mitglied des Landtages aus Nordrhein-Westfalen, Thomas Röckemann. Sie betonten die Rolle der Thüringer AfD als »Eisbrecher« und behaupteten, »von der AfD Thüringen lernen heißt siegen lernen«. Der Thüringer Partei-Vize Stefan Möller bezeichnete die AfD als einzige wirkliche Sozialstaatspartei. Schnell aber wurde klar, dass es bei Möllers »Sozialpolitik« nur um völkischen Rassismus geht, wenn er forderte, die Grenzen müsse man für »Sozialmigranten« dichtmachen. Der thüringische AfD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl erweiterte das Themenspektrum um den Ostcharakter und warnte, Ostdeutschland sei »das Armenhaus Deutschlands«. Mit dieser Themensetzung will sich die AfD vor den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen als Sozial- und Ostpartei darstellen. Dazu gehört auch die Zurückweisung des europäischen Gedankens durch den Landesvorsitzenden Björn Höcke. Die »Altparteien« würden Deutschland auflösen »wie ein Stück Seife unter einem warmen Wasserstrahl«, während die Souveränitätsrechte nach Brüssel wanderten, sagte Höcke. Auch er setzte auf die sozialpolitische Karte und forderte, dass der »hier erwirtschaftete Wohlstand in erster Linie den eigenen Landsleuten zugutekommt«. Mit seiner Forderung nach einem Untersuchungsausschuss »zur Aufklärung der Machenschaften der ‹Treuhand› in den 1990er Jahren« kann er sich des Beifalls seiner ostdeutschen AnhängerInnen sicher sein. Der Auftritt des AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland blieb leidenschaftslos, dafür positionierte er sich deutlich für den völkischen »Flügel«. Gegen den Aufmarsch protestierten mehr als 5.000 Personen, eine Sitzblockade stoppte den Aufmarsch kurzzeitig. An einem Fest gegen Rassismus und soziale Spaltung beteiligten sich etwa 10.000 Personen.

In Chemnitz versammelten sich rund 250 Personen bei der Kundgebung der AfD auf dem Marktplatz. Die Reden von Beatrix von Storch, Jörg Urban, Maximilian Krah, Nico Köhler und Lars Franke dienten hauptsächlich zur Delegitimierung von Gewerkschaften, indem die RednerInnen sich auf deren Antifaschismus und die geförderte Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt bezogen. Arthur Österle vom rechten erzgebirgischen Heimatverein »Heimattreue Niederdorf«, der bei den rassistischen Großaufmärschen von der Wählervereinigung »Pro Chemnitz« im August und September 2018 eine führende Rolle in der Ordnerorganisation eingenommen hatte, gehörte auch am 1. Mai zum OrdnerInnenstamm der AfD. Nachdem er bereits beim AfD-Bundesparteitag in Riesa als Ordner aufgetreten war, kandidierte er im März für die sächsische Landesliste zur Landtagswahl – obwohl »Pro Chemnitz« auf der sogenannten Unvereinbarkeitsliste der AfD steht. Während die AfD bereits zweieinhalb Stunden vor Ende der Anmeldung ihre Reden beendete, begann »Pro Chemnitz« wenige Hundert Meter entfernt, den zweiten Teil des rechten Unterhaltungsprogramms aufzubauen. Um 15 Uhr hatten sie zu einem »Volksfest« und der Eröffnung ihres Bürgerbüros im 2012 von »Pro-Chemnitz«-Chef Martin Kohlmann erworbenen Haus in der Brauhausstraße 6 mobilisiert. Mit Hüpfburg, Ponyreiten und betont gemäßigten Reden versuchte die extrem rechte Partei nicht nur ihre StammwählerInnen zu unterhalten, sondern um Akzeptanz im Wohnviertel zu werben. Das Haus von »Pro Chemnitz« steht einzeln inmitten eines für Chem-



NPD in Wismar



»Die Rechte« in Duisburg

nitzer Verhältnisse eher links und sehr migrantisch geprägten Wohnblocks. Mit nur 150 Menschen konnte »Pro Chemnitz« nicht mehr als den Kern ihrer AnhängerInnen und eine Handvoll NachbarInnen zu ihrem Spektakel locken. Die Musik der »Volksliedertafel Dresden«, die derzeit bei allen möglichen rechten Events in Sachsen auftritt und die Rede des Vorsitzenden der AfD-Abspaltung »Aufbruch Deutscher Patrioten«, André Poggenburg, dürften nicht viele Menschen angelockt haben.
Gegen die rechten Veranstaltungen startete eine antifaschistische Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmenden zur DGB-Kundgebung, bei der 2.300 Menschen zusammenkamen.
In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden lud die AfD zur Maifeier auf den Neumarkt. Bei Bratwurst und Bier sprachen hier die Kandidaten zur Kommunalwahl, der Spitzenkandidat zur Europawahl, Maximilian Krah, sowie der Landeschef und Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Jörg Urban. Besucht wurde die Veranstaltung von 150 vornehmlich älteren DresdnerInnen. Im brandenburgischen Cottbus hatte die AfD gemeinsam mit der Initiative »Zukunft Heimat« zu einer Veranstaltung unter dem Motto »Sozial, ohne rot zu werden« aufgerufen. 500 Menschen folgten dem Aufruf. Als RednerInnen traten der AfD-Landesvorsitzende Andreas Kalbitz, die AfD-Landtagsabgeordnete Birgit Bessin und der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré auf. Auch Christoph Berndt von »Zukunft Heimat« und Kandidat für den Landtag trat ans Mikrofon. Erstmals fand eine antifaschistische Gegendemonstration mit 500 TeilnehmerInnen und anschließendem Fest statt.
Eigentlich braucht die AfD keine eigenen Veranstaltungen am 1. Mai mehr zu organisieren, um Werbung für sich machen. Sie ist in allen Parlamenten auf Landes- und Bundesebene vertreten. Ihre Infrastruktur ist gut aufgebaut. Zudem sind ihre bevorzugten Werkzeuge Twitter, YouTube und Facebook. Diese werden erfolgreich eingesetzt – im Netz hat die AfD die anderen Parteien abgehängt. Dennoch braucht sie die Präsenz auf der Straße, um an die Mitglieder und WählerInnen starke Signale zu senden und zu mobilisieren. Das gelang jedoch an diesem 1. Mai nicht. Ob die Schwäche der AfD als Bewegungspartei anhält, bleibt abzuwarten. Klar ist aber, dass sich die Schwäche auf der Straße nicht auch in einer Schwäche bei den anstehenden Wahlen zeigen wird.

NPD

Die Mobilisierungsflaute der NPD dauert an. In Sachsen hofft die Partei auf einen Erfolg bei den kommenden Landtagswahlen, in Mecklenburg-Vorpommern muss die Basis der Partei bis zur Landtagswahl 2021 bei Laune gehalten werden.
Trotz Parteiprominenz kamen nur 200 Neonazis unter dem Motto »Sozial geht nur national« nach Dresden. Der Europaabgeordnete Udo Voigt, der Bundesvorsitzende Frank Franz, der sächsische Landeschef Jens Baur und der dortige Spitzenkandidat zur Landtagswahl Peter Schreiber waren als Redner angekündigt. Auch die »Jungen Nationalisten« (JN) mit ihrem Chef Christian Häger vermochten keinen Mobilisierungserfolg zu bewirken. In weißen Shirts (»Antikapitalisten aus Tradition«) bildeten sie den ersten Block. Dahinter fand sich die regionale Parteigefolgschaft ein, aufgefüllt mit überregional angereisten Kameraden, unter anderem Torsten Heise aus Thüringen. Zentrales Thema der Reden war die Selbstvergewisserung über die politische Notwendigkeit der eigenen Existenz. Fast wehmütig wurde auf erfolgreichere Zeiten zurückgeblickt, fast verzweifelt um Anerkennung geworben. Bereits nach 100 Metern wurde der Aufmarsch blockiert, es folgten vier Stunden stop-and-go. Schließlich wendeten die Neonazis und eilten zügigen Schrittes zum nächsten Bahnhof, um den Aufmarsch nach halber Strecke zu beenden. Gegen Frank Franz und Peter Schreiber wird nun aufgrund ihrer Reden wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt.
In Mecklenburg-Vorpommern rief der Landesverband der NPD unter dem Motto »Arbeit – Zukunft – Heimat« zu ihrem 1.-Mai-Aufmarsch in Wismar auf. Der letzte von NPD-Strukturen in Wismar organisierte Aufmarsch hatte am 20. Oktober 2012 stattgefunden. Ab Mittag versammelten sich die 300 NPD-AnhängerInnen am Startpunkt in der Nähe des Wismarer Bahnhofs. Neben den lokalen Strukturen reisten Neonazis aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Brandenburg und Niedersachsen an. Auffällig in diesem Jahr war die Abwesenheit wichtiger NPD-Kader. Nach dem Ausscheiden der NPD aus dem Landtag müssen sich nun etliche Neonazis, die zuvor bei der NPD-Landtagsfraktion angestellt waren, auf anderen Wegen um ihren Lebensunterhalt kümmern. Seitdem zeigen sie sich weniger bei Parteiveranstaltungen in der Öffentlichkeit. Die rund neun Kilometer lange Route verlief entlang der Hauptverkehrsader zum »Brennpunktviertel« Friedenshof und zum Markt in der Wismarer Altstadt. In unmittelbarer Nähe des Gebetsraumes der muslimischen Gemeinde sprach der ehemalige mecklenburgische Landtagsabgeordnete Udo Pastörs während der Zwischenkundgebung unter anderem über den »Angriff auf die Identität« und die »biologische Kriegsführung«. Als Redner aus der »Reichshauptstadt« kündigte der Anmelder Stefan Köster den Berliner Sebastian Schmidtke zur Hauptkundgebung auf dem Marktplatz an.



»Der III. Weg« in Plauen

»Der III. Weg«

Neben dem thüringischen Erfurt macht sich die neonazistische Partei »Der III. Weg« vor allem im südsächsischen Plauen breit. Hier kandidiert sie zur Kreistags- und Gemeinderatswahl, hier unterhält sie seit Jahren ihr Parteibüro und hier hat sie eben erst eine große, repräsentative Immobilie in der Pausaer Straße bezogen. Die Neonazis haben dort an der Hausfassade große Stoffbanner mit dem Parteilogo aufgehängt. Gegenüber dem neuen »Der III. Weg«-Haus versammelten sich am 1. Mai rund 500 Neonazis auf der Wiese des Wartbergplatzes. Es gab mehrere Pavillons der Partei, Stände mit Bastelarbeiten und Second-Hand-Klamotten. Die angereisten TeilnehmerInnen konnten sich an Bierbänken und Tischen niederlassen und für die weiblichen TeilnehmerInnen lagen Blumen parat. Eine Volkstanzgruppe führte vor der Bühne Tänze auf – der Aufmarschauftakt bekam den Charakter eines Festes. Hunderte besorgten sich im Klamottenverkauf das 1. Mai-Shirt der Partei, 2019 erstmals in beige gehalten mit der grünen Aufschrift »Deutscher Sozialismus« – eine Anspielung auf die hellbraunen Hemden des Nationalsozialismus? Es folgte die seit Jahren beim »Der III. Weg« übliche Inszenierung ihrer Aufmärsche: Die Neonazis zündeten Bengalos und farbige Rauchtöpfe und liefen über eine am Boden ausgelegte Europa-Fahne. Hinter der Trommlergruppe marschierten Hunderte ParteianhängerInnen mit dem beigen T-Shirt uniformiert, sie müssen die grünen Parteifahnen in einem ganz bestimmten Winkel nach außen halten. Dahinter folgte ein Block von Neonazis mit den Plakaten der Partei, bevor sich der unorganisierte Rest hinten anschließen durfte. Der Flaggen-Block erinnerte nicht nur wegen der »Nationaler Sozialismus jetzt!«- und »Plauen, erwache!«-Parolen an die Choreographien des Nationalsozialismus. Der revolutionäre Schwung jedoch wich, kaum dass die Pyrotechnik abgebrannt war, schnell einer deutlichen Langeweile. Dennoch hat es »Der III. Weg« mit wenig Aufwand und dank einer laxen Haltung seitens der Stadt und der Polizei in etliche Leitmedien geschafft – sogar bis in die »New York Times«. Nicht allen Neonazis dürften die strikte Marsch-Disziplin, der Zinnober mit den grünen Fahnen oder das Fehlen eines schwarz-weiß-roten Fahnenmeers und von »Antifa, Hurensöhne!«-Gesängen zusagen. Vielleicht hatte deshalb auch die Zahl der TeilnehmerInnen im Vergleich zum Vorjahr (Chemnitz: 700) abgenommen. Beängstigend jedoch: Die Neonazis bekamen in Plauen von vielen AnwohnerInnen Zuspruch und Applaus.

»Die Rechte«

Der Aufmarsch im nordrhein-westfälischen Duisburg stand unter dem Motto »Tag der Arbeit«. Im Netz wurde die Partei »Die Rechte«, Organisatorin der Veranstaltung, etwas ausführlicher: »Lasst uns den Protest auf die Strassen tragen, gegen Sozialabbau, Parteienfilz, Billiglöhne und Masseneinwanderung.« Am Aufmarsch nahmen etwa 200 Personen teil. Spitzenkandidatin der Partei für die Europawahl ist Ursula Haverbeck, eine der führenden Figuren der Szene der deutschen HolocaustleugnerInnen. Die 90-jährige Haverbeck verbüßt eine Haftstrafe wegen Holocaustleugnung. Die Plakate zur Europawahl, die auch am 1. Mai gezeigt wurden, werben mit ihrem Bild, antisemitischen Parolen wie »Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück. Schluss damit« und einer unverhohlenen Drohung in Richtung des politischen Gegners: »Wir hängen nicht nur Plakate. Wir kleben auch Aufkleber.« Die Neonazipartei hat in Nordrhein-Westfalen ihren größten Landesverband und sitzt mit jeweils einem Abgeordneten in den Stadträten von Dortmund und Hamm.

Prozess gegen »Sonnenkrieg Division«

London / England. Am 23. April 2019 hat der 19-jährige Michal Szewczuk vor Gericht gestanden, in zwei Fällen zu Terroranschlägen ermutigt und für »Terroristen nützliche Dokumente« besessen zu haben. Szewczuk und der mitangeklagte Oskar Dunn-Koczorowski haben auf der Internetplattform »Gab« Propaganda der »Sonnenkrieg Division« veröffentlicht. So wurde dem mit Meghan Markle verheirateten britische Prinz Harry vorgeworfen, ein »Rassenverräter« zu sein, der erschossen werden müsse. Auch der norwegische Massenmörder Anders Breivik wurde auf der Seite gefeiert. Die Ermittlungen waren nach einer Recherche der BBC ins Rollen gekommen.
Die »Sonnenkrieg Division« hat sich als britische Version der US-amerikanischen Neonazi-Terrorgruppe »Atomwaffen Division« (s. drr Nr. 173) betrachtet. Das Urteil wird für den 17. Juni 2019 erwartet.

RechtsRock in Italien

Cerea / Italien. Über das Osterwochenende veranstalteten die Neonazis der «Veneto Fronte Skinheads» (VFS) ein RechtsRock-Festival mit dem Titel »Defend Europe«. Angekündigt waren »Fortress« (Australien), »Gesta Bellica« (Italien), »Sleipnir« (Deutschland), »Jolly Rogers« (Spanien), »Squadron« (England), »Katastrof« (Italien), »Acciaio Vincente« (Italien), »LTW« (Polen) und »Snöfrid« (Schweden). Bereits am 19. April 2019 kamen mehrere Hundert bei einem Akustikkonzert der für den Folgetag angekündigten MusikerInnen zusammen. Das Hauptereignis am 20. April 2019 – dem 130. Geburtstag von Adolf Hitler – fand in einem kommunalen Gebäude der Kleinstadt Cerea statt. Die Bands spielten vor 2.000 Neonazis aus ganz Europa. Organisationen wie die in Deutschland verbotene »Blood & Honour« konnten sich neben den »Hammerskins« präsentieren.

Grenzwehr

Sunland Park (New Mexiko) / USA. An der Grenze zu Mexiko patrouilliert die rechte »United Constitutional Patriots« (»Vereinigte verfassungsmäßige Patrioten«, UCP). In der Osterwoche hat die bewaffnete Gruppe 200 Personen an der Grenze zu dem Nachbarstaat angehalten und bis zur Übergabe an die GrenzschutzbeamtInnen festgehalten. Dabei gibt sich die Grenzwehr zum Teil als offizieller Grenzschutz aus, bedroht die Menschen mit Waffen und nimmt sie gefangen. Während zivilgesellschaftliche Organisationen wie die »American Civil Liberties Union« (»Amerikanische Bürgerrechtsunion«) das Vorgehen der UCP scharf verurteilen, geben offizielle Stellen keine Stellungnahme ab. Die Aktivitäten der UCP stehen im Zusammenhang mit dem verstärkten Einsatz von »Bürgerwehren« an der US-amerikanischen Südgrenze.

Hausdurchsuchungen

Cottbus / Brandenburg. Am 10. April 2019 durchsuchte die Polizei Wohnungen, Geschäfte und weitere Objekte in Hennigsdorf, Kolkwitz, Frankfurt (Oder), Görlitz (Sachsen), Kühlungsborn (Mecklenburg-Vorpommern) und den Berliner Bezirken Marzahn und Lichtenberg. Die meisten Durchsuchungen fanden in Brandenburg statt. Rund 30 Objekte waren betroffen, die meisten davon in Cottbus. Ziel der Durchsuchungen waren rechte Hooligans. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit Ermittlungen seit April 2018 wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die rechte Hooligan-Gruppe »Inferno Cottbus«. Auslöser waren unter anderem Auseinandersetzungen zwischen der Gruppe und anderen Fangruppen, außerdem Bedrohungen und Gewalttaten gegen MigrantInnen und Linke. »Inferno Cottbus« hatte sich offiziell im Mai 2017 aufgelöst. Mit der Selbstauflösung wollte die Gruppe wohl einem Verbot zuvorkommen.

Familie über alles

Verona / Italien. Vom 29. bis 31. März 2019 fand der »World Congress Of Families XIII« (WCF) in Verona statt. Der WCF ist ein Projekt der in Rockford, Illinois (USA), ansässigen »International Organization for the Family« (ehemals »Howard Center for Family, Religion and Society«). Die Gruppe fungiert vorwiegend als Veranstalterin für Kongresse und Konferenzen von rechten christlichen Einzelpersonen und Organisationen. Der »World Congress Of Families« wurde 1997 gegründet. Eine bis heute tragende Rolle spielt der einst von Ronald Reagan zum Mitglied der »Nationalen Kommission für Kinder« ernannte Allan Carlson. Auf den regelmäßig abgehaltenen Veranstaltungen propagiert der WCF seine »christlichen« Werte. Im Zentrum steht die traditionelle Familie, die es gegen Homosexualität, Abtreibung und Feminismus zu verteidigen gelte. Der WCF arbeitet dabei mit dem extrem rechten Spektrum zusammen. Der Kongress 2017 in Budapest wurde von dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán (»Fidesz«) eröffnet. In diesem Jahr stand nebst diversen VertreterInnen aus der italienischen Politik der Innenminister Matteo Salvini von der extrem rechten »Lega« als Redner auf der Bühne. Aus Deutschland war Fürstin Gloria von Thurn und Taxis angekündigt. In der Stadt demonstrierten am Samstag 20.000 Menschen gegen den Kongress.

Vertreibung

Rom / Italien. In Italien kommt es immer wieder zu pogromartigen Ausschreitungen gegen MigrantInnen. Seit dem Amtsantritt der »Movimento 5 Stelle« und der »Lega« am 1. Juli 2018 hat sich die Stimmung gegen MigrantInnen verschärft. Am 2. April 2019 kam es im römischen Vorort Torre Mauro zu rassistischen Ausschreitungen. An diesem Tag wurden mehrere Sinti- und Roma-Familien in eine städtische Unterkunft in dem Stadtteil verlegt. FaschistInnen von »Casa Pound« leiteten die Aktionen, in deren Verlauf Müllcontainer und ein Fahrzeug in Brand gesteckt wurden. Um eine weitere Eskalation abzuwenden, entschied die römische Stadtverwaltung nach einem Krisengespräch, die Sinti- und Roma-Familien wieder abzuholen, sie auszuquartieren und woanders unterzubringen.


Schwerpunkt
Kampfsport

#Fight

Milieubeschreibung Kampfsport

von James Tubman und Harriet Baldwin

Das Weltbild von Nazis ist geprägt durch Ungleichheitsideologie, Anti-Pluralismus, Demokratiefeindlichkeit, Elitarismus, Sozialdarwinismus und das Streben nach Macht und Stärke. Dieses setzen sie mit Gewalt gegen Andersdenkende durch. Die – auch im Nazirock oft beschworene – »Macht auf der Straße« muss körperlich erschaffen werden. Kraft- und Kampfsport gehören für viele Neonazis zum Alltag und sind Teil faschistischer Kultur. Im Kampfsport-Milieu gibt es Überschneidungen zwischen Hooligans, Rockern und Türstehern. Auch etliche Rapper demonstrieren ihre Nähe zu Kampfsportlern. Zu den Selbstbildern als archaischer Wikinger, politischer Soldat und gewalttätiger Skinhead ist mittlerweile das des »Mixed Martial Arts« (MMA)-Kämpfers hinzugekommen. Während ein kleiner Teil der Neonaziszene tatsächlich fast täglich trainiert und ein noch kleinerer Teil regelmäßig an Wettkämpfen teilnimmt, brüstet sich der Großteil meist nur mit dem Image des gefährlichen Kämpfers. Mit dem T-Shirt einer Kampfsportmarke soll die eigene Gefährlichkeit signalisiert werden. Durch diese Mimikry gelingt es auch dem unsportlichsten Neonazi, sich selbst als Kampfmaschine in Szene zu setzen und mehr Platz auf der Straße zu beanspruchen. Die Selbstaufwertung durch ein Bedrohungsszenario funktioniert nur über die aktiv kämpfenden Neonazis. Ohne sie würde manch Bierbauch, über den sich ein Cagefighter-Shirt spannt, eher der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Deswegen sind Kampfsportveranstaltungen auch Kristallisationspunkte der Szene. »Fight Nights«, auf denen zumeist Kämpfer, selten Kämpferinnen, gegeneinander antreten, werden vielerorts neben einem eher apolitischen Publikum auch in großer Zahl von Neonazis besucht. Auf die Frage eines Journalisten, warum Kampfsport diese so sehr anziehe, antwortete der MMA-Kämpfer Jesse-Björn Buckler: »Generell kann man sagen, dass Vollkontaktsportarten besonders attraktiv für Menschen sind, in deren Alltag Gewalt und körperliches Durchsetzungsvermögen eine wichtige Rolle spielt. (…) In bestimmten Gegenden, speziell im Osten, hat sich nun noch ein besonderes soziales Milieu herausgebildet, in dem eine rechte Hegemonie existiert und eine weitgehende Akzeptanz solcher Positionen vorhanden ist. Das ist aber kein sportspezifisches Problem, schon gar kein MMA-spezifisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches.« Mit anderen Worten: Wer Gewalt als Mittel des gesellschaftlichen Umgangs, das heißt der Konfliktlösung ansieht, muss Teil einer Gruppe sein, die sich körperlich durchsetzen kann. Die Affinität zu Kampfsport, Waffen, zur Bildung von Männerbünden und die Idealisierung soldatischer Männlichkeit sind das Ergebnis.

Eine einheitliche Betrachtung der verschiedenen Kampfsportkreise in Deutschland ist nicht zielführend. Es existieren seriöse Clubs und Verbände sowie der Profisport, in denen viele AthletInnen kritisch auf die »Schattenseiten« ihres Sports blicken: auf die Personen und Gruppen, die Kampfsport trainieren, um sich effizienter prügeln zu können. Es ist daher festzuhalten, dass sich unter den Profi-KämpferInnen und den TrainerInnen nur wenige Neonazis befinden.

Rückblick: Kämpfer, Soldat und Faschist

In der Anfangszeit der faschistischen Bewegung in Deutschland wurde der Kampfsport ideologisiert. Der Polizeileutnant Erich Stephan schrieb 1922 in »Körperkultur und Selbstverteidigung«: »Die Armee, die Schule der Wehrhaftigkeit, ist uns durch den Vernichtungswillen unserer Feinde genommen (…) Strebe darum jeder danach, allein seinen Körper zu stählen und durchzubilden, um wehrhaft zu werden.« In der Weimarer Republik existierende Boxer-, Ringer- und Jiu-Jitsu-Verbände gingen in den NS-Sportorganisationen auf und sorgten für die vormilitärische Ausbildung. Nach dem Zweiten Weltkrieg verboten die Westalliierten Kampfsport, Fechten und Schießsport. In der DDR wurde Boxen und Ringen als proletarisches Kulturgut begriffen und gefördert. In der BRD hatten die traditionellen, europäischen Kampfsportarten ein schlechtes Image. Dem Boxsport und Kickboxen haftete bis in die 1990er Jahre hinein der Ruf des Rotlichtmilieu- und Ganovensports an.

Die Entdeckung asiatischen Kampfsports

In den 1970er Jahren lösten Kung-Fu-Filme in Westdeutschland ein Interesse an ostasiatischen Kampfkünsten aus. Diese hatten etwas Exotisches und Geheimnisvolles, beispielsweise der Mythos des »Do«, des Weges zu Vervollkommnung und Meisterschaft nicht nur im Körper, sondern auch im Geist. Disziplinen wie Karate, KungFu, TaeKwonDo und Aikido erfreuten sich wachsender Beliebtheit.

Die Begeisterung für japanische Kampfkünste ging mit der Popularisierung der Samurai einher. Dabei steht nicht die Schwertkampfkunst im Mittelpunkt, sondern das Denksystem der japanischen Kriegerkaste und des Feudalismus. Der Samurai wurde zur Identifikationsfigur der Kampfkunstszene. Er wird dort zur Ikone aufgebaut, die einen Kodex von Loyalität bis in den Tod verinnerlicht habe und in ewiger Treue ihrem Lehnsherren diene. Der Samurai kämpfte nicht für sich, sondern für sein Herrscherhaus. Das macht ihn zum bedingungslosen Diener und Soldaten, einem Werkzeug ohne Verantwortung und

Gewissen. Auch den Nationalsozialisten und ihrem Achsenpartner, dem faschistischen Japan, galt der Samurai deshalb als Leitbild. Heinrich Himmler ließ von dem 1937 erschienenen Buch von Heinz Corazza »Die Samurai, Ritter des Reiches in Ehre und Treue« 52.000 Exemplare an SS-Männer verteilen. Unter Neonazis ist das Werk bis heute ein begehrter Klassiker.

Faschisten in Kampfsportvereinen

Die japanischen Kampfkünste bieten mit dem Samurai Anschluss an ein faschistisches Weltbild. Doch gibt es in Deutschland nur wenige Verstrickungen in die Karate- oder Judoverbände. Ausnahme war in den 1990er Jahren die Kampfsport-Schule »Hak-Pao« in Solingen. Sie war für rassistische Jugendliche in der Stadt Anlaufpunkt, Ausbildungsstätte, sozialer Treffpunkt und fungierte als Rekrutierungsbüro der neonazistischen Szene. Mitglieder von Hak-Pao stellten den Saalschutz bei neonazistischen Veranstaltungen. Jeden Freitag fand ein exklusiver »kanackenfreier Unterricht« im »Combat-Karate« statt, obwohl im Team auch migrantische Menschen trainierten. Im Mai 1993 zündeten zwei Teilnehmer der »Freitagsgruppe« ein von TürkInnen bewohntes Haus in Solingen an. Fünf Menschen starben in den Flammen, darunter drei Kinder.

2002 gründeten die Neonazis Tim Bartling und Peter Borchert, die zu den MMA-Pionieren in Deutschland zählen, in Neumünster den heute noch existierenden »Athletik Klub Ultra« (AKU). Bartlings Karriere als Kämpfer geriet jedoch wegen antifaschistischer Interventionen ins Stocken. Es ist unbekannt, ob er noch politisch aktiv ist. Im AKU trainieren zwar weiterhin stadtbekannte Neonazis, doch gibt sich der Verein mittlerweile mit seiner multiethnischen Trainingsgemeinschaft unpolitisch.

Das derzeit bekannteste Beispiel eines Neonazis im deutschen Kampfsport ist der MMA-Kämpfer Benjamin Brinsa. Er, der für die Bekleidungsmarke »Staffbull Department« mit Kampfhunden warb, gehörte unter anderem der 2014 aufgelösten, neonazistischen Leipziger Fußballschläger-Truppe »Scenario Lok« an. Nachdem Brinsa in der ostdeutschen Free-Fight-Szene Erfolge feierte, wurde er vom professionellen MMA-Manager Tim Leidecker unter Vertrag genommen. Mit seiner Unterstützung bekam er im April 2012 den Hauptkampf bei der damals größten deutschen MMA-Veranstaltung »Respect FC«. Doch kurz vor der Gala wurde Brinsa von AntifaschistInnen als aktiver Neonazi geoutet. Daraufhin sorgten teilnehmende Athleten für seine Streichung. Das Kampfsport-Internetportal »GroundandPound.de« erklärte: »Aufgrund der derzeit vorherrschenden Faktenlage begrüßt Groundandpound.de die Entscheidung von Respect. Jegliche Art von politischem Extremismus, Rassismus und Antisemitismus hat im Kampfsport nichts zu suchen.« Tim Leidecker, ehemaliger Mitinhaber des »Ground and Pound«, hält aber an Brinsa fest und vermittelte ihm einen Vertrag in der weltweit größten und finanzkräftigsten Promotion, der »Ultimate Fighting Championship« (UFC). Die UFC wurde jedoch mit den politischen Aktivitäten von Brinsa konfrontiert und löste im September 2013 den Vertrag mit ihm auf, noch vor seinem ersten Kampf.

Brinsa organisierte daraufhin eine eigene Veranstaltung namens »Imperium FC« in Leipzig. Diese wurde 2017 eingestellt. Zur Zeit kümmert er sich um sein Fight-Team und gemeinsam mit Tim Leidecker um ihre Teilnahme bei der neuen von »ran Fighting« der »ProSiebenSat.1 Sports GmbH« übertragenen Veranstaltungsreihe »Nova FC«. Die Premiere im April 2019 kam schon vor dem ersten Event ins Schlingern: Der Auftritt des Neonazi-Hooligans Timo Feucht, dessen Trainer Brinsa ist, von der Kampagne »Runter von der Matte« öffentlich gemacht wurde; Feucht trat letztendlich nicht an. Ein weiterer, der mit Nazisymbolen tätowierte Anton Radko aus der Ukraine sollte, wie der Veranstalter Peter Sobotta in einem Interview auf »ran Fighting« bekannt gab, per Airbrush temporär seine strafbewehrte »Odalsrune« auf der Brust übermalen. Um die Teilnahme der beiden entbrannte eine öffentliche Debatte. Trotz des Löschens jeglicher kritischer Kommentare auf ihren Social-Media-Kanälen kann »Nova FC« die Auseinandersetzung nicht verhindern. Wie sich »ran Fighting« gegenüber VeranstalterInnen verhält, die unbedingt Neonazis ins Fernsehen bringen wollen, bleibt spannend.

Neonazis im Training

In Kampfsportgruppen, in denen Neonazis trainieren, finden sich häufig Menschen mit Migrationshintergrund. Neonazis nutzen die Angebote unabhängig von ihren sportkulturellen oder ideologischen Hintergründen. So trainieren deutsche Neonazis auch Selbstverteidigungstechniken aus dem israelischen »Krav Maga« oder fliegen nach Thailand, um sich dort im »Muay Thai« auszubilden. Rassismus ist im Sport hinderlich. Gerade ambitionierte KämpferInnen sind auf viele unterschiedliche TrainingspartnerInnen angewiesen. Sie nach Hautfarbe, Nationalität, Religion oder politischer Überzeugung auszusuchen, wäre nicht zielführend. Durch Teamzugehörigkeit wird die politische Gesinnung ausgeklammert und Kritik abgewehrt. Das Gleiche ist auch zu beobachten, wenn sich Neonazis einer Motorrad-Gang wie den »Hells Angels« oder »Bandidos« anschließen. Machtstreben im Kampfsport und die körperliche Männlichkeit werden zum übergeordneten Bezugspunkt und bilden eine Grundlage, die (ehemalige) Neonazis und SportlerInnen mit Migrationshintergrund in einem Team mit gemeinsamen Idealen und Zielen funktionieren lässt. Die autoritäre Pose mit dem einhergehenden Heterosexismus schafft Verbindungen. Doch selbst wenn die »eigenen« SportkameradInnen mit Migrationshintergrund von rassistischen Anfeindungen ausgeklammert werden, so wird Rassismus in der Regel weiter gelebt und richtet sich dann gegen Personen außerhalb der Sportkameradschaft. Dieser pragmatische Umgang wird, oftmals von außen, wohlwollend als Zeichen der »De-Radikalisierung« durch Sport fehlinterpretiert.

Mixed Martial Arts – ein umkämpftes Terrain

Dass MMA, ein Kampfsport, der das Image hat, der »härteste« zu sein, für Neonazis attraktiv ist, liegt nahe. Speziell in Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die ersten MMA-Galas 2004 Treffen einer Mischszene aus Neonazis, Hooligans, Rockern und Rotlichtmilieu.

Bis heute ist die Kampfsportszene, insbesondere Kickboxen und



Veranstaltung von »Der III. Weg« in Kirchheim 2018

MMA, dort stark von Neonazis beeinflusst und sorgt für viele Auseinandersetzungen, die es sonst nur im Kontext Fußball gibt.
Erfreulicherweise meldeten sich früh in der MMA-Szene aktive SportlerInnen, die sich offen und konsequent für die Ausgrenzung von Neonazis aussprachen. Da aber kein Dachverband existierte, konnte auch keine gemeinsame Linie und kein konsequenter Umgang mit Neonazis gefunden werden.
Ein Beispiel ist die Diskussion um die Teilnahme von KämpferInnen des »Athletik Klub Ultra« auf einer Veranstaltung des »Shidokan« (sinngemäß übersetzt: »Die Gruppe, die nach den Traditionen der Samurai lebt«). Auch bei »Shidokan«, so die Kritik, würden Neonazis geduldet. Der Vorsitzende Peter Angerer erklärte dazu: »Mit großer Besorgnis verfolge ich derzeit ein noch nie dagewesenes Beispiel an Ungleichbehandlung, Intoleranz und Ignoranz in unserem Sport (…) die Leute, die für Toleranz, Gleichheit, Freiheit und viele weitere schöne Begriffe einstehen, gestehen diese Rechte anderen nicht zu.« Der MMA-Kämpfer Jesse-Björn Buckler sagte gegenüber der »taz«: »Im Kampfsport gelten Respekt, Teamfähigkeit und Fairness als Grundwerte. Daraus leitet sich eine falsch verstandene Toleranz auch für die dümmsten Leute ab«, und weiter: »Wenn man wiederum auf einfachen zivilisatorischen Selbstverständlichkeiten beharrt und darauf besteht, Rassisten und Sexisten keinen Raum zu bieten – dann gilt man schnell als intolerant.«

Neonazis im Wettkampf

Nachdem es für Neonazis in den vergangenen Jahren schwieriger wurde, bei professionellen Veranstaltungen anzutreten, gehen sie dazu über, eigene Turniere zu veranstalten. Mit der Parole »Leben heißt Kampf« organisierte das verbotene neonazistische »Spreelichter«-Netzwerk aus Brandenburg eine Reihe von »Kampfsportturnieren des Nationalen Widerstands«. Diese konspirativen Veranstaltungen erreichten niemanden außerhalb der eigenen politischen Szene. Unter dem Motto »Kampf der Nibelungen« finden seit 2014 an wechselnden Orten in Deutschland Veranstaltungen nur für Neonazis statt. Organisiert werden sie von »Hammerskins« und dem verbotenen Netzwerk »Blood & Honour« – einer selbsternannten Elite der Neonaziszene, deren Mitglieder sich zu körperlicher »Ertüchtigung« verpflichten. Hier entsteht eine neue Form der Mobilisierung und Unterhaltung durch Kampfsport in Kombination mit Neonazirockkonzerten, die nicht nur der Finanzierung von Terror dient.

Zwischen Männlichkeit, Metapolitik und Straßenkampf

In den vergangenen fünf Jahren hat sich Kampfsport für die Neonazi-Szene zum wichtigsten Aktionsfeld neben RechtsRock entwickelt. Bei Veranstaltungen wie dem »Kampf der Nibelungen« kommen hunderte Neonazis, Hooligans und Rocker zusammen. Die Ideologie dahinter ist sexistisch, gewalttätig und nationalsozialistisch.

von Felix M. Steiner

Im Februar 2019 gingen die Organisatoren des größten extrem rechten Kampfsport-Events, des »Kampf der Nibelungen« (KdN), öffentlich auf die Suche nach einem neuen Veranstaltungsort. In den sozialen Netzwerken posteten sie: »Wir suchen eine Halle für den KdN 2019. Es kann eine Eventhalle, Disco oder Stadthalle sein. Voraussetzung wäre Platz für ca. 1000 Zuschauer.« Die neue Suche zeigt, wie groß mittlerweile der Zulauf zu derartigen Events in der Szene und darüber hinaus ist. Neben RechtsRock hat sich damit ein weiteres subkulturelles Aktionsfeld etabliert und in den letzten Jahren professionalisiert, das über die extrem rechte Szene hinaus reicht und so auch andere Milieus mobilisiert. Im Vergleich dazu gibt es hingegen bundesweit keine relevante neonazistische Demonstration mehr, die TeilnehmerInnenzahlen jenseits der 1.000 Personen mobilisieren könnte. Der KdN oder »Ring der Nibelungen«, wie er noch 2013 bei seiner Gründung hieß, zog in den Anfangsjahren »nur« zwischen 120 und 200 ZuschauerInnen an. Die rechte Szene hat sich in den vergangenen Jahren deutlich sichtbar auf die Aktionsfelder RechtsRock und Kampfsport orientiert. Diese agieren aber keineswegs getrennt, sondern sind personell und organisatorisch eng miteinander verwoben. Das zeigte sich nicht nur 2018, als der KdN Teil des RechtsRock-Events »Schild & Schwert« von Thorsten Heise in Ostritz war, sondern auch international wie beim »Propatria Fest« nahe Athen im April 2019. »Propatria Fest« ist nicht nur ein Kampfsportevent, sondern gleichzeitig auch eine RechtsRock-Veranstaltung, bei der Auftritte verschiedener RechtsRock-Bands wie der »Green Arrows« oder »Terrorsphära« zum Rahmenprogramm gehören. Auch mehrere der deutschen Neonazimarken, welche die neonazistische Kampfsportszene unterstützen, werden von Personen betrieben, die sich aus der RechtsRock-Szene rekrutieren, wie beispielsweise die Marke »Greifvogel Wear – Radical Warrior Clothing Brand«, die ihren Sitz in Südbrandenburg hat und vom ehemaligen »Blood&Honour«-Mitglied Sebastian Raack betrieben wird. Raack ist darüber hinaus auch Betreiber des Labels/Versands »Opos Records«. Und auch die Marke »Black Legion« hat nicht nur eine Partnerschaft mit den RechtsRock-Bands »Green Arrows« und »Frontalkraft«, sondern ihr Besitzer Martin Seidel ist außerdem Inhaber des Labels/Versands »Rebel Records«. Damit hat sich also offensichtlich nicht nur ein neues Betätigungsfeld der Szene weiter vergrößert, sondern auch die geschäftlichen Aktionskreise einiger Bewegungsunternehmer haben sich erweitert.

Nicht neu, aber im Aufwind

Dass sich die extrem rechte Szene auch für den militanten Kampf wappnet, ist keineswegs neu. In den zurückliegenden Jahrzehnten gab es immer wieder Wehrsportgruppen und ähnliche Aktivitäten, die sich nicht nur auf den militanten politischen Kampf vorbereiteten, sondern aus deren Reihen auch Anschläge und Morde verübt wurden. Und auch die Kampfsportszene wird nicht erst in den vergangenen fünf bis sechs Jahren von der extremen Rechten aktiv genutzt. Schon 2005 berichtete das »Antifaschistische Infoblatt« (AIB 68/ 4.2005) über die Überschneidungen der Neonaziszene mit dem Kampfsport- und Hooligan-Milieu – sowohl beim Publikum als auch bei den Kämpfern – zum Beispiel beim »Fight Club Chemnitz«. Außerdem gab es bereits Anfang der 2000er Jahre Kampfsportteams in Sachsen, die sich von neonazistischen Firmen wie »Front Records« sponsern ließen. Mit dem weiteren Ausbau der Strukturen dürfte aber nicht zuletzt auch der in den letzten Jahren aufgetretene Boom um die Kampfsportarten Kickboxen oder Mixed Martial Arts (MMA) insgesamt zu tun haben. Die neonazistische Szene hat derartige Entwicklungen immer auch aufgenommen und für sich nutzbar gemacht. In den vergangenen Jahren ist eine enorme Professionalisierung deutlich geworden, die es der Szene auch aus ihren Erfahrungen im Bereich RechtsRock ermöglicht, derartig große Events auf die Beine zu stellen. Damit einher geht auch ein zunehmend selbstbewusstes Auftreten in der Öffentlichkeit. Die Zeiten der klandestin organisierten Konzerte und Kampfsport-Events sind längst vorbei: Großkonzerte mit bis zu 6.000 TeilnehmerInnen aus ganz Europa und ein KdN mit erwarteten 1.000 BesucherInnen sind die aktuelle Realität der neonazistischen Großveranstaltungen.



»Kampf der Nibelungen« Transparent bei der Veranstaltung in Ostritz 2018

Kampfsport als Metapolitik und im Spiegel extrem rechter Ideologie

Der aktuelle Kampfsport-Boom wird dabei am rechten Rand spektrenübergreifend ideologisch eingeordnet und begrüßt. Auf verschiedenen Ebenen konstruiert die Szene damit die Rückkehr zu einer »Wehrhaftigkeit des Volkes« und zur »Männlichkeit«. Schon 2017 schrieb die neu-rechte »Blaue Narzisse«: »Männer müssen kämpfen. Sie müssen Frau und Kind, Volk und Vaterland verteidigen, wenn es sein muss. (…) Eine Gesellschaft, die nicht mehr weiß, wie man kämpft, die nicht mehr den gerechten Zorn des Angegriffenen kennt, ist zum Untergang verurteilt.« Der Duktus neonazistischer Publikationen zum Thema ist dabei nahezu gleich. Auf der extrem rechten Plattform »Gegenstrom« erschien Anfang 2018 ein Text unter dem Titel »Kampfsport als Metapolitik«, in dem es heißt: »In Zeiten der propagierten Geschlechtsneutralität bzw. der Gleichmacherei ist Kampfsport eins der wenigen Bindeglieder, in der der deutsche und westeuropäische Mann sich seiner Männlichkeit noch bewusst sein darf.« Verbunden wird diese Konstruktion von »Männlichkeit« mit dem Argumentationsmuster einer vermeintlichen Verteidigung gegen »Migranten«. Die »Blaue Narzisse« schreibt dazu: »Umso problematischer wird die Situation, wenn solcherart konditionierte Männer auf Millionen von Einwanderern treffen, deren Kultur mehr oder minder genau gegenteilig ausgerichtet ist. Die Zurückweisung der Verteufelung von Kriegertum und wehrhafter Gesinnung ist also mehr als die Verteidigung eines ‹Hobbys›, sondern notwendig zur Auferstehung des Abendlandes.« Die neonazistische Partei »Der III. Weg« arbeitet mit ihrer Untergruppe »Körper und Geist« daran, »einmal das ganze Volk wieder wehrhaft zu machen« und versteht die eigene Sportgemeinschaft als »Teil einer Bewegung zur völkischen Wiedergeburt unserer Nation«, wie es auf der Homepage heißt. Und auch die Plattform »Gegenstrom« konstruiert eben jenes Bedrohungsszenario, wenn die Neonazis schreiben: »Fast täglich muss die autochthone Bevölkerung zuschauen, wie Volksangehörige durch kulturfremde Migranten drangsaliert werden.« Eben jene Argumentation ist es auch, die als ideologische Grundlage eines rechten Terrors gilt, der seine Mordtaten – wie in Neuseeland – als Verteidigungsaktion gegen eben jene konstruierte Bedrohungslage beziehungsweise die »Überfremdung« versteht. Dass das Kampfsporttraining bei weitem nicht nur im Ring eingesetzt werden soll, lassen die verschiedenen Erörterungen, die in der extrem rechten Szene existieren, mehr oder weniger deutlich werden. So heißt es bei »Gegenstrom«: »Es dürfte davon ausgegangen werden, dass die Bereitschaft dann draußen, außerhalb der Trainingseinrichtungen, genauso geweckt ist, wenn es die Situation erfordert.« Die ideologischen Deutungsmuster bewegen sich dabei tief im Fundus des Nationalsozialismus. So gibt es mit der Gruppierung »Wardon 21« seit 2017 auch eine neonazistische Straight-Edge-Auslegung der ideologischen Diskussionen rund um den Kampfsport. So sei durch »jahrzehntelange Umerziehung des deutschen Volkskörpers« ein »Menschenschlag heran gezüchtet [sic!]« worden, »welcher sich freiwillig und sogar freudig in die geistigen Degenerationsmühlen dieses Systems begeben hat«. Daher sieht »Wardon« ihr Ziel darin, »dem Ideal wahrer Volksgesundheit zuzustreben«. Ideologisch bewegen sich die Begründungszusammenhänge somit irgendwo zwischen völkischen Idealen und dem Training für Straßenkampf und Revolution. Die ganz konkrete Gefahr sieht man in Neonazi-Hochburgen, wo trainierte Kampfsportler auf politische GegnerInnen treffen oder bei Demonstrationen versuchen, JournalistInnen zu attackieren. Hier wird jenseits der ideologischen Begründungszusammenhänge die Professionalisierung der Gewalt spürbar und real.

Wandel, Kommerzialisierung und Professionalisierung

In den vergangenen Jahren hat sich die klassische Neonazi-Szene deutlich in Richtung ihrer subkulturellen Aktionsfelder orientiert. Aufmärsche, die seit Ende der 1990er Jahre als zentrale Aktionsform galten, gehen in der Anzahl und der TeilnehmerInnenstärke weiter zurück. Ihre Funktionen haben dabei RechtsRock- und Kampfsportveranstaltungen übernommen: So dienen diese nicht nur der Verbreitung von extrem rechter Ideologie und der Vernetzung der Szene, sondern eben auch als Finanzquelle. Bei der extrem rechten Kampfsportszene folgt die aktuelle Entwicklung einem ähnlichen Muster wie bei der RechtsRockszene seit dem Beginn der 2000er Jahre. Nur verläuft diese heute deutlich rasanter, wohl auch aufgrund der vorhandenen Erfahrungen aus dem Geschäft mit der Hassmusik. Der Fanforscher Robert Claus spricht in den vergangenen Jahren sowohl von einer »Kommerzialisierung« als auch einer »Professionalisierung der Gewalt« beziehungsweise einem »rechten Hooliganismus«. Die Gefahren sind offensichtlich: Neonazis und rechte Hooligans werden ihre gewaltdurchsetzte Ideologie verstärkt auf die Straße tragen und das Gewaltpotential wird dadurch noch weiter steigen.

#Angstmacher

Warntracht

Ein T-Shirt macht noch keinen Straßenkämpfer

von James Tubman und Harriet Baldwin

Manche Zusammenhänge lassen sich besser durch Analogien erklären – die merkwürdige Begeisterung von Neonazis für Oberbekleidung mit brachialen Symbolen oder Aussagen gehört dazu.
In der Natur tragen Wespen und Hornissen auffällige Farben zur Warnung, womit Feinden Ungenießbarkeit und Wehrhaftigkeit signalisiert werden, das Gegenteil von Tarnung. Die Warntracht bei subkulturellen Neonazis ist das Zurschaustellen oder Vorgeben der eigenen Gewaltbereitschaft. Indem sich der Träger als Gefahr für das Gegenüber ausweist, verschafft er sich mehr Präsenz.

Kleidung als Zeichen der Gesinnung

In den späten 1980er Jahren begann in der Naziskinhead-Szene der Trend, T-Shirts mit Bandmotiven zu tragen. Meist waren es Nachdrucke der entsprechenden LP-Covers oder von Konzertplakaten. Zur Inszenierung des Nazi-Rocks gehört neben brutalen und simplen Texten auch eine entsprechende Bildsprache: Wehrmachtspanzer, Kampfflugzeuge und Waffen. Neben historischen Motiven finden sich gewalttätige Darstellungen von Molotow-Cocktails, Schlagringen, Stahlkappenstiefeln und Baseballschlägern, die der eigenen oder vermeintlichen Realität entsprechen. Weniger häufig sind Personen abgebildet, und wenn, dann sind es Soldaten, Klansmänner oder Skinheads.
In den 1990er Jahren wurden T-Shirts mit Logos und Symbolen insgesamt populärer. Ästhetisch näherten sich die Neonazis den Hooligans an. Neben den üblichen »Landser«-, »Störkraft«- und Rudolf-Heß-T-Shirts wurde der Kampfhund, ursprünglich Zeichen der englischen Fußballszene, zur Ikone.
Neonaziversände gründeten eigene Marken wie »Dobermann Deutschland« oder »Staffbull Department«. Doch dem multikulturellen Markenführer »Pit Bull« aus Frankfurt oder »Amstaff« aus Berlin konnten die rechten Marken nie ernsthaft Konkurrenz machen. Kampfhunde sind eben nicht wie die Waffen der Wehrmacht explizit von rechts besetzt.
Die englische Skinheadszene demonstriert seit jeher ihre Nähe zum Boxen, das als klassischer Working-Class-Sport perfekt zur »männlichen« Identität passt. »Lonsdale«, ehemaliger Sponsor von Muhammad Ali, ist die bekannteste Skinheadmarke. Bei Naziskins wurde »Lonsdale« auch deshalb so beliebt, weil bei geöffneter Bomberjacke die Buchstabenfolge »NSDA« (vor allem in Deutschland) als Anspielung auf die »NSDAP« umgedeutet werden konnte. Die Marke kann als frühes Beispiel dafür gesehen werden, wie Neonazis subkulturelle Codes als Erkennungszeichen der Gesinnung nutzen.
»Lonsdale« und auch »Pit Bull« distanzieren sich von rassistischen KäuferInnen und beliefern auch entsprechende HändlerInnen nicht mit Ware.

Neue Marken mit Kampfsportbezug

Mit dem Siegeszug der Mixed Martial Arts (MMA) in Deutschland etablierten sich auch neue, eigene Kampfsportmarken. MMA gilt als hart, kompromisslos und brutal. Durch ein Übertragungsverbot im Fernsehen haftete diesem Sport zumindest anfänglich das Image des Illegalen und Grenzüberschreitenden an.
Entsprechend aufgeladen war das Tragen der MMA-Kleidungsmarken »Tapout«, »Full-Contact Fighter« und »Hitman«. Diese Marken waren in Europa bis etwa 2010 nur schwer erhältlich. Die deutsche Neonaziszene begeisterte sich von Anfang an für den Free Fight, das heißt die MMA. Entsprechend schnell tauchten bald T-Shirts mit Kampfsportbezug in der Szene auf. Im Unterschied zum Organisieren von Sportveranstaltungen ist das Bekleidungsgeschäft deutlich lukrativer und finanziell risikoärmer – auch deutsche Neonazis witterten hier ein Geschäftsmodell. Es gab mehrere Versuche von bekannten Neonazis, eigene Free-Fight-, MMA- oder Kampfsport-Bekleidungsmarken zu etablieren. Eine der ersten kam 2007 aus Gera: Der langjährige Kader der NPD und »Kameradschaft Gera«, Jörg Krautheim, versuchte sich recht erfolglos mit »Attack Sports«. Bei einigen Sportmarken ist der Werdegang diffus, »Walhall Athletik« beispielsweise behauptet von sich: »Der tägliche Kampf mit sich selbst und einer verdorbenen Welt spendet die nötige Innovation für unsere Produkte (…). Disziplin und eiserner Wille sind für uns ein Lebensgefühl geworden, um auch die schwierigsten Zeiten zu meistern.« Eindeutiger ist die erfolgreichste Kampfsportmarke aus der Nazi-Szene »Label 23-Boxing Connection«, in Cottbus gegründet. Der ehemalige Inhaber der Marke ist ein bekannter Neonazi, Hooligan und Kickboxer aus Cottbus. »Label 23« bewegt sich mit seiner sportlichen Streetwear-Bekleidung und Gewalt-Ästhetik am Schnittpunkt zwischen Kraft-, Kampfsportszene und rechtem Hooligan-Milieu. Ähnlich wie »Thor Steinar« ist das Design zwar kompatibel mit einer rechten Lebenswelt, aber eben nicht eindeutig genug, um im Alltag anzuecken. Dadurch konnte sich die Marke über die rechte Szene hinaus verbreiten. Andere Marken wie »Greifvogel Wear«, »Black Legion«, »Svastone« oder »Pride France« sind bisher weniger erfolgreich. Eine Sonderstellung nimmt »White Rex« aus Russland ein: In Deutschland noch nicht etabliert, aber in Russland bereits enorm populär. Die antifaschistische Kampagne »Runter von der Matte« hat weitere extrem rechte Kampfsportmarken auf ihrer Homepage aufgelistet und beschrieben.

Messer mit Blutspritzern

Interessant ist, dass diese Labels grafisch die Darstellungen der Neonaziszene mit denen des Sports mischen. Es finden sich hier Motive, die Waffen zeigen, Runen, Wikinger, Soldaten, schwarze Sonnen und Ähnliches, die bewusst mit den Motiven des Sportes kombiniert werden. Kein professioneller Athlet würde ein mit Messern und Blutspritzern bedrucktes T-Shirt tragen. In internationalen Nazikreisen hingegen ist es ein beliebtes Motiv, das mehrere eindeutige Marken anbieten.
Doch auch hier gilt das Gleiche wie für die Warnfarben der Wespen: Nicht alle gelb-schwarz-gestreiften Insekten tragen einen Stachel. Auch manch harmlose Fliegenart versucht so, sich hinter ihren aggressiven Kollegen zu verstecken. Ebenso funktionieren die Marken nur, weil es etablierte rechte Kampfsportler gibt und weil es faschistische Straßengewalt gibt. Wer »White Rex«, »Greifvogel Wear« oder »Pride France« trägt, zeigt eben nicht seine Begeisterung für den sportlichen Wettkampf, sondern trägt seine rassistische Identität und Gewaltaffinität zur Schau.


MMA
NATIONALIST
FIGHT
CLUB



#International

Kampfsport-Netzwerk

Die Entwicklung des Kampfsportes in der extremen Rechten ist eng mit der Geschichte des Hooliganismus verknüpft. Beide haben sich internationalisiert. Deutlich wird dies an europaweiten Reisen, Events, Medien und Geschäften der Szene.

von Robert Claus

Das Wetter ist grau, ein leichter Wind weht über den Platz. Es ist Oktober 2013 in Moskau. Die extrem rechten Hooligans »Warriors« von CSKA Moskau haben zum Fußballturnier geladen. Auch rechte Ultras und Hooligans aus Köln reisen an: Die Fahne der »Hooligans Köln« hängt am Zaun neben denen der extrem rechten Hooligangruppe »N-Troops« und der neofaschistischen »Einfach-Jugend«. Während die Teams auf dem Platz gegeneinander kicken, wimmelt es drumherum nur so von Runen, Totenköpfen und Keltenkreuzen. Auch gibt es Wein mit Hitlers Konterfei auf dem Etikett.

Es sind gewachsene Netzwerke, mehrfach traten russische Hools mit Kölnern zu Kämpfen in Deutschland an. Zentral für die Verbindung ist der deutsch-russische Hooligan und Neonazi Denis Kapustin – der in Deutschland jahrelang als Denis Nikitin firmierte. Seine Familie zog 2001 aus Russland nach Köln-Chorweiler. Kapustin ging später nach Russland zurück, hielt jedoch Kontakt und bekannte sich Anfang 2017 in einem Interview mit der ukrainischen Hooligan-Website »www.troublemakers.com« freimütig weiterhin der Kölner Hooliganszene zugehörig. »Mit den Jungs aus Köln und Dortmund ist eine echte Männerfreundschaft entstanden. Uns verbinden die nationalistischen Ideen«, beschrieb er damals seine Verbindung nach Deutschland, die er konstant pflegt.
Hierfür sind Fußballturniere wichtige Treffpunkte und haben eine lange Tradition in der Hooliganszene: Im Winter 2018 fuhren Dortmunder Hools zu einem Hallenturnier der »Psycho Fans« ins polnische Chorzow. Im September 2018 wiederum nahmen Leipziger Hooligans aus dem »Imperium Fight Team« rund um den MMA-Kämpfer Benjamin Brinsa an einem Fußballturnier in Lodz teil. Nach dem Turnier in Moskau wiederum wurde noch ein »Ackermatch« durchgeführt – nicht überall ist das üblich. Acht Kölner traten gegen den sogenannten Kindergarten aus Moskau zu einer Gruppenprügelei an und verloren fulminant. Der Anführer der Kölner ging schnell K.O., ein anderer erlitt Brüche im Gesicht. Freizeitspaß für rechte Hooligans.

Der »Kampf der Nibelungen« und die »Gruppa Of«

Auf Seiten der Kölner kämpfte auch Kapustin, der als Schlüsselfigur des extrem rechten Hooliganismus in Europa bezeichnet werden kann. Denn er bietet auch außerhalb Russlands Kurse zu Selbstverteidigung und Messerkampf an. Laut des Blogs »Ukrainianpolicy.com« wurde er 2014 als Redner zu einem Treffen der »London New Right«-Bewegung eingeladen. Schon zuvor hatte er Fitnesskurse auf einem Trainingscamp britischer Neonazis in Wales geleitet, später Seminare zu »Selbstverteidigung« in der Schweiz gegeben.

Zudem verfügt er durch seine 2008 gegründete Neonazi-Kampfsportmarke »White Rex« (dt. »Weißer König«) über Kontakte in die Fanszenen von Legia Warschau sowie Sparta Prag. 2011 begann er, Kampfsportturniere zu veranstalten: Die ersten MMA-Qualifikationsturniere namens »Kriegergeist« fanden in der russischen Provinz statt, anfangs noch in kleinen Räumen mit zehn Kämpfern und zwanzig Zuschauern. Dort konnten sich die Kämpfer für die finalen Turniere in Sankt Petersburg und Moskau vor einer vierstelligen Zahl ZuschauerInnen qualifizieren, die teils international besetzt waren: Aus Deutschland trat der Dortmunder Hooligan Timo K. – Kämpfername »Fritz« – zweifach an. Kapustins Kampfsportreihe wuchs über die Jahre rasant an. Er setzt mit seinem nationalsozialistischen Business, modernen Wehrsportübungen und Veranstaltungsmanagement große Summen an Geld um. Die Vermischung von politischem Hass und rassistischer Gewalt mit der Eventkultur ist zum internationalen Geschäftsmodell geworden. Seinen Onlinehandel in der Schweiz führt mittlerweile ein Kader der »Partei National orientierter Schweizer« (PNOS).

Nach seinen Erfolgen in Russland baute Kapustin europaweit Kampfsportevents für die extrem rechte Szene auf, beispielsweise in Italien oder Ungarn. Zu diesem internationalen Netzwerk gehört auch der deutsche »Kampf der Nibelungen« (KdN). Dieser wurde 2013 erstmals als »Ring der Nibelungen« von Pfälzer und Dortmunder Neonazis ausgerichtet, seinerzeit noch geheim organisiert, vor weniger als 200 ZuschauerInnen. 2017 kamen erstmals über 500 Gäste und der KdN ließ sich offiziell als Marke registrieren. 2018 stand »White Rex« größer auf den Plakaten als der Name des Turniers. KämpferInnen und ZuschauerInnen reisten bundesweit an – von Dortmund bis Cottbus – sowie international, unter anderem aus Skandinavien, den USA, Polen, Tschechien und der Ukraine. Der KdN ist Teil einer internationalen extrem rechten Kampfsport- und Eventreihe geworden, zu dem auch das »Pro Patria« in Griechenland zählt.

An dessen Verbindungen in den Hooliganismus besteht kein Zweifel. 2018 trat erstmals auch die Facebookseite »Gruppa Of« als Sponsor des KdN auf. Sie wurde im März 2017 erstellt und wuchs schnell: Über 22.000 Accounts haben sie mittlerweile abonniert. Durch ihre täglich geposteten Ergebnisse von Hooliganmatches, Fotos von Hooligangruppen und Videos von Straßen- oder Stadionrandalen ist sie derzeit die führende deutschsprachige Informationsseite der Szene in Deutschland und den Nachbarländern. Und steht damit in einer Tradition, die wie die gesamte Entwicklung ihre Ursprünge in den osteuropäischen Szenen hat: »HooligansTV« beispielsweise informiert über die dortigen Gruppen, am Rande der Homepage warb die Cottbusser Marke »Label 23« lange Zeit für ihre Ausstattung.

Zwischen Kampfsportmarken und Drogenhandel

Doch während sich »Label 23« öffentlich halbherzig gegen das Image als extrem rechts wehrt, macht das Netzwerk um »White Rex« aus seiner rassistischen Gesinnung keinen Hehl: Gemeinsam mit einer Reihe an europaweiten, extrem rechten Marken vertreibt es sein Merchandise zum Beispiel über den Internetversand »2yt4u«. Das Kürzel steht für die Lautsprache des englischen Slogans »Too White For You« (dt. »Zu weiß für dich«). Dort verkaufen »White Rex«, »Pride France« (gegründet 2013), »Sva Stone« aus der Ukraine (2010) und »Rodobran« aus Bulgarien (2018) alles von Alltagskleidung bis zu Kampfsportausstattung. Symbolisch bewegt man sich zwischen eher unverfänglichen Tiermotiven und kriegerischen Bildern, deutlicher NS-Symbolik und vermeintlich germanischen oder slawischen Runen. Mit den Labels »Greifvogel« (2014) und »Black Legion« (2016) gehören auch zwei deutsche Labels dem Netzwerk an. Wobei Greifvogel eigentlich zum deutlich älteren Musiklabel »OPOS Records« zählt. Dessen Besitzer Sebastian Raack kommt aus der Dresdner Hooliganszene. »OPOS« steht für »One People One Struggle« (»Ein Volk, ein Kampf«) und ist auch dank seines Versandhandels eines der drei größten deutschen RechtsRock-Labels. Bei den geschäftlichen Beziehungen scheinen frühere, rassistisch motivierte Konflikte zwischen deutschen, ukrainischen und russischen Neonazis keine Rolle mehr zu spielen.

Darüber hinaus entstand 2017 die dem KdN zugehörige Trainingsgruppe »Wardon«, die in eigenen T-Shirts und mit gekreuzten Armen auf Fotos posiert – das Szenezeichen für Straight Edge. Vor allem Drogen werden als moderne Verwahrlosung und Entfremdung von natürlichen Ursprüngen verurteilt und gemieden. Als der KdN im April 2018 erstmals nicht klandestin, sondern als Teil des extrem rechten Festivals »Schild und Schwert« im sächsischen Ostritz stattfand, diskutierten die Organisatoren vorab intern kritisch darüber, ob man vor einem zum Teil hoch alkoholisierten Publikum auftreten wolle.

Letztlich setzte sich die Aussicht auf den finanziellen Erfolg jedoch durch – worin ein Grundwiderspruch der Szene besteht. Denn Kapustin zog im Vorfeld der Fußball-WM 2018 nach Kiew, wirkte dort an den Kampfsportturnieren »Reconquista Club« mit. Im Oktober 2018 – kurz nach dem KdN in Ostritz – nahmen ihn die ukrainischen Behörden fest und ermittelten wegen des Verdachts, er habe Amphetamine hergestellt. Da Kapustin auch Kontakte in die Rockerszene – unter anderem zu den deutschen »Hells Angels« – pflegt, ergibt sich möglicherweise ein Bild. Derlei Drogengeschäfte stehen selbstredend in krassem Widerspruch zum von der Szene propagierten Ideal des asketischen, nationalsozialistischen Straight-Edge-Kämpfers und dem dazugehörigen Slogan »Gesunder Körper – Gesunder Geist«.

Auch der Chef des eingangs erwähnten Leipziger »Imperium Fight Teams«, Benjamin Brinsa, postete Ende März ein Bild auf Facebook, das ihn mit der Ex-Hells-Angels-Größe Frank Hanebuth Arm in Arm zeigt. Kaum überraschend, waren die Leipziger »Hells Angels« doch gern gesehene Gäste auf den Events der »Imperium Fighting Championship«. Zudem funktionieren die erwähnten Kontakte in die polnische Hooliganszene nach anderen Regeln: Die dortige Landkarte ist weniger durch klassische Fan-Freund- und Feindschaften bestimmt, vielmehr geben regionale und landesweite mafiöse Konflikte um Drogenhandel den Ton an. Fahren in die deutsche Rockerszene vernetzte Hooligans dort wirklich nur hin, um auf einem provinziellen Bolzplatz zu kicken?

Letzten Endes mischen sich in der Szene sportliche und kulturelle Aktivitäten – Fußballturniere, Ackermatches und RechtsRock – mit einträglichen Geschäften. Der internationale Versandhandel sowie die möglichen Drogengeschäfte sind dabei zwei zentrale Standbeine. Zwar mögen propagierte Ideale und geschäftliche Tätigkeiten zuweilen im Widerspruch zueinander stehen. Doch klar wird, dass extrem rechte Hooligans keine schlecht organisierten Straßenschläger mehr sind, sondern ein männerbündisches, internationales und professionalisiertes Kampfsport- und Geschäftsnetzwerk begründet haben.

Robert Claus ist Autor des Buches »Hooligans – Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik«, erschienen 2017 im Verlag Die Werkstatt.

#Promoter

Events

von Arthur John Johnson

In Deutschland finden jedes Wochenende dutzende Kampfsportveranstaltungen im Bereich Kickboxen, Muay Thai und Mixed Martial Arts (MMA) statt – meist kleinere Turniere unterschiedlicher Disziplinen, NewcomerInnenveranstaltungen und »Hausgalas« – Veranstaltungen in einem Gym. Große Kampfsportgalas haben bis zu 3.000 ZuschauerInnen. Der Branchenprimus im MMA, die »Ultimate Fight Championship« (UFC) kommt auf etwa 10.000 ZuschauerInnen, wobei selbst bei der bisher größten Veranstaltung 2009 in der Kölner »Laxness Arena« mehr als die Hälfte wohl aus dem europäischen Ausland stammte. 90 Prozent der Events dürften eher im Bereich von 200 - 500 ZuschauerInnen liegen.
Die deutsche Vollkontakt-Kampfsportszene zeichnet sich durch extreme Fragmentierung aus. Unter dem Begriff Vollkontakt-Kampfsport werden unzählige Disziplinen wie K1 Rules, Kickboxen, Muay Thai oder Mixed Martial Arts, um nur einige zu nennen, subsumiert. Noch größer ist die Anzahl der Verbände, die Veranstaltungen sanktionieren, KampfrichterInnen stellen und Titel und Championgürtel vergeben. Die »Bekannteren« darunter heißen ISKA, WKU, WAKO, WFCA, WKC, oder IPTA. Dazu kommen Veranstalter wie GLORY, WE LOVE MMA, FAIR FC und UFC. Grob gesagt bestimmt nicht der Verband, wer um einen Titel kämpfen darf, sondern der Veranstalter der Gala (meist ein Gym, eine Sportschule oder ein Verein) sucht sich den Verband, der seinem Lokalmatador einen Titelkampf ermöglicht. Weltmeisterschaftskämpfe vor 200 ZuschauerInnen sind daher keine Seltenheit. Wer also in Deutschland einen nationalen oder internationalen Titel trägt, muss kein Profi, geschweige denn ein guter Kämpfer oder eine gute Kämpferin sein. Die Gagen für diese Kämpfe bewegen sich in der Regel weit unter 1.000 Euro. Aktuell wird im MMA mehr gezahlt als in den anderen Vollkontakt-Kampfsportarten wie Kickboxen oder Muay Thai, da dieser Sport mehr mediale Beachtung findet. Trotzdem verdient ein durchschnittlicher Oberliga-Fußballer weitaus mehr.
Diese Fragmentierung zeigt sich auch daran, dass der Vollkontakt-Kampfsport nur über eine marginale Repräsentation in den etablierten Verbänden wie dem »Deutschen Olympischen Sportbund« (DOSB) verfügt. Lediglich der »Bundesverband für Kickboxen e. V.« (WAKO) ist Mitglied im DOSB und er gehört noch zu den kleineren Verbänden. Regulierung findet in diesem Sportbereich also nicht durch etablierte Strukturen wie den DOSB oder die Landessportbünde statt, sondern kommt aus der Szene selbst.

Autoritäre Denkstrukturen

Als Randsportart hat man es im Kampfsport oftmals mit gewaltaffinen Menschen zu tun. Kampfsportarten gelten nach wie vor als »Unterschichtensport« und ziehen entsprechendes Klientel an. Auch wenn inzwischen Menschen aller Gesellschaftsschichten anzutreffen sind, TrainerInnen haben es doch immer noch mit Gangs, Clans, delinquenten Jugendlichen, Hooligans oder dem Türstehermillieu in all seinen Schattierungen zu tun. Das in den »Rocky«-Filmen gezeichnete Bild der Entwicklung vom Kleinkriminellen zum Superstar scheint das Handeln vieler TrainerInnen im Umgang mit gewaltaffinem Klientel zu beeinflussen. Neonazis und RassistInnen können sich dort leicht einreihen: Es wird als »Integrationsleistung« betrachtet, dass sie den Sport mit oft migrantischen TrainingspartnerInnen ausüben, auch wenn sie dabei ihre rassistischen Weltbilder nicht hinterfragen. In der Logik der bürgerlichen Extremismustheorie reicht es aus, diese Vorstellungen während des Trainings nicht gewaltförmig zu praktizieren. Das knüpft schließlich an den olympischen Gedanken an: Wir lassen die Waffen ruhen und messen uns im sportlichen Wettkampf.
Dazu kommt, dass autoritäre Denkstrukturen in der Kampfsportszene weit verbreitet sind. Das Selbstbildnis als »Krieger« und Werte wie Loyalität, Konflikt- und Leidensbereitschaft sind anschlussfähig für Neonazis. Der von der Wehrmacht stammende Spruch »Klagt nicht, kämpft« dürfte ungeachtet seiner Herkunft von vielen KampfsportlerInnen geteilt werden.
Auch die hierarchische Struktur vieler Kampfsportschulen dürfte Neonazis gefallen: Ein Trainer an der Spitze, der die Gruppe leitet, kommt dem durchschnittlichen »autoritären Charakter« entgegen. Diese Anziehung beruht auf Gegenseitigkeit: So mancher Kampfsporttrainer fühlt sich bestätigt, wenn Neonazis durch die Unterordnung und oft geradezu devotes Verhalten seine Position innerhalb der Gruppe bestärken. Für ihn sind diese Menschen schließlich keine Gefahr, sie geben sich fügsam und sympathisch. Die Gefahr, die sie für andere Menschen darstellen können, wird ausgeblendet oder sozialarbeiterisch affirmiert. »Ja ich weiß, dass das ein ‹Rechter› ist, aber hier haben wir den unter Kontrolle«, könnte man dem prototypischen Kampfsporttrainer in den Mund legen. Was aber auch erwähnt werden sollte: Gelegentlich werden eben jene Typen als »Prügelknaben« eingespannt, an denen Fortgeschrittene sich austesten, während die Verprügelten dies als Anerkennung ihrer sportlichen Härte interpretieren. Diese Grundstruktur führt mitunter dazu, dass Salafisten und Neonazis in derselben Kampfsportschule trainieren und sich dort wohl fühlen.

Unterschiede in Ost und West

Beim Blick auf Kampfsportdeutschland fallen Unterschiede zwischen »alten« und »neuen« Bundesländern auf. Dies liegt nicht nur an der mangelnden Professionalität der VeranstalterInnen, SportlerInnen und Verbände, sondern vor allem an der Rolle als Randsport innerhalb der Randsportarten. Eine durchschnittliche westdeutsche Kampfsportveranstaltung erreicht weniger als 1.000, maximal 2.000 ZuschauerInnen. Ein Samstagabend in einer beliebigen Großstadt im Westen bietet zahllose Möglichkeiten, sich zu amüsieren. Veranstalter im Osten haben es da leichter: Einerseits gibt es weniger Konkurrenz, andererseits eine hohe Affinität zu Kampfsport. Dies liegt auch an der hohen gesellschaftlichen Anerkennung, den der Boxsport in der DDR genoss. Weiterhin ist die Fußball- und Hooligankultur in den ostdeutschen Bundesländern viel weiter verbreitet, an die Veranstalter einer Kampfsportgala anknüpfen können. Im Osten werden so mit dem gleichen organisatorischen Aufwand wesentlich mehr ZuschauerInnen erreicht als im Westen.



Neonazi mit Schienbeinschützern

Übertragungszeit und Sponsoren

Für den finanziellen Erfolg einer Kampfsportveranstaltung sind zwei Faktoren relevant, die sich wechselseitig bedingen: Fernsehzeit und Sponsoren. Im Kampfsport dominiert das Profiboxen im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen. Noch scheint für einen anderen Kampfsport kein Platz. Aktuell gibt es nur eine Promotion, »Stekos Fight Night«, die Kickboxen im privaten Fernsehen zeigt. Im Bereich des MMA überträgt der Sender »Sport1« die UFC. Deutsche Veranstalter versuchen deshalb vor allem über Streamingdienste oder Onlineportale wie »Fight24« und »ran Fighting« der »ProSiebenSat.1 Sports GmbH« ein Publikum außerhalb der Eventhalle zu gewinnen. Die Zugriffszahlen stehen bisher in keinem Verhältnis zu den TV-Reichweiten. Ziel der Onlineportale im Bereich Kampfsport ist vor allem, möglichst viel Content und damit möglichst viele Klicks zu erzeugen. Der Stream eines Neonazikämpfers kann da insofern interessant sein, wenn durch einen »Naziskandal« die Zugriffszahlen nach oben treiben.

Da sich mit der Übertragung kaum Geld verdienen lässt, sind Sponsoren umso relevanter. Diese sind jedoch schwer zu akquirieren, wenn das öffentliche Interesse fehlt. Im Durchschnitt dürfte das übliche Sponsorenpaket einer Kampfsportveranstaltung bei 500 bis 1.000 Euro liegen, kein Vergleich zum Sponsoring im »etablierten« Sport. So greifen Veranstalter auch auf Sponsoren aus dem Rotlicht-, Rocker- und Glücksspiel-Milieu zurück – und auch die eine oder andere »fragwürdige« Bekleidungsmarke.

Neonazis bei Wettkämpfen

Für die meisten Veranstalter einer Kampfsportgala sind teilnehmende Neonazis ein Phänomen, das entweder als marginal betracht (»das ist eine Minderheit«) oder opportunistisch abgetan wird (»wird sich schon verwachsen«). Auch andere Faktoren spielen eine Rolle: Bei einer Gala kann eventuell eine Kampfpaarung nicht ersetzt werden und es müssen finanzielle Einbußen in Kauf genommen werden. Umgekehrt kann es für Veranstalter interessant sein, gerade einen solchen »kontroversen« Kämpfer einzusetzen, wenn der provozierte Skandal Öffentlichkeit schafft und Tickets verkauft. Bei so manchem Promoter dürfte sogar die Vorstellung herrschen, einen extrem rechten Kämpfer durch eine Niederlage gegen eine/n KämpferIn mit Migrationshintergrund zu entdämonisieren. Und es gibt natürlich auch solche, die aus persönlicher Verbundenheit oder sogar politischer Überzeugung heraus versuchen, diesen KämpferInnen eine Bühne zu bieten. Gleichzeitig gibt es aber auch viele Veranstalter, die Neonazis nicht antreten lassen. Ihnen genügt oft nur ein Hinweis auf den extrem rechten Hintergrund des Kämpfers, damit dieser aus der Fightcard entfernt wird.

Neben der persönlichen Einstellung und den ökonomischen Überlegungen eines Promoters hängt es letztendlich auch vom gesellschaftlichen Umfeld einer Kampfsportveranstaltung ab, wie mit extrem rechten KämpferInnen umgegangen wird. Das ist im Kampfsport wie beim Fußball. Das Gedenken an eine lokale verstorbene Neonazigröße mag in Chemnitz im Stadion unter den Fans keinen Widerspruch erzeugen, in Hamburg aber einen Eklat auslösen. Das Skandalpotenzial ist auch abhängig vom Resonanzboden, auf den es stößt. Dies gilt selbstverständlich auch für Kampfsportschulen und Vereine. Die Mitglieder sind letztendlich ein Querschnitt der jeweiligen Bevölkerungsstruktur. Ein konsequenter Ausschluss von Neonazis könnte in einer Stadt wie Chemnitz das finanzielle Aus bedeuten, in Berlin jedoch die Grundlage des Erfolges.

AntifaschistInnen müssen damit rechnen, dass es nicht unbedingt ausreicht, einen Neonazi in einer Sportschule zu outen oder seine Teilnahme an einem Turnier publik zu machen. Gym-BetreiberInnen und Veranstalter können sich viel zu leicht entweder mit dem »Sozialarbeiter«-Ticket oder dem Narrativ der dunklen »Vergangenheit« eines Kämpfers oder einer Kämpferin herausreden. Vielversprechender erscheint der Hinweis, dass der Kodex des Kampfsports verraten wird. Wenn besagte Person weiterhin gewalttätig ist oder sich öffentlich als Neonazi zu erkennen gibt, greift die Verharmlosung nicht mehr so leicht.



Erfurt: Kampfsport für Kinder
Seit 2016 bot der Verein »Volksgemeinschaft« in seinen Räumlichkeiten im Erfurter Plattenbauviertel Herrenberg unter anderem wöchentliche Kampfsporttrainings an (s. drr Nr. 165). Treibende Kraft dahinter ist der ehemalige Hooligan und langjährig aktive Neonazi Enrico Biczysko, der 2014 mit 2.292 Stimmen für die NPD in den Erfurter Stadtrat eingezogen war. Später wechselte er zur Partei »Die Rechte« (DR) und ist im August 2018 der Partei »Der III. Weg« beigetreten. War er in DR schon Biczyskos steter Begleiter, steht ihm inzwischen der mehrfach wegen Körperverletzung verurteilte Neonazi Michel Fischer aus dem Weimarer Land fest zur Seite. An der Fassade der Räumlichkeiten mit mehreren hundert Quadratmeter in einer alten Kaufhalle prangen jetzt die Insignien des »Der III. Weg«, die Neonazis sprechen inzwischen von einem »Nationalrevolutionären Zentrum«. Es dient der Partei nicht nur als Materiallager, hier finden auch die regelmäßigen Kampfsporttrainings der parteiinternen »Arbeitsgemeinschaft Körper & Geist« statt. Außerdem werden an drei Tagen in der Woche je zweistündige »Trainingseinheiten« für Kinder und Jugendliche angeboten, die Rede ist von einem »Jugendsportprogramm«. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen der Partei unter freiem Himmel wie im April 2019 führen die Neonazis Kinder und Jugendliche an den Kampfsport heran, auf Bildern sind in diesem Rahmen Biczysko und Fischer zu sehen. Dabei haben beide Neonazis eine lange Geschichte in der gewalttätigen Neonaziszene. Fischer wurde zwischen 2013 und 2015 Jahren fünfmal verurteilt, darunter dreimal wegen vorsätzlicher beziehungsweise gefährlicher Körperverletzung. Unter anderem hatte er 2012 mit seinem Vater ein 13-jähriges Kind verprügelt. Biczysko wurde in der Vergangenheit mehrfach wegen Körperverletzung verurteilt. Der als Sportbeauftragte der Partei »Der III. Weg« bezeichnete Björn Mey befand sich im April 2018 in Haft.

»Tenno-Karate-Do Chemnitz e. V.«
Der »Tenno-Karate-Do Chemnitz e. V.« trainiert unter anderem auch Kinder und Jugendliche im Chemnitzer Stadtteil Hilbersdorf. Nach außen hin macht der Verein den Eindruck eines normalen Karatevereins, der im »Sächsischen Karatebund« organisiert ist und neben dem mehrmals wöchentlich stattfindenden Training regelmäßige Lehrgänge mit Gasttrainern organisiert. Die Brisanz des Vereins liegt in seinen Personalien: Als Trainer und im Vorstand sind unter anderem die neurechten Kader Felix Menzel und Benjamin Jahn Zschocke aktiv. Menzel ist Chefredakteur der neu-rechten Schülerzeitung »Blaue Narzisse«, Gründer der selbsternannten »Denkfabrik für Wirtschaftskultur« »Recherche Dresden« und gibt das dazugehörige Magazin »Recherche D« heraus. Jahn Zschocke war bis 2014 Stadtratsmitglied und später Fraktionsgeschäftsführer von »Pro Chemnitz«. Er fungierte als Sprecher der Fraktion und deren Vorsitzenden Martin Kohlmann, als dieser die rechten Großaufmärsche des Spätsommers 2018 in Chemnitz organisierte. Im Januar kündigte Jahn Zschocke an, sich aus der Politik zurückziehen zu wollen. Er arbeitet als Maler und schreibt für das Magazin »Tumult« (s. drr Nr. 172). Menzel und Zschocke gründeten zusammen mit Martin Kohlmann zu Schulzeiten die »Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz«. Der Sportverein, der 2012 etwa 50 Mitglieder hatte und hauptsächlich aus Kindern und Jugendlichen besteht, ist in seinem politischen Wirken eher subtil. So veranstaltete der Vorstand mehrmals Vereinswanderungen zum



Theodor-Körner-Denkmal in der Nähe von Chemnitz. An dem Gedenkstein für den in neurechten Kreisen beliebten Dichter gründeten Menzel und Jahn Zschocke auch ihre Schülerburschenschaft. Der Verein ist heute weiterhin aktiv, auf der Website sind Fotogalerien von Wettkämpfen und Lehrgängen zu sehen. Auf Facebook wirbt der Verein um neue Mitglieder mit dem Motto »Sicherheit für Ihr Kind«.

Lüneburg: Kampfsportlehrer mit rassistischen Gewaltfantasien

Die »Kung Fu Schule Lüneburg« wird von Niklas Schmidt geleitet. Schmidt trägt den fünften Meistergrad. Der Kampfsportler veröffentlicht auf Facebook regelmäßig sowohl unter seinem Klarnamen, als auch auf der Seite der von ihm betriebenen Schule und in öffentlichen Diskussionen extrem rechte, rassistische und geschichtsrevisionistische Thesen und Positionen. Dabei fabuliert er nicht nur davon, dass schwarze Menschen ohne »Sturmgewehre« wieder mit »Speeren und Machete« töten gehen würden, sondern prophezeit auch: »wir werden bald Chemiker, Lagerbauer und Ofenbauer brauchen.« Und weiter schreibt er: »wir werden bald wieder viel zu tun bekommen, das wird unserer chemischen Industrie gut bekommen…« (Fehler im Original). Einen Hehl aus dem dahinter stehenden Menschenbild macht Schmidt dabei nicht. Er kommentierte ein Video, das vermeintlich das Wegwerfen von Wasserkanistern durch MigrantInnen zeigt: »wer aus heißen Wüstenstaaten flüchtet, und geschenktes Wasser wegschmeißt ist, ist ein haufen menschlichem Dreck. für mich stehts unerwünscht, kann gerne zu tode kommen« (Fehler im Original). Eine Erklärung liefert der Kampfsportlehrer direkt hinterher, als er das Video einer Schlägerei teilt: »schwarze gegen weiße, oder Kanacken gegen Normale, oder ein Einzelfall? Feige gegen Mutig, wie ihr wollt, aber immerhin ziehmlich multikulti« (Fehler im Original). Seine rassistischen Vorurteile münden bei Schmidt auch in Gewaltfantasien. Angesichts des Zuzugs von Flüchtlingen sieht er »einen Kampf auf den Straßen, den Feldern, in den Häusern und Wäldern« kommen. Er spricht von einem kommenden Bürgerkrieg, auf den es sich vorzubereiten gelte. Er forderte zudem auf seiner Facebook-Seite zum Kampf gegen MigrantInnen und Geflüchtete auf: »Rüstet auf, lernt Nahkampf, geht zum Schießen.«

Grevesmühlen – Kampfsporttraining im »Thinghaus«

Am 27. April 2019 fand in der Neonazi-Immobilie »Thinghaus« in Grevesmühlen ein Kampfsporttraining statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Kameradschaft »Aktionsblog Rostock«. Für das Training nutzen die Neonazis das Label »2Baltik Korps«, eine Gruppe, die durch die Rostocker Kameradschaft initiiert wurde und sich im klassisch-neonazistischen Duktus im »Kampf gegen den kranken Geist der einhergehenden Gesellschaft« sieht. Rund ein Dutzend Neonazis aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg reisten für die Veranstaltung nach Grevesmühlen. Das Training bestand sowohl aus einem theoretischen Teil als auch zahlreichen praktischen Übungen aus dem Box- und MMA-Bereich. Die Veranstaltung war nicht die erste ihrer Art im »Thinghaus«. Bereits im Mai 2018 war in der Neonazi-Immobilie der Gründer des russischen Labels »White Rex«, Denis Kapustin aka Nikitin für einen Vortrag in Grevesmühlen zu Gast. Neben dem Vortrag wurde auch im Mai 2018 der »Straßenkampf auf dem Boden und mit dem Messer« trainiert.

Neonazis im Sport sind nichts Neues – ihr Style im Gym und im Ring allerdings schon. Mit hippen Designs versuchen rechte Modelabel ihr menschenverachtendes Weltbild gesellschaftlich akzeptabel zu machen. Erst auf den zweiten Blick sind Codes und Marken der extrem rechten Szene erkennbar.

Deswegen: Hinschauen, Ansprechen und Runter von der Matte! Kein Training mit Neonazis!

RUNTER VON DER MATTE

KEIN HANDSHAKE MIT NAZIS



WHITE REX – AGGRESSIVE CLOTHING BRAND

2008 in Russland gegründet

Richtet seit 2012 professionelle MMA- und Weightlifting-Turniere in Osteuropa aus und tritt vermehrt auch als Sponsor und Ausstatter von rechten Events in Frankreich, Italien und Deutschland auf.

„White Rex" veranstaltet ferner RechtsRock-Konzerte, sammelt Geld für Neonazis in Haft, trainiert Neonazis im Nahkampf und unterhält beste Verbindungen zu extrem rechten Hooligans in ganz Europa.



GREIFVOGEL WEAR

2013 in Sachsen gegründet, jetzt in Südbrandenburg ansässig

Der Markeninhaber war bis zum Verbot in 2000 Teil des neonazistischen „Blood & Honour"-Netzwerkes und ist heute mit seinem Label „OPOS-Records" einer der einflussreichsten RechtsRock-Produzenten weltweit.

„Greifvogel Wear" unterstützt europaweit Neonazis, hauptsächlich im Kampf-und Kraftsport und sponsert das neonazistische Kampfsport-Event „Kampf der Nibelungen".



LABEL 23 – BOXING CONNECTION

Seit ca. 2005 in Cottbus ansässig

Entstammt personell der extrem rechten Hooligan-, Ultra- und Kampfsportszene.

Vermischt mit ihren zweideutigen und oft unverfänglichen Designs Elemente des Kampfsports mit Ästhetiken der Hooligan-Szene und konnte sich dadurch auch als Streetwear-Marke etablieren.



SVA STONE – PERUN COMPANY

2010 in der Ukraine ins Leben gerufen

Zeigt in den Designs unverhohlen völkische und faschistische Symbole.

Sponsert Kampfsport-Veranstaltungen, RechtsRock-Konzerte und ist eng mit der faschistischen ukrainischen Militäreinheit „AZOW" verbunden.



PRO VIOLENCE – STREETSPORT

2003 in Magdeburg gegründet

Entstammt personell der Mischszene rechter Hooligans, Rocker und Neonazis aus dem „Blood & Honour"-Netzwerk.

Ist wegen der gewaltverherrlichenden Motive in der Hooligan-Szene beliebt und fand durch namhafte rechte Kampfsportler ebenso Anklang in der Freefight-Szene.



SPORT FREI – EXTREMSPORT

2000 von einem Multi-Funktionär der extrem rechten Szene in Bremen gegründet

Bedient mit gewaltverherrlichenden Motiven und rassistischen Anspielungen in erster Linie die rechte Hooligan-Szene.

Ist einer der Hauptsponsoren der neonazistischen Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen" und ist eng an die RechtsRock-Szene angebunden.



BRACHIAL – THE LIFESTYLE COMPANY

2001 in Westsachsen gegründet und entstammt dem Netzwerk vorrangig rechts-offener Security-Firmen der Region.

Bediente in den Anfangsjahren vor allem das rechte Hooligan-Klientel und bewegt sich nun seit einigen Jahren in der Bodybuilding-und Strongmen-Szene.

Einer der Geschäftsführer und zugleich Model der Marke wird der rechten PEGIDA-Bewegung zugeordnet .



WALHALL ATHLETIK

2012 in der Oberpfalz vom Inhaber eines extrem rechten Szeneversandes und Kader der nun verbotenen Neonazi-Organisation „Freies Netz Süd" gegründet

Trat mit einem eigenen Team auf diversen Turnieren im In-und Ausland auf und sponsert noch heute – unter anderen Geschäftsführung – Kampf-und Kraftsportler, die der rechten Szene nahe stehen.

Die Marke findet durch ihre germanische und pathetische Aufmachung seit Jahren Anklang in der extrem rechten Szene.



PRIDE FRANCE

2013 von einem Mitglied der neonazistischen „Blood & Honour"-Sektion in Frankreich gegründet, welches ferner selbst aktiver Kampfsportler ist.

Tritt offen mit rassistischen und NS-verherrlichenden Motiven auf.

Ist Hauptorganisator eines jährlich stattfindenden rechten Kampfsport-Events in Frankreich und sponsert Neonazis europaweit auf ihren Turnieren.

Mehr Infos & Marken findet ihr auf unserem Blog
runtervondermatte.noblogs.org

Haltung zeigen!

Statements von KampsportlerInnen gegenüber dem Antifa Magazin »der rechte rand«



„Gegenseitig unterstützen"

Kampfsport bedeutet Lernen über sich selbst und andere. Sich mentalen Herausforderungen zu stellen – an sich selbst und anderen zu wachsen. Emanzipatorische Praxen im Sport werden möglich, wenn wir uns einander zuhören, um die Kämpfe unserer TrainingspartnerInnen wissen und uns gegenseitig in ihnen unterstützen.

Stella L.
Muay Thai-Boxerin, engagiert sich beim feministischen Blog-Projekt „1 min-Less"

„Mit Respekt leben"

Kampfsport hilft stark zu machen. Wenn Du eine selbstbewusste Persönlichkeit bist, dann gehst Du ganz entspannt durch das Leben. Du hast es nicht nötig, dir Opfer zu suchen, um dich stark zu fühlen. Du machst dich nicht mehr größer als Du bist und Du machst dich auch nicht mehr kleiner als Du bist. Wenn Du so lebst, dann begegnest Du anderen Menschen immer auf Augenhöhe. Du gehst mit Respekt und in Frieden durch das Leben.

Anuwat
ehem. Muay Thai-Boxer, Rajadamnern und Lumpinee Stadion Veteran

„Das sind Gewaltdemonstationen"

Das Problem ist einerseits, dass Rassismus als legitime, individuelle optionale Meinung behandelt wird, und nicht als ein System, das Menschen unterdrückt. Andererseits wird Sport als unpolitischer Raum ausgerufen. Dabei wird ausgeblendet, was das für eine Konsequenz hat, wenn Neonazis und RassistInnen in Vereinen integriert werden und auf Kampfsportveranstaltungen ungehindert kämpfen dürfen: Es werden Trainings- und Profilierungs- wie auch Vernetzungsräume ermöglicht, die für rassistische und neonazistische Inhalte und Gewaltdemonstration genutzt werden.

Marta V.
Boxerin, engagiert sich bei der antifaschistischen Kampagne „Runter von der Matte"

„Ohne sportliche Ebene"

Ich mag es überhaupt nicht, wenn der Sport politisch aufgeladen wird. Ich mag es nicht, wenn Leute versuchen den Sport politisch zu instrumentalisieren. Aber es ist eine Selbstverständlichkeit, rassistisches, sexistisches und anderes Gedankengut, das die fundamentale Gleichwertigkeit aller Menschen verneint, zurückzuweisen. Konkret heißt dass: Mit Nazis macht man nichts zusammen – weil es eben Nazis sind. Mit Nazis kämpft man auch nicht, sondern man bekämpft sie. Da gibt es keine sportliche Ebene.

Jesse-Björn Buckler
MMA- und Muay Thai-Kämpfer und Coach

„Keine Bühne bieten"

Gerade in einer Zeit, in der rechte Hetze wieder immer lauter wird, sehe ich es als Pflicht, den alten Slogan „Nazis auf allen Ebenen zu bekämpfen" ernst zu nehmen. Auf der Straße, in den Parlamenten aber auch im Ring, im Käfig oder auf der Matte. Erstmal möchte ich diesen Leuten keine Bühne bieten auf der sie sich stark und männlich fühlen und schon gar nicht will ich mit ihnen trainieren.

Matthias Bernard
Brazilian Jiu Jitsu Kämpfer und Trainer

„Empowerment geht nur ohne Nazis"

Beim Kampfsport begegnet man Menschen quasi auf neutralem Boden. Soziale Herkunft, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, usw. usf. spielen keine Rolle. Solange ein respektvoller Umgang herrscht, Rücksicht genommen wird auf den jeweiligen Trainingspartner und dessen Grenzen und Fähigkeiten, können alle gemeinsam lernen und besser werden. Jeder Mensch wird geschätzt, für sein Sosein und das, was der Mensch dadurch ins Team einbringt. Ich denke, es ist bei diesem Verständnis offensichtlich, wie Empowerment einen Platz findet, Nazis hingegen nicht.

Alexandra Baron
dt. MMA-Pionierin, Gewinnerin des „Rough Stone Grand Prix-60kg" in Tokio

»Mit extrem rechten Jugendlichen reden?«

Im Sommer 2016 stand Bautzen infolge gewalttätiger rassistischer Übergriffe bundesweit im medialen Fokus. Mit Sozialarbeit statt Repressionen wollte die Stadt fortan rechte Gewalttaten unterbinden. Das schließt an die Tradition der 1990er und die problematische Idee der »akzeptierenden Jugendarbeit« an.

von Stefanie Lindner



Angela Merkel im rechten Jugendclub "Brunnen" in Magdeburg im April 1993.

Nachdem die Stadt Bautzen zunächst kurzfristig ein Ausgehverbot für Geflüchtete ausgesprochen hatte, setzte sie nachfolgend auf Angebote der Sozialarbeit für extrem rechte Jugendliche. Dieser Ansatz und das positive Feedback, das die Stadt dafür erhielt, spiegeln eine rassistische Täter-Opfer-Umkehr wieder, die in der Sozialarbeit in Bezug auf die Arbeit mit extrem rechten Jugendlichen nicht neu ist.

SozialarbeiterInnen stehen Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme zur Seite, begleiten sie bei Ämtergängen, der Ausbildungssuche und dem Umgang mit individuellen Herausforderungen. Auch wenn sich das Projekt konzeptuell an alle jungen Menschen richtet, hat es doch die Integration von rechten Jugendlichen zum Ziel – verbunden mit der Hoffnung, dass diese ihre Gesinnung aufgeben, wenn sie ihre Schwierigkeiten mit Eltern, Ämtern, Jobsuche und Drogen besser bewältigen können.

Ursprünge und Folgen »Akzeptierender Jugendarbeit«

Das Konzept »Akzeptierende Jugendarbeit« wurde von Franz Josef Krafeld (Professor für Erziehungswissenschaften) Anfang der 1990er Jahre entwickelt und erhielt besonders in Ostdeutschland viel Zuspruch. Es richtet sich generell an Heranwachsende, die ‹anstößiges Verhalten› im öffentlichen Raum zeigen – wurde mehrheitlich aber auf Rechte angewendet. Die »Akzeptierende Jugendarbeit« forderte, diese Jugendlichen seien als AdressatInnen der offenen Jugendarbeit legitimiert und sollten nicht pauschal ausgegrenzt werden. Das Credo lautete: Nicht an den Problemen anknüpfen, welche die jungen Menschen schaffen, sondern an denen, die sie haben. Zudem gelte es zwischen Person und Einstellung zu differenzieren – also die Person, nicht aber ihre Einstellung zu akzeptieren. Rechte Jugendliche werden diesem Konzept zufolge als Opfer sowie als Ausdruck der bestehenden gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet. Die Grundlage dieser Annahme bietet ein sehr eindimensionaler Bezug auf die Desintegrationsthese von Wilhelm Heitmayer. Hierbei wird die extrem rechte Einstellung als eine legitime Reaktion auf individuelle Orientierungslosigkeit und sozialpolitische Benachteiligung oder als schlichte Provokation entpolitisiert. Die »Akzeptierende Jugendarbeit« geht davon aus, Beziehungsarbeit sei die einzige Möglichkeit, rechte Jugendliche zu einer Einstellungsänderung zu bewegen. Durch positive Beziehungserfahrungen mit SozialarbeiterInnen sollen sie dazu angeregt werden, ihre Einstellungs- und Verhaltensmuster zu überdenken und zu ändern. Zentral hierfür ist in der Praxis, dass die Einstellungen der Jugendlichen von den SozialarbeiterInnen nicht oder kaum thematisiert werden, um den Beziehungsaufbau nicht zu gefährden.

Dass dieses Konzept in der Politik und in der Fachwelt großen Anklang fand, hing mit den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zusammen. Als direkte bundespolitische Reaktion darauf wurde soziale Arbeit mit extrem Rechten explizit durch das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) gefördert. In diesem Projekt wurde zumeist das Konzept der »Akzeptierenden Jugendarbeit« mehr oder weniger unreflektiert adaptiert. Es gab Berichte, die Sozialarbeitenden seien in den Projekten entweder überfordert oder teilten die Einstellungen ihrer Klientel. Dadurch entstanden Freiräume, welche die jungen Rechten zur Vernetzung und Agitation nutzen konnten. Ausschlaggebend dafür war auch die dem Konzept inhärente Fokussierung auf Gewaltprävention und das außer Acht lassen der Einstellungen. Faktisch war das Ziel nicht die Einstellungsänderung, sondern lediglich ein weniger sozial störendes und provokatives Verhalten im öffentlichen Raum.

Stabilisierung extrem rechter Strukturen

Bereits Ende der 1990er Jahre wurde Kritik an dem AgAG laut. Nach dem Finanzierungsende des AgAG gab es in der Fachwelt so etwas wie eine stillschweigende Übereinkunft, »Akzeptierende Jugendarbeit« funktioniere nicht mit extrem Rechten. Die Erfahrungen wurden jedoch weder fachlich aufgearbeitet geschweige denn evaluiert. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass die Finanzierung »Akzeptierender Jugendarbeit« durch das AgAG gar zu einer Stabilisierung extrem rechter Strukturen und Organisierungen beigetragen hat. So wies unter anderem die Politikwissenschaftlerin Heike Kleffner im Jahr 2015 darauf hin, dass im Rahmen sozialer Arbeit Projekte finanziert wurden, in denen sich extrem rechte Jugendliche politisch sozialisieren und Netzwerke aufbauen konnten – darunter auch das Kerntrio des NSU. Als Resultat aus den Erfahrungen der 1990er Jahre wurde in dem im Jahr 2001 aufgelegten Förderprogramm des Bundes Abstand von dieser Zielgruppe genommen. Die Projekte zielten stattdessen fortan ab auf »Rechtextremismusprävention« und Demokratiebildung durch Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und Angebote der politischen Bildungsarbeit. Seit 2015 stehen jedoch neben der Demokratiebildung auch wieder rechte Jugendliche als Zielgruppe im Fokus. Folglich muss auch heute wieder darüber diskutiert werden, ob rechte Jugendliche von Angeboten der sozialen Arbeit und offenen Jugendarbeit profitieren dürfen.

Mit extrem rechten Jugendlichen reden?

In den Praxisberichten, die Krafeld im Rahmen seiner Forschung veröffentlichte, fällt auf, dass die SozialarbeiterInnen extreme Situationen aus ihrem Arbeitsalltag – wie die Beteiligung an den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen oder Funde von Waffen in Jugendzentren – unkritisch als Normalität darstellten. Zwar wird sich aktuell nicht mehr auf das Konzept der »Akzeptierenden Jugendarbeit«, oder wie Krafeld es später nannte, «gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit«, bezogen. Doch die Angebote der offenen Jugendarbeit werden auch von jungen Erwachsenen mit extrem rechten Einstellungen genutzt. Im Gespräch mit SozialarbeiterInnen in verschiedenen Städten zeigen sich Parallelen zu der Situation in der offenen Jugendarbeit vor 25 Jahren: Auch heute neigen Sozialarbeitende zur Entpolitisierung der Einstellung von Jugendlichen. Häufig wird argumentiert, diese würden ihre rechten Aussagen, Codes und Musik aus dem Elternhaus mitbringen und dies unreflektiert und unwissend wiedergeben. Dem muss entgegengehalten werden, dass gerade durch die Adaption des rechten ‹Lifestyles› entsprechende Inhalte transportiert und die Jugendlichen dadurch politisiert werden. Daran anschließend ist mitzudenken, dass aus Einstellungen häufig entsprechendes Handeln erfolgt – beispielsweise in Form von Übergriffen und Aktionen «gegen die Anderen«. Zudem entschuldigten und legitimierten die SozialarbeiterInnen die Einstellungen häufig. Hier bezogen sie sich auf Heitmeyers Desintegrationstheorie und argumentierten mit einer Täter-Opfer-Umkehr, bei der Jugendliche – ähnlich wie bei Krafeld – als Opfer der bestehenden Verhältnisse beschrieben werden. Dass dies zum Teil zutrifft und die Jugendlichen auch Opfer sein können, darf jedoch nicht dazu führen, rassistische und rechte Aussagen, geschweige denn gewalttätige Übergriffe zu legitimieren. Auch fehlt einigen SozialarbeiterInnen ein klares Begriffsverständnis von extrem rechter Ideologie. Zwar positionieren sich alle befragten Personen ganz klar gegen Rechts und bezeichnen sich als Linke oder HumanistInnen, haben jedoch Schwierigkeiten, die Problematik der Einstellung der Jugendlichen zu benennen. Eine häufige Begründung, warum die Einstellung mit den Jugendlichen nicht oder nur bedingt diskutiert werden würde, lautet: »Wer sagt mir denn, dass meine Meinung die richtige ist?« Ebenso wie in aktuellen Diskursen ist auch hier zu beobachten, dass das Kernelement extrem rechter Gesinnung – die Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen – als Meinung betrachtet und damit relativiert wird.

Unkenntnis und falsch verstandener Neutralitätsanspruch

Dem zu widersprechen fällt aus humanistischer Perspektive nicht schwer und ist auch im Selbstverständnis sozialer Arbeit begründet. Neben den analytischen Leerstellen äußern die Sozialarbeitenden aber auch, dass sie die Beziehung zu den Jugendlichen nicht gefährden wollen. Sie machen deutlich, dass sie, würden sie zu stark intervenieren, die Jugendlichen verprellen und diese so der Einflussnahme von Rechts in die Arme treiben würden. Im Ganzen zeigt sich, dass die Idee von Krafeld, Beziehungsarbeit könnte die Gesinnung rechter Jugendlicher verändern, nach wie vor Zuspruch findet. Legitimiert wird dies durch einen Überbau aus Unwissenheit der SozialarbeiterInnen in Bezug auf extrem rechte Ideologie, der Entpolitisierung der Einstellung der Jugendlichen und einem falsch verstandenen Neutralitätsanspruch an soziale Arbeit.

Die Sensibilität und der Anspruch, besonders bei jungen Menschen, die in ihren Familien und ihrem Umfeld mit (extrem) rechten Hegemonien konfrontiert sind, Gegenimpulse zu setzen und diese durch Beziehungsarbeit zu stabilisieren, ist nicht generell als falsch zu bewerten. Aber es besteht eine dringende Notwendigkeit, dass SozialarbeiterInnen hierzu ausreichend Wissen, Haltung und Argumentationsgrundlagen haben, um in die Konfrontationen zu gehen. Außerdem braucht die offene Jugendarbeit Konzepte, wie damit umgegangen wird, wenn die Strategie der Beziehungsarbeit nicht erfolgreich ist. Es ist zwingend notwendig, hier über die Grenzen und Konsequenzen zu sprechen, um eine Wiederholung der 1990er Jahre zu verhindern. Es darf nicht passieren, dass soziale Arbeit nochmals den Fehler begeht, extrem rechten Strukturen Räume zu bieten und so zu ihrem Erstarken beizutragen.

Die Filterblase der rechten Influencer

Die größte Video-Sharing-Plattform der Welt bietet nicht nur Musik, Schminktipps und »Let's Plays«, sondern auch rechte Verschwörungstheorien und und faschistische Weltbilder. Die rechte Szene weiß YouTube erfolgreich als Einflusssphäre zu nutzen.

von Frida Westrick

Wenige Tage nachdem Daniel H. am 25. August 2018 in Chemnitz getötet wurde, stand kurzzeitig ein Video auf Platz eins der YouTube-Charts: Chris Ares, auch bekannt als »rechtsnationalistischer Rapper« funkte aus dem Auto seine Sicht auf die Ereignisse von Chemnitz in die Welt. Aufgebracht beklagte er sich darüber, Medien und Politik würden das »tägliche Schlachten und Aufschlitzen, das tägliche Vergewaltigen«, »den Rassismus gegen Deutsche« verschweigen, während sie »Menschen, die für eine Zukunft streiten, zu Tätern, zu einem Mob diffamieren«. Der Datenanalyst Raymond Serrato wertete damals den Traffic zu Chemnitz aus und resümierte, »rechte und verschwörungstheoretische Videos« dominierten zu diesem Zeitpunkt, weil sie »extrem schnell« hochgeladen worden waren – Berichte beispielsweise von öffentlich-rechtlichen Sendern folgten erst später. Wer sich also zuerst auf YouTube informierte, kam leicht an Falschinformationen aus dem rechten Spektrum. Und von da aus weiter in eine rechte Filterblase.

»eines der mächtigsten Radikalisierungs-Instrumente des 21. Jahrhunderts«

Die »Radikalisierungs-Maschine«

Schon vor Chemnitz nannte die US-amerikanische Soziologin Zeynep Tukfeci YouTube »eines der mächtigsten Radikalisierungs-Instrumente des 21. Jahrhunderts«. Ziel ist es, die NutzerInnen möglichst lange auf der Plattform zu halten – der Mutterkonzern Google verdient sein Geld mit dem Verkauf angepasster Werbe-Einspielungen. So werden immer radikalere Inhalte vorgeschlagen, denn soziale Netzwerke leben vor allem vom Content, der emotional anspricht und polarisiert und eher nicht davon, die NutzerInnen mit möglichst großer Ausgewogenheit zu langweilen. »Der Empfehlungsalgorithmus optimiert nicht für das, was wahrheitsgemäß oder ausgewogen oder für die Demokratie gesund ist«, sagte dessen damaliger Entwickler Guillaume Chaslot dem »Guardian«. Natürlich wird niemand, der sich mal ein Video von Chris Ares angeschaut hat per Autoplay spontan zum Neonazi, aber die Funktion ist ein begünstigender Faktor zur Radikalisierung. Einmal in der Blase, findet sich genug Futter für die Festigung des Weltbildes. Der Empfehlungsalgorithmus führt zu weiteren Videos von »rechten Influencern« wie Nikolai Nehrling (»Der Volkslehrer«), Miro Wolsfeld (»UNBLOGD«), »Outdoor Illner« und allen voran Martin Sellner (»Identitäre Bewegung«), mit knapp 95.000 AbonnentInnen einer der Spitzenreiter. Wer sich darauf einlässt, hat große Chancen, krude Thesen, antisemitische Ausfälle und faschistische Weltbilder ‹am laufenden Band› zu konsumieren. Diese werden durch ständige Wiederholung und immer radikalere Ansichten verstärkt. Neben den Video-Empfehlungen gibt es auch Verknüpfungen zu »ähnlichen Kanälen«, die ebenfalls mit einem unbekannten Algorithmus arbeiten. Neben Martin Sellners Kanal sind »COMPACT TV« und »Laut gedacht« verlinkt, von da aus geht es weiter in die Kanäle des esoterisch-verschwörungstheoretischen »NuoViso.TV«, Hagen Grell oder Malarich (»PI News«). Eine Analyse der Kommunikationswissenschaftler Jonas Kaiser und Adrian Rauchfleisch zeigte, dass die Kanäle von der »Alternative für Deutschland«, NPD, »Identitäre Bewegung«, PEGIDA, rechten »Alternativmedien« und VerschwörungstheoretikerInnen eng miteinander verknüpft sind. Die YouTube-Algorithmen tragen so zur Bildung rechter Netzwerke bei – ein »rechtes Paralleluniversum«, das wenige Berührungspunkte zu anderen YouTube-Communities aufweist und so auch nicht von ihren Meinungen erreicht wird. Aussagen, alle Flüchtlinge seien kriminell, die Gesellschaft verrotte und die Meinungsfreiheit sei abgeschafft, bleiben unwidersprochen und bestätigen sich somit.

Katzenvideos, Schminktipps und »Let's Play«

Schätzungsweise 400 Stunden Material wird pro Minute auf YouTube hochgeladen. Musik, Tiervideos oder Tutorials hat sich wohl jede/r schon mal angesehen. In Deutschland sind unter den Top-Kanälen »BibisBeautyPalace« mit Schminktipps (5,6 Millionen AbonnentInnen), aber auch Formate wie »Let's Play«, Erklärvideos, Sport oder Comedy vertreten. Kurz: es gibt alles auf YouTube, das Meiste ist Unterhaltung und extrem rechter Content ein sehr kleiner Teil. Im Monat werden etwa 3,25 Milliarden Stunden Videos angeschaut, durch Liken, Disliken und Kommentieren beziehen sich YouTuberInnen und NutzerInnen immer wieder aufeinander. Über Memes und Codes werden eine eigene Kultur und Sprache transportiert, Normen und Werte geschaffen, die mit denen der analogen Welt kollidieren können. Einer der weltweit erfolgreichsten YouTuber, »Pewdiepie«, stand 2017 wegen antisemitischer und NS-relativierender Darstellungen in

der Kritik. »Pewdiepie«, mit bürgerlichem Namen Felix Kjellberg, erklärte, er habe nur zeigen wollen, wie »verrückt die moderne Welt« sei. Witz, Satire, Ironie sind wichtige Bestandteile der YouTube-Kultur. Der Attentäter von Christchurch lieferte mit dem Ausspruch »Subscribe Pewdiepie« eine »ironische Referenz« auf den YouTuber. Kjellberg distanziert sich von dieser Bezugnahme und ist natürlich nicht dafür verantwortlich, dass ein australischer Neonazi Menschen brutal

> Unterschiede zwischen Meinung, Beleidigung und Verhetzung werden meist nicht gemacht, es herrscht die Auffassung vor, gesagt werden dürfe erstmal alles.

ermordet. Er steht nur für einen Stil, der oft zu finden ist: laut, aufgedreht, polarisierend, und wenn's dann mal ein bisschen drüber ist, muss es im Sinne der freien Meinungsäußerung ausgehalten werden – beziehungsweise war es ironisch gemeint. Das Beispiel zeigt auch, dass das Internet kein isolierter Raum ist, dessen Einflusssphäre am Bildschirm endet.

Gegen die »Meinungsdiktatur«

Rechten »Inflencern« dürfte es entgegenkommen, dass im digitalen Raum die Bandbreite des »Sagbaren« ohnehin weiter gefasst und »Meinungsfreiheit« ein Kampfbegriff ist. Unterschiede zwischen Meinung, Beleidigung und Verhetzung werden meist nicht gemacht, es herrscht die Auffassung vor, gesagt werden dürfe erstmal alles. Wie nutzen sie diesen Raum? Auffällig ist, dass die »alte Rechte« kaum eine Rolle spielt: Die Kanäle von »Der III. Weg«, »Die Rechte«, Udo Voigt und NPD und Meinolf Schöhnbohms »Recht und Wahrheit« rangieren im Vergleich zu denen der »neuen Rechten« am unteren Ende des Klickzahlen-Rankings. NPDler Patrick Schröder erreicht mit »FSN-TV« immerhin 8.355 AbonnentInnen. Im Bereich »News« dominieren Formate wie »COMPACT«, »AfD« und ähnliche, die durch Imitation der von ihnen verhassten »Mainstreammedien« Seriosität vortäuschen. Im weitesten Sinne kommentieren sie Zeitgeschehen und bieten alternative Deutungsmuster zur »Meinungsdiktatur«. Plattformspezifischer sind Formate, die im Sinne der sozialen Netzwerke eine enge parasoziale Interaktion zwischen Influencer und RezipientInnen ermöglichen. Diese Formate widmen sich als greifbare Personen der »Aufdeckung der Wahrheit«, entlarven durch ihre Einordnung »Lügen« und lassen vermeintlich unterdrückte Stimmen zu Wort kommen. Sie inszenieren sich als unbeugsame KämpferInnen, als »metapolitische Avantgarde« (Sellner), bieten Einblick in ihr Weltbild und machen sich zur sympathischen Identifikationsfigur für ihre ZuschauerInnen.

Kochen mit Martin Sellner

Ein wichtiger Authentizitätsfaktor ist der persönliche Einsatz, den sie zeigen: Henryk Stöckl streamt mit Helm live von der Gelbwesten-Demo aus Straßburg oder lässt sich von der Polizei aus der »Antifahölle Hamburg« eskortieren. »Der Volkslehrer« ist ebenfalls fleißiger Vor-Ort-Berichterstatter, so pöbelt er so lange auf der »Fridays for Future«-Demo in Berlin, bis er von »Gretas Lynchmob« vom Platz »gejagt« wird. Dieses Erzählmuster findet sich auch bei anderen selbsternannten »Infokriegern«, um die »Meinungsdikatur« live und in Farbe erfahrbar zu machen und in Anlehnung an Wortergreifungsstrategien den politischen Gegner (VertreterInnen der Zivilgesellschaft, AntifaschistInnen, PolitikerInnen) bloßzustellen. Sie treten somit den Beweis an, dass das, was selbst gesehen und erlebt wird, der Wahrheit entspricht und eben nicht das, was »die Medien« sagen. Sich immerwährend selbst versichern, dass man zum Zirkel der Erweckten gehört, geht aber auch als »Schreibtisch-Täter«: Vlogs wie »UNBLOGD« und »Laut gedacht« von Philip Thaler und Alexander Malenki (»Kontrakultur Halle«) kommentieren polemisch von ihrem Zimmer oder selbstgebauten Studios aus aktuelle Themen aus Politik, Medien und Gesellschaft. Auch Martin Sellner streamt regelmäßig von Zuhause aus seine Botschaften. Bei der Raumnahme im Sinne der Metapolitik werden aber auch neue Wege bestritten: So filmt sich Sellner beim Kochen und reicht in der »IBSTER-Kitchen« Wiener Schnitzel mit Endiviensalat. Man erfährt nicht nur, wie man Zwiebeln zerdrückt und dass die Kartoffel »keine gute Frucht für Mitteleuropäer« ist (»Sie kommt aus dem Ausland«), sondern bekommt auch privaten Klatsch und Tratsch und seine politischen Ansichten serviert. Eine Art Kultstatus in der »identitären« Community genießt der langbärtige »Outdoor Illner«, der in YouTube-tauglicher Mischung aus Blödsinn und »Satire« preppermäßig mit einem Löffel Trolli-Burger zerschneidet oder mit einem Pizzaschneider im Wald Holz bearbeitet. Teil solcher Clips sind aber auch mal »humorige« Anspielungen auf den Hitlergruß, MigrantInnen (»primitive Völker«) oder KZ-Besuche (»Wir waren im KZ oder im Theater… ist ja auch scheißegal, irgendso ein Schwul-Ding«), dann wieder ein philosophisch angehauchter Beitrag. Ob im Wald, am Schreibtisch

oder auf der Straße – sie alle sind Teil einer »patriotischen Szene« von »Alternativmedien«-ProduzentInnen und AktivistInnen, die identitäre, völkisch-nationalistische Ideen propagieren und dabei aufeinander Bezug nehmen, sich gegenseitig zitieren, bewerben oder interviewen. Begriffe wie »der große Austausch« und Narrative wie »die Linken haben keine Argumente, nur die Nazikeule« fallen immer wieder wie selbstverständlich und tragen damit zur großen Erzählung bei: Die Selbstinszenierung als eingeschworene Gemeinschaft, die mit pseudo-intellektuellem Geplapper deutlich macht, dass sie alles besser weiß, sich wehrt, und Anfeindungen tapfer erträgt oder gar mit rebellischem Stolz vor sich herträgt. Dabei wird Nähe erzeugt: Wenn der rechte Influencer seine Fans ins Zimmer einlädt, ihnen seine »Freunde« vorstellt und sie in seine Erlebnis- und Gedankenwelt eintauchen lässt. Doch auch wenn sich Rechte beim Imkern, Kochen oder Survivaltraining in Szene setzen – es geht immer noch darum, reaktionäre, rassistische oder auch antisemitische Begriffe einsickern zu lassen und dadurch Sprache und Diskurse zu verändern. Vielleicht machen auch extreme Rechte diese Dinge echt gerne, aber in erster Linie geht es ihnen um eine strategische Inszenierung, die gesellschaftlich anschlussfähig ist.

> ... allgemein ist YouTube die zweitgrößte Suchmaschine der Welt

Je nach Studie nutzen 60 bis 90 Prozent der Menschen zwischen 14 und 29 Jahren YouTube jeden Tag, die durchschnittliche Nutzungsdauer beträgt 1,5 Stunden. Laut JIM-Studie 2018 rufen zwei Drittel der Jugendlichen die Plattform auf, um sich über ein Thema zu informieren – allgemein ist YouTube die zweitgrößte Suchmaschine der Welt. Man kann also sagen, YouTube spiele eine bedeutende Rolle bei der Informationsbeschaffung. Die Videos werden von da aus über Messenger oder andere soziale Netzwerke geteilt. So beobachtete Datenanalyst Serrato, dass, als ein Video Sellners zur »Wahrheit« über den UN-Migrationspakt über Telegram und Discord verbreitet wurde, bald Videos mit ähnlicher Argumentation auftauchten und der UN-Pakt so erst zum öffentlichen Thema wurde. YouTube ist PR-Werkzeug, Rekrutierungsfeld und Austauschplattform der rechten Szene und kann auch als Ausgangspunkt für Kampagnen und Falschinformation fungieren. Dies muss nicht, kann aber dazu führen, dass online geschürte Hetze im schlimmsten Fall politische Entscheidungen beeinflusst und zu realen Gewalttaten animiert.

Sicher in der Grauzone

Die rechten Influencer treten selbstbewusst auf, da sie auch nicht allzu viel zu befürchten haben. »Hassrede« widerspricht zwar grundsätzlich den Community-Richtlinien, doch Sanktionierung wird »für jedes Video individuell abgewägt«. Das 2017 eingeführte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) sollte Hass im Netz zurückdrängen, allerdings entscheiden bisher die Konzerne darüber, was gelöscht wird und tatsächlich gelöscht wird so nur ein geringer Teil. Allein die schiere Menge an Material macht es unmöglich, alle Inhalte zu prüfen, zudem sind die Kriterien unklar. Die Frage, welche Äußerungen tatsächlich strafrechtlich relevant oder dazu geeignet sind, Hass gegen Gruppen und Einzelpersonen zu schüren, scheint weder rechtlich, technisch noch ethisch leicht zu beantworten. Wo freie Meinungsäußerung aufhört und Hetze anfängt, ist auch offline Gegenstand der gesellschaftlichen Aushandlung. Wenn der ehemalige Grundschullehrer Nehrling eine Gedenkfeier für den verstorbenen Holocaust-Leugner Ernst Zündel zeigt, bei der dessen Wirken als »Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit« in epischer Breite gewürdigt und mit dem bei der Waffen-SS beliebten Lied »Wenn alle untreu werden« geschlossen wird, ist das scheinbar im Rahmen. Ebenfalls, wenn sein Interviewpartner auf dem »Schild&Schwert«-Festival »Führer befiehl, wir folgen dir!« witzelt. Meist ist die Wortwahl beiläufig und wirkt unverfänglich, die Provokation sorgfältig abgewägt. Sollte es doch zu Kanalsperrungen, zu »Zensur« kommen, hilft Ausweichen auf Zweitkanäle, Spiegeln auf »redpilled« oder Verbreitung über andere soziale Netzwerke. Als kürzlich der »Volkslehrer«-Kanal gesperrt wurde, protestierten seine Fans, alle Videos wurden wieder freigegeben. »Outdoor Illner« lud ein zuvor gesperrtes Video in modifizierter Fassung wieder hoch. Doch die Kriterien für Sperrungen aber auch für Sagbares bleiben unklar und diffus, was eine Debatte sehr erschwert. Werden Inhalte doch strafrechtlich beanstandet, wird zudem juristische Hilfe angeboten. Die Kanzlei »Wilde Beuger Solmecke« zum Beispiel bringt sich aktiv in die YouTube-Community ein und fischt mit Kommentaren zu aktuellen Vorgängen auf dem eigenen Kanal (»Kanzlei WBS«, rund 432.000 AbonnentInnen) um KundInnen in der rechten Szene.

Propagandaplattform und Einnahmequelle

Die rechten YouTuber nutzen die Plattform für ihre Botschaft, droppen ihre Vokabeln und Narrative und machen sie zum Teil eines normalen Diskurses. Sie vernetzen sich und andere und aktivieren das interessierte Publikum, sich weitergehend mit ihren Inhalten auseinanderzusetzen. Darüber hinaus mobilisieren sie zu Demos und Veranstaltungen, empfehlen Musik, Bücher, andere Kanäle. Social-Media-gerecht agieren sie als Personen authentisch und emotionalisierend und versuchen damit andere gesellschaftliche Kreise zu erreichen. Im Gegensatz zu anderen sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter können Influencer bei YouTube Geld verdienen. Die Einnahmen liegen bei mittelmäßig erfolgreichen Kanälen schätzungsweise bei einigen hundert bis tausend Euro im Monat. 2018 verschärfte YouTube die Kriterien: Seitdem müssen YouTuber mindestens 4.000 Stunden »Sehdauer« innerhalb eines Jahres sowie 1.000 AbonnentInnen vorweisen, um an den Einnahmen beteiligt zu werden. Inhalte werden nun kritischer geprüft, damit WerbepartnerInnen ein »sicheres Investitionsumfeld« erhalten. Auch wenn die rechten YouTuber nicht am Ausschüttungsprogramm teilnehmen, dürften sie auf oder mit der Plattform verdienen. »Laut gedacht« wird, ebenso wie weitere Social-Media-Projekte, von »Ein Prozent e. V.« finanziert. Unter den Kanälen sind in der Regel Spendenoptionen via Bitcoin oder Paypal angegeben, um das Format zu unterstützen. Und auch wer nur zuschaut, Videos teilt oder sich auf sie bezieht, bezahlt die rechten Influencer mit einer der wichtigsten Währungen im Netz überhaupt: Aufmerksamkeit.



Höcke und andere AfDler in Chemnitz 2018

#DerFlügel

Die hofierte Hausmacht

Rund 11.000 Mitglieder in der »Alternative für Deutschland« werden dem völkischen Block »Der Flügel« zugerechnet. Der innerparteiliche Konflikt um dessen Führungsfiguren wird größer.

von Kai Budler

»Angekündigte Nazi-Jagd fiel ins Wasser«, ätzten »Der Flügel«-Anhänger als Mitte März die Landesvorstandssitzung der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Nordrhein-Westfalen beendet war. Im Raum standen innerparteiliche Sanktionen gegen AfD-Mitglieder, die in sozialen Medien rassistische und volksverhetzende Posts geschrieben hatten. Doch entgegen der Ankündigung des Co-Vorsitzenden Helmut Seifen, ein gutes Dutzend Mitglieder aus der Partei zu schmeißen, ist das Ergebnis überschaubar. Es blieb bei einem Antrag auf Amtsenthebung und Ämtersperre auf ein Jahr für den Münsteraner Bezirksvorsitzenden Steffen Christ und einem beantragten Ausschlussverfahren gegen eine weitere Person. Zudem muss über beides erst einmal das Bundesschiedsgericht der Partei entscheiden. Damit bleibt die erwartete Entscheidung der AfD in Nordrhein-Westfalen aus, der Richtungsstreit tobt auch zwischen Seifen und seinem Vorstandskollegen Thomas Röckemann. Der Bruch im Landesverband mit seinen etwa 5.300 Mitgliedern ist beispielhaft für den Konflikt der AfD mit seinem völkisch-nationalistischen Block, der nun auch zum »Verdachtsfall« des Verfassungsschutzes geworden ist

Schaffung der nationalen Bewegung

Derlei Konfliktlinien waren im November 2015 noch nicht zu ahnen. Damals traten der Brandenburger Landeschef Alexander Gauland und der Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende in Thüringen, Björn Höcke, zeitgleich bei Aufmärschen in Magdeburg und Erfurt auf. Sie präsentierten »Fünf Grundsätze für Deutschland« als »Handlungsmaxime für eine patriotische Alternative für Deutschland«. Diese

sollten die »Erfurter Resolution« aus dem März 2015 ergänzen, die »Der Flügel« als seine »Gründungsurkunde« bezeichnet und maßgeblich von Höcke und dem damaligen Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, initiiert worden war. Die Resolution wandte sich gegen den Kurs des Parteivorstandes unter Bernd Lucke und seine Distanzierung gegenüber PEGIDA, am ersten Entwurf soll Götz Kubitschek mitgeschrieben haben. Innerhalb von zehn Tagen unterzeichneten rund 1.600 Parteimitglieder das Papier, darunter AfD-AmtsträgerInnen aus neun Bundesländern als ErstunterzeichnerInnen. Bei den Reden von Gauland und Höcke acht Monate später hatte »Der Flügel« bereits sein erstes Ziel erreicht: Im Pakt mit der damaligen Parteisprecherin Frauke Petry hatten die AnhängerInnen erheblich zum Sturz von Parteimitbegründer Lucke beigetragen. Als Petrys Co-Sprecher wurde Jörg Meuthen gewählt. Luckes Abwahl war ganz im Sinne von Björn Höcke und dessen Vorstellung von einer nationalistisch »bewegungsorientierten Partei«. Folgerichtig beschreibt er den »Flügel« als guten Geist, »der darüber wacht, daß wir eine echte Alternative zu den etablierten Parteien bleiben. Ob das Projekt AfD langfristig Erfolg haben wird, liegt weniger an der objektiven politischen Lage (…), sondern mehr an der Fähigkeit ihrer Spitzenfunktionäre, die Partei vor einer Anpassung ans Establishment zu bewahren und sie als wirkliche Erneuerungskraft zu etablieren«.

In der »Erfurter Resolution« warnte »Der Flügel« davor, »daß nicht Karrieristen und Postenjäger die Oberhand in der Partei bekommen und die politischen Inhalte nicht verwässert werden«. Laut Höcke sei dies der Grundgedanke, der sich gegen den »provokativen Umbau der AfD zu einer technokratisch ausgerichteten Partei« wendet sowie gegen eine innere Gruppe, »die möglichst schnell zum etablierten Parteienspektrum aufschließen will« und dafür bereit sei, »die herrschenden Denk- und Sprechverbote teilweise oder ganz zu übernehmen«. Der »Flügel« begreife die AfD als »bürgerliche Protestbewegung«. Hier sollen »wirklich alle relevanten Probleme erörtert, offen erörtert und angesprochen werden können, jenseits von irgendwelchen politischen Tabus und Begriffsvorhaben«, erläuterte Höcke. Kurz zuvor hatte sich Götz Kubitschek gefreut, die »Erfurter Resolution« gebe denjenigen eine Stimme, die »von der AfD eine Ausweitung des Handlungsspielraums erwarten«. Innerhalb des Parteiensystems und seiner Spielregeln müsse sich aber auch sie an Spielregeln halten und verliere dabei ihre Rolle als »Alternative«. Deshalb müsse sie die Felder »außerhalb des Parteienrechts und der Rechtsordnung des Staates« bespielen. Dort seien »die Regeln und Verbote von Gesellschaftslobbyisten aufgestellt worden« und genau hier sei der Raum für gezielte Tabubrüche.

Von Erfurt nach Chemnitz

Dieses Modell setzte der Thüringer Landesvorsitzende Ende 2015 mit der von ihm propagierten »fundamentaloppositionellen Bewegungspartei und einer fundamentaloppositionellen Bewegungsfraktion« auf den Erfurter Straßen um. Mit diesem »Thüringer Weg« mobilisierte die AfD auf ihren Aufmärschen zeitweise bis zu 8.000 TeilnehmerInnen. »Der Flügel«-Initiator Höcke begrüßte im Mai 2016 den stellvertretenden PEGIDA-Chef Siegfried Däbritz auf dem Erfurter Domplatz ebenso wie den extrem rechten Rapper »Chris Ares« alias Christoph Zloch vom »Bund deutscher Patrioten« und aus dem Umfeld der »Identitären Bewegung« (IB). Zu einem Zeitpunkt, als zumindest noch öffentlich Abgrenzungsbeschlüsse in der AfD beachtet wurden, hatte Höcke im Frühjahr 2016 bereits realisiert, was er rund zwei Jahre später als Marschrichtung vorgab: »Es ist in jedem Fall unnütz, hier noch eine peinliche Abgrenzeritis zu betreiben, nur weil man Angst hat, sich durch das bisweilen rustikalere Auftreten der Protagonisten und Demonstranten ‹schmutzig› zu machen. Straßenproteste sind von Natur aus derber und akklamatorischer als Parlamentsreden oder feinsinnige Disputationen. Außerdem wächst uns als parteipolitischer Kraft auch eine wichtige Aufgabe zu, nämlich die ‹rohen Formen› der Bürgerproteste geistig zu veredeln und in eine vernünftige parteipolitische Programmatik und Strategie zu integrieren.« Ein Motto, dem sich die Protagonisten dieses Blocks verpflichtet fühlten, als sie im September 2018 in Chemnitz mit Neonazis und rechten Hooligans aufmarschierten. Was Höcke mit seiner selbsternannten Straßenbewegung in Erfurt vorgemacht hatte, wurde zum großen Schulterschluss der verschiedenen extrem rechten Milieus. Für die Strategen eine weitere Etappe auf dem Weg zur völkisch-nationalen Einheitsbewegung unter dem Dach der AfD.

Mit seinem anfänglichen Netzwerkcharakter beharrte »Der Flügel« zunächst noch darauf, kein eingetragener Verein zu sein: »Eine Mitgliedschaft im eigentlichen Sinne ist demzufolge nicht möglich. Mitglieder des ‹Flügel› gibt es in dieser Form nicht.« Zur bundesweiten Vernetzung dient das seit 2015 jährlich stattfindende »Kyffhäuser-Treffen«, das 2018 zum ersten Mal außerhalb von Thüringen stattfand. Mit etwa 1.000 TeilnehmerInnen erzielte das Treffen im sachsen-anhaltischen Burgenlandkreis den bisher größten Andrang. In den letzten vier Jahren traten nicht nur die offensichtlichen Vertreter auf, wie Höcke und Poggenburg, der aktuelle Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD Brandenburg Andreas Kalbitz oder Hans-Thomas Tillschneider von der sich seit September 2018 in Selbstauflösung befindlichen »Patriotischen Plattform« (PP). Auch die amtierenden Bundesvorsitzenden Alexander Gauland und Jörg Meuthen machten den AnhängerInnen ihre Aufwartung.

Tarnstrukturen für illegale Spenden?

Das Netzwerk wiederum hat während seines Bestehens sukzessiv formale Strukturen entwickelt, wie Höcke sie anderen Partei-Gruppierungen vorgeworfen hatte. In internen Schreiben ist die Rede davon, dass »Der Flügel« in allen AfD-Landesverbänden seine Obleute bestimmt haben soll. So ernannte Höcke bei einem Treffen im Landkreis Meißen im Januar 2019 den Dresdner Bundestagsabgeordneten Jens Maier offiziell zum »Der Flügel«-Obmann in Sachsen. In Bremen soll der AfD-Vorsitzende Frank Magnitz lange Zeit »Koordinator für den Flügel« gewesen sein, sagte das ehemalige AfD-Mitglied Hinrich Lührssen. In Niedersachsen organisieren sich die AnhängerInnen um den AfD-Bundestagsabgeordneten Dietmar Friedhoff in einem »Aktionsbündnis« namens »Pegasus«. Und in

Nordrhein-Westfalen beschuldigte AfD-Landessprecher Seifen seinen Stellvertreter Röckemann, den Landtagsabgeordneten Christian Blex sowie den Münsteraner Bezirkssprecher, Höcke und Co. eine Plattform zu schaffen.

Eigene Strukturen hat »Der Flügel« auch für Geldfragen geschaffen und den Verein »Konservativ!« gegründet. Auf dessen Konto können UnterstützerInnen spenden, auch für das letztjährige »Kyffhäusertreffen« diente es als Spendenkonto. Zudem hatte Höcke in seiner Weihnachtsbotschaft 2018 zu Spenden an den Verein aufgerufen, der von Höckes früherem Wahlkreismitarbeiter und jetzigem AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl geleitet wird. Zweite Vorsitzende ist die stellvertretende Landesvorsitzende der AfD Brandenburg, Birgit Bessin, als Schriftführer fungiert Torben Braga von der Burschenschaft »Germania Marburg«. Schatzmeister ist AfD-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Bundesschatzmeister Frank Pasemann. Dass »Der Flügel« an den Gremien der Partei vorbei Geld sammelt, sorgte nicht nur im Bundesvorstand für Unmut, auch die Bundestagsverwaltung kündigte im Januar 2019 an, die Spendensammlung als mögliche illegale Parteispenden zu prüfen. Das wäre der nächste Finanzskandal innerhalb der AfD und könnte das Vertrauen der Gefolgschaft in den nationalistischen Block schwer erschüttern. Schließlich hatte dessen Galionsfigur Höcke sich selbst als »durch Verlockungen des Establishments nicht korrumpierbar« bezeichnet.

Machtkämpfe in Partei und Strömung

Bei der »Legalisierung von Spenden« brachte Seifen auch den Verein »Alternativer Kulturkongress Deutschland« (AKD) ins Spiel. Der 2016 gegründete Verein mit Sitz in Paderborn besteht vorwiegend aus »Der Flügel«-Gefolgschaft, verfügt über Verbindungen zur IB und veranstaltete Ende 2018 das »Herrmannstreffen« im ostwestfälischen Augustdorf. Auf der auch »Flügelkongress« genannten Veranstaltung sprachen neben den von Seifen kritisierten Röckemann und Blex auch Höcke und der italienische »Lega«-Berater Gianluca Savoini. Ähnliche Treffen gab es in Hessen, wo der »Herkules-Kreis« auf Veranstaltungen mit Höcke die Fahne der Strömung hochhält. Zu seinen Gründern gehörten der 2018 verstorbene Heiner Hofsommer, der als enger Vertrauter Höckes galt, sowie Andreas Lichert vom »Institut für Staatspolitik« (IfS) im sachsen-anhaltischen Schnellroda. Der ehemalige hessische CDU-Landtagsabgeordnete Hofsommer wurde später Gründungsmitglied des »Bunds freier Bürger« (BfB) und dessen Vorsitzender in Nordhessen, war im Landesverband der von Ronald Schill initiierten »Partei Rechtsstaatliche Offensive« involviert und zählte zu den AfD-Mitbegründern. Lichert ist hessischer AfD-Landtagsabgeordneter und gilt dort als Vertreter von »Der Flügel«. Er verfügt über Kontakte zur IB und war Hausverwalter der Immobilie in Halle, die bis heute als »Identitäres Zentrum« genutzt wird. André Poggenburg zog sich im August 2018 aufgrund verlorener Machtkämpfe aus der »Der Flügel«-Doppelspitze zurück und trat Anfang dieses Jahres ganz aus der AfD aus. Der vulgäre Ultra-Rechtsaußen nennt die Strömung inzwischen eine »Partei in der Partei« und bemängelt Veränderungen in der Leitung und im inneren Kern, die zu Vertrauenseinbußen geführt hätten. Höcke wiederum bescheinigt ihm verklausuliert ein »zuviel an Unverstand und Dummheit«. Für Poggenburg rückte Kalbitz nach.

Die Zahl der »Der Flügel«-AnhängerInnen ist über die Jahre gewachsen: Wurden ihm Anfang 2017 noch 20 Prozent der Mitglieder zugerechnet, ist es zwei Jahre später schätzungsweise ein Drittel. Somit bildet er mit etwa 11.000 AnhängerInnen eine wirkliche Hausmacht für Höcke. Das interne Gewicht zeigte sich beim Bundesparteitag Ende 2017 in Hannover, auf dem Höcke den Berliner Georg Pazderski als AfD-Bundessprecher verhinderte. Schließlich trat Gauland für das Amt an, obwohl er noch kurz zuvor erklärt hatte, er werde nicht mehr kandidieren. Mit dem neuen Alten hatte der »Flügel« den Höcke-Protegé und Erstunterzeichner der »Erfurter Resolution« durchgesetzt. Auch beim Landesparteitag der AfD in Baden-Württemberg war erst im Februar 2019 ein organisiertes Auftreten zu beobachten. Dort erhielt der inoffizielle »Der Flügel«-Kandidat Emil Sänze 320 Stimmen und blieb nicht weit hinter Meuthens Favorit Bernd Gögel zurück. Dieses Gewicht wollen die AfD-Verbände in Brandenburg, Sachsen und Thüringen bei den bevorstehenden Landtagswahlen nutzen. Die ersten Plätze der Kandidatenlisten sind allesamt für Männer aus der Strömung reserviert: In Brandenburg führt Andreas Kalbitz die Liste an, in Sachsen ist es Jörg Urban und in Thüringen haben mehr als 84 Prozent der AfD-Mitglieder Höcke zum Spitzenkandidaten nominiert. Für die Bundespartei sind die diesjährigen Landtagswahlen von immenser Bedeutung, denn hier hatte die AfD vor fünf Jahren den Einzug in die ersten Landtage geschafft. Dementsprechend will die Bundespartei den sächsischen Wahlkampf mit 500.000 Euro sponsern; vor der Wahl sind 800 Veranstaltungen im Freistaat geplant. Für den Wahlkampf in Thüringen sollen 300.000 Euro fließen, in Brandenburg sind es 250.000 Euro.

Damit wird der völkische Block gestärkt, dessen Deradikalisierung der Bundesvorstand angeblich vorantreiben will. Aufgeschreckt durch die Einstufung von »Der Flügel« als Verdachtsfall des Verfassungsschutzes, polterte Bundessprecher Meuthen beim Landesparteitag der AfD-Baden-Württemberg gegen »radikale Egomanen«, welche die »Politikfähigen, die Vernünftigen damit in eine Kollektivhaftung« nehmen würden. Dabei weiß Meuthen sehr wohl, dass die Partei diese Strömung braucht, um nicht durch einen Mitglieder- und WählerInnenschwund geschwächt zu werden. Immerhin hat er sie beim »Kyffhäusertreffen« jahrelang aufgewertet. Dessen Fortsetzung kündigt »Der Flügel« für den 6. Juli 2019 unter dem Titel »Der Osten steht auf!« in Leinefelden im thüringischen Eichsfeld an. Das Treffen solle »den Wahlkämpfern in Sachsen, Brandenburg und Thüringen den nötigen Rückenwind für die anstehenden Landtagswahlen geben«. Es dürfte aber ebenso um Machtpositionierung gehen, denn Höcke will kurz vor den Landtagswahlen für sein umstrittenes Rentenkonzept werben. Im Vorfeld hat »Der Flügel« schon deutlich gemacht: »Wer dem Flügel oder seinen Protagonisten die Existenzberechtigung (…) abspricht, ist im Visier. Diesen vereinzelten Provokateuren von Innen und Außen werden wir unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen.«

»Uniter«, Franco A. und rechte »Prepper«

von Sebastian Wehrhahn und Martina Renner



Die Webseite der Uniter: »... immer wieder das »Uniter«-Abzeichen: ein Schwert in einem Kreuz, umrahmt von einem Lorbeerkranz.«

Der Instagram-Account des Vereins »Uniter« lässt auf den ersten Blick nichts Ungewöhnliches erkennen: Gemeinsam laufen gehen, internationale Kontakte knüpfen, ein paar gemeinschaftsstiftende Aktivitäten und Reflexionen über Erlebnisse deutscher Soldaten. Viele Bilder sind es nicht. Das war allerdings nicht immer so. Bevor etliche Fotos verschwanden, waren viele Waffen zu sehen: Ein augenscheinlich privates Depot und posierende Soldaten, Teile einer Uniform der polizeilichen »Beweis- und Festnahmeeinheit« aus Hessen, ebenso ein automatisches Gewehr; und immer wieder das »Uniter«-Abzeichen: ein Schwert in einem Kreuz, umrahmt von einem Lorbeerkranz. Dass diese Bilder gelöscht wurden, dürfte auch damit zusammenhängen, dass sich Sicherheitsbehörden und Medien zusehends für den Verein interessieren – aufgrund der undurchsichtigen Verbindungen zu den Rechtsterrorermittlungen gegen Franco A. und »Nordkreuz«.

Mehr als nur ein Chat

Im April 2017 wird Oberleutnant Franco A. auf einem Einzelkämpferlehrgang verhaftet. Zwei Monate zuvor hatte ihn bereits die österreichische Polizei festgenommen, als er versuchte, eine geladene Waffe aus einem Versteck in einer Toilette im Wiener Flughafen Schwechat zu holen. Bei Durchsuchungen fand man laut ErmittlerInnen unter anderem Listen mit potenziellen Anschlagsopfern wie Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung oder Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), ebenso Notizen zu möglichen Rechtsterrorplänen wie einem Sprengstoffanschlag auf den Frankfurter Gedenkstein für die Familie Rothschild oder einem Handgranatenangriff auf AntifaschistInnen, getarnt als »Asylant«. Diese Verschleierung war mehr als nur ein bloßes Hirngespinst von A. Im Zuge der Razzien wurde deutlich, dass er eine Tarnidentität als syrischer Flüchtling namens »David Benjamin« aufgebaut hatte. Zudem habe man Munition und Sprengstoff beschlagnahmt.

Einen Monat später übernahm die Generalbundesanwaltschaft (GBA) den Fall. Der Vorwurf lautete nun »Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat«. Das Oberlandesgericht Frankfurt entschied jedoch im Juni 2018, den Prozess nicht zu eröffnen, da trotz dieser Beweislage kein hinreichender Tatverdacht bestehe. Eine Entscheidung über die dagegen gerichtete Beschwerde der GBA ist beim Bundesgerichtshof bis heute nicht erfolgt.

Die zentrale Verbindungslinie zu »Uniter« ist André S., der Mitbegründer des Vereins. Offiziell sei A. nie Mitglied dieser Gruppierung gewesen. Doch S. habe auch mehrere »Telegram«-Chatgruppen administriert, darunter eine, in der A. registriert gewesen sein soll. Nachdem er von der Verhaftung erfuhr, wurden die Chats wohl von S. gelöscht. Zudem hätten beide 2016 an einem konspirativen Treffen in Albstadt teilgenommen. Etwa 30 Personen, darunter Polizisten und Soldaten, trafen sich damals in einem Schützenhaus, um sich unter anderem über Waffen auszutauschen. Die Handys blieben in den Autos, um ein Abhören zu verhindern. Und noch eine Parallele: S. ist ebenfalls Soldat, zum damaligen Zeitpunkt war er Mitglied des streng abgeschirmten »Kommando Spezialkräfte« (KSK).

Die Spinne im Netz?

»Nordkreuz« ist der Name einer von mehreren Chatgruppen aus Mecklenburg-Vorpommern und mindestens einen dieser Chats soll »Uniter«-Gründer S. administriert haben. Etwa 30 Mitglieder waren Teil der »Nordkreuz«-Gruppe, größtenteils ehemalige Soldaten der Bundeswehr, und nun sogenannte »Prepper«, also Leute, die Szenarien für den Zusammenbruch der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung entwerfen. Dieser Zusammenbruch könnte im Denken von »Preppern« nicht nur eine Folge von Naturkatastrophen oder Terroranschlägen sein, sondern ebenso von Migration. Das Spektrum reicht von Zukunftsängsten bis zu apokalyptischen Vorstellungen und rechten Bürgerkriegsphantasien. Viele »Prepper« legen Vorräte und Ausrüstungslager an, die meisten Mitglieder der »Nordkreuz«-Gruppe waren aber zudem im Besitz von Waffen.

Sechs von ihnen stehen im Fokus von Ermittlungen der GBA. Zwei Personen wird die »Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat« vorgeworfen. Sie hätten sich nicht nur über Konserven und Notstromaggregate ausgetauscht, sondern Pläne zur Entführung und Ermordung von Linken geschmiedet. Entsprechende Unterlagen fand die Polizei im Zuge mehrerer Durchsuchungen. Über einen von ihnen, den Rostocker Anwalt Jan-Hendrik H., schrieb der damalige Politiker der »Alternative für Deutschland« Holger Arppe: »Er hasst die Linken, hat einen gut gefüllten Waffenschrank in der Garage und lebt unter dem Motto: Wenn die Linken irgendwann völlig verrückt spielen, bin ich vorbereitet.« Der andere Beschuldigte ist ein Polizist. Haik J. steht im Verdacht, über seinen Dienstcomputer Meldedaten von potentiellen Opfern recherchiert zu haben.

In den Fokus der Ermittlungen gerieten diese Männer unter anderem durch Befragungen zum Fall »Franco A.«. In diesem Zusammenhang wurde ein weiterer Zeuge gehört: André S., in dessen Kaserne in Calw im September 2017 eine Durchsuchung folgte. Ob er von seinem Kontaktmann beim »Militärischen Abschirmdienst« (MAD) vor der Razzia gewarnt worden war, konnte in einem Prozess vor dem Kölner Amtsgericht im März dieses Jahres nicht abschließend geklärt werden. Deutlich wurde allerdings, dass S. laut anderen Zeugenaussagen Bescheid wusste und wohl einen Laptop verschwinden ließ.

Waffendepots und Schießtrainings

»Uniter« will weder mit Franco A. noch mit den »Nordkreuz«-Chats etwas zu tun haben. Doch nach Recherchen der »Tageszeitung« soll nicht nur André S. alias »Hannibal« Teil dieser Chats gewesen sein. Mindestens zwölf der früheren Chat-Mitglieder sind oder waren mutmaßlich Mitglieder von »Uniter«. Außerdem habe André S. über diesen Kommunikationsweg Vereinsaktivitäten beworben; ein Schießtraining beispielsweise, bei dem die Teilnehmer aus einem Helikopter schießen lernen könnten. Ein ehemaliger KSK-Soldat berichtete laut »Südwestrundfunk« zudem von 80 bis 100 Personen, die Waffendepots angelegt hätten, um am »Tag X« loszuschlagen. Auf entsprechende Presseanfragen reagieren »Uniter« und S. schroff. Der »Tageszeitung« gegenüber drohte S. schon frühzeitig, den MAD einzuschalten, in öffentlichen Erklärungen werden JournalistInnen und Medien als »politisch motivierte Presse« tituliert, die eine »Hexenjagd« gegen »unbescholtene Bürger« veranstalten würden. Deren Berichte seien eine »staatsgefährdende Entwicklung«.

Derweil baut der Verein seine Organisation und Aktivitäten aus. Nach eigenen Angaben verzeichne man einen Mitgliederzuwachs und die öffentliche Darstellung erweckt den Eindruck eines prosperierenden Vereinslebens. Andere Vorgänge verhandelt die Gruppierung nicht so offen, dafür aber die »Tageszeitung«. Die berichtete unter anderem über ein Training von »Uniter« im Juni 2018, bei dem es vorgeblich um ein Training der eigenen »Medical Response Unit« ging. Daneben sollen Teilnehmer unter der Leitung von S. jedoch den Umgang mit Waffen trainiert haben mit dem Ziel, eine bewaffnete »Defense«-Einheit aufzubauen. Laut Uniter habe es sich um Waffenattrappen gehandelt. Jedoch sind diese auf dem Übungsgelände ohne ausdrückliche Genehmigung nicht erlaubt.

Kollege von NSU-Mordopfer

Eine weitere Figur, die Fragen aufwirft, ist Ringo M., geborener L. Unter seinem früheren Namen war er bei der »Beweis- und Festnahmeeinheit 523« der Polizei in Böblingen Kollege von NSU-Opfer Michèle Kiesewetter. Später wechselte er zum Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Baden-Württemberg und war während dieser Zeit sogar Gründungsvorsitzender von »Uniter«, also von Beginn an dabei. Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss im Erfurter Landtag konnte M. allerdings erstaunlich wenig über seine berufliche Laufbahn oder den Verein sagen und von den eingangs beschriebenen Chats oder von Franco A. habe er nichts gewusst. Mittlerweile ist M. nicht mehr für das LfV tätig. CDU-Innenminister Thomas Strobl hatte dies veranlasst, da er »nicht mit Sicherheit ausschließen« könne, »dass die Mitgliedschaft von Beamten (…) in diesem Verein die Integrität der Sicherheitsbehörden von Bund und Land tangieren kann«. Strobl ersuchte außerdem Innenminister Horst Seehofer, den Verein zu überprüfen.

Auf Bundesebene sind Konsequenzen bisher ausgeblieben. Die Befassungen in den nicht-öffentlichen Sitzungen von Verteidigungs- und Innenausschuss im Bundestag fanden erst statt, als die Medienveröffentlichungen politischen Druck erzeugt hatten und blieben stets an der Oberfläche. Die Vertreterin der Bundesanwaltschaft wirkte streckenweise vollkommen uninformiert. Im April beauftragte das für die Arbeit der Geheimdienste zuständige Parlamentarische Kontrollgremium einen Bericht über mögliche extrem rechte Bestrebungen mit Bezug zur Bundeswehr. Doch dieser Bericht wird voraussichtlich zur Verschlusssache erklärt und der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Es fehlt der Regierung schlicht an politischem Willen zur Aufklärung. Die CDU ist bemüht, weiteren Schaden von ihrer durch die Berateraffäre und einen anstehenden Untersuchungsausschuss ohnehin stark angeschlagenen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen abzuwenden. Die SPD wiederum meidet wie stets den Konflikt mit der Koalitionspartnerin aus Angst, das Bündnis zu gefährden und bei drohenden Neuwahlen schlechter abzuschneiden.

Netzwerke zerschlagen

Auch künftig braucht es politischen Druck, um Aufklärung durchzusetzen. Dabei geht es um das Abwenden einer rechtsterroristischen Bedrohung. Diese Gefahr besteht nicht einzig in der Möglichkeit einer modernen schwarzen Reichswehr, eines organisierten, bewaffneten Putsches von rechts. Deutlich gefährlicher ist die Möglichkeit, dass einzelne Personen und Kleingruppen aus den oben beschriebenen Netzwerken zur Tat schreiten. Die Voraussetzungen dafür werden in folgenden Strukturen hergestellt: die organisierte Affinität für Waffen, ein gewaltvolles Männlichkeitsbild und rassistisch aufgeladene Endzeitvorstellungen. Gepaart mit individuellen und unvorhersehbaren Auslösern ist diese Gefahr deutlich größer als von den Sicherheitsbehörden eingestanden wird. Der Schlüssel zur Entschärfung ist die vollständige Entwaffnung und Zerschlagung dieser Netzwerke, eine konsequente Verfolgung extrem rechter Straftaten bei Militär, Polizei und Geheimdiensten und eine Veränderung jener Strukturen, die solche Gefahren hervorbringen.


Schwerpunkt
Polizei

#Uniformierte

Rechte in der Polizei

Die aktuellen Polizeiskandale sind keine Einzelfälle. Doch öffentliche Debatten und Konsequenzen sind selten.

von Benno Pfahl

Am 1. Mai 2019 wurde in einem Auto der Duisburger Polizei ein Aufkleber der »Identitären Bewegung« hinter einer Sonnenblende entdeckt. In Berlin traf sich ein Beamter des Landeskriminalamtes in einer Kneipe mit einem Neonazi, der verdächtigt wird, an Brandanschlägen gegen politische GegnerInnen beteiligt gewesen zu sein. Eine Anwältin aus Frankfurt/Main wurde offenbar aus Kreisen der Polizei mit rassistischen Schreiben (»NSU 2.0«) terrorisiert, gegen 17 BeamtInnen wird in Hessen zur Zeit wegen »Rechtsextremismusverdachts« ermittelt. Bayern feuerte jüngst zwei Polizisten wegen ihrer Nähe zu den »Reichsbürgern« und auf der Landtagsliste der Thüringer AfD kandidieren mehrere Polizisten. Zuletzt kam eine Reihe solcher Fälle ans Licht – alles nur »Einzelfälle«, wie die Zuständigen betonten.

Wer überrascht ist, dass sich unter PolizistInnen auch Rechte finden, muss die Augen fest verschlossen haben. Die Polizei sei bloß, so heißt es gerne, ein Spiegelbild der Gesellschaft, wenn wieder einmal »Einzelfälle« bagatellisiert werden sollen. Das ist einerseits richtig: Eine Gesellschaft, in der Rassismus und andere rechte Einstellungen weit verbreitet sind, bekommt auch eine Polizei mit entsprechenden Positionen. Andererseits sind die Sicherheitsbehörden aber gerade eben kein Spiegelbild der modernen Gesellschaft. Denn in Institutionen wie der Polizei finden sich bestimmte Menschen häufiger als andere: Linke finden sich selten, Libertäre oder gar streng Gewaltfreie dürften hier ExotInnen sein. Frauen sind weiterhin deutlich unterrepräsentiert, ebenso Menschen mit Migrationshintergrund – und Personen ohne deutschen Pass schaffen es gleich gar nicht in den BeamtInnenapparat. Ein Spiegel der Gesellschaft ist das nicht. Der Zugang ist ausschließend – auch wenn er völlig anders sortiert als der Zugang zu den ökonomischen oder politischen Eliten. Bei der Polizei dürfte eine gewisse autoritäre Orientierung ebenso Konsens sein wie ein Korpsgeist gegenüber Kritik von außen und gegen »Störenfriede« in den eigenen Reihen. In diesem Milieu können antidemokratische Einstellungen und Praktiken gedeihen – sie müssen in der Institution nicht einmal übermäßig verbreitet sein. Um dennoch fatale Folgen zu erzeugen und sich zu verselbstständigen, werden sie nicht konsequent eingedämmt. Denn – und das sind entscheidende Unterschiede – sie werden hier dank des Zusammenhalts seltener sanktioniert und sie entfalten vor allem eine ganz andere Wirkmächtigkeit, sind sie doch mit Knüppel, Pistole, gesellschaftlicher Glaubwürdigkeit und hoher juristischer Unantastbarkeit ausgestattet.

Rechte in der deutschen Polizei, das ist keine neue Erkenntnis. Die Geschichte der Polizei im NS ist ausreichend gut aufgearbeitet, um zu wissen: Sie war willfährige Helferin der faschistischen Mordmaschine. Dass sich Denkweisen fortsetzten und auch teils das gleiche Personal nach 1945 weiter im Apparat war, auch das ist belegt. Antikommunismus als Staatsdoktrin, der Einsatz gegen Linke und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, aufgeflogene Neonazis in der Polizei oder rücksichtsvolle Ermittlungen gegen Rechts – niemand kann es bestreiten: Hier ein rechter Waffenhändler in der Berliner Polizeireserve, dort überproportionale Wähleranteile für die Rechtspartei »Die Republikaner« Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre oder rassistische Karikaturen in einem Kalender einer Polizeigewerkschaft. Nach den rassistischen und neonazistischen Ausschreitungen in Chemnitz und dem teils skandalösen Agieren der dortigen Polizei kommentierte Hajo Funke, Professor für Politikwissenschaft: »Ich gehe davon aus, dass die Polizei und andere Sicherheitsbehörden in Chemnitz und in Sachsen in Teilen von rechts unterwandert sind.« Einzelfälle über Einzelfälle.

Die organisierte Abwehr gegen Kritik ist hoch. Als Ende 2018 zum Beispiel in einer Anhörung der »Enquete-Kommission Rassismus« des Thüringer Landtages Diskriminierung durch die Polizei kritisiert und mit Beispielen belegt wurde, war die Empörung bei Polizeigewerkschaften, CDU und AfD groß. Medial wurde ihrer Position – wieder einmal – mehr Aufmerksamkeit und Glauben geschenkt als den Erfahrungen der Opfer von »Racial Profiling«. Dabei stehen auch PolizistInnen in der Bundesrepublik immer wieder im Visier von Rechten – bis hin zum Mord: 2016 erschoss ein »Reichsbürger« in Georgensgmünd einen Polizisten, 2007 tötete der »Nationalsozialistische Untergrund« Michèle Kiesewetter in Heilbronn, 2000 ermordete Neonazi Michael Berger drei Beamten und 1997 erschoss Neonazi Kay Diesner einen Polizisten.

Aber auch die Wissenschaft und antifaschistische Recherche zeigten Leerstellen. Nicht nur große Medien meiden das Thema, wenn es nicht gerade dank eines Skandals unumgänglich wird oder Auflage verspricht. Studien zu »Racial Profiling« oder rassistischer Polizeigewalt gibt es inzwischen eine Reihe; doch zum allgemeinen Verhältnis von Polizei und der extremen Rechten oder zu politischen Einstellungen von PolizistInnen liegen kaum aktuelle Studien oder fundierte journalistische Arbeiten vor. Zuletzt wurden in den 1990er Jahren empirische Daten über rechte Einstellungen in der Polizei erhoben. Es ehrt, dass einzelne Zeitschriften (»Bürgerrechte & Polizei/CILIP«) und antifaschistische Blätter das Thema immer wieder aufgreifen. Doch selbst in diesem Spektrum – inklusive »der rechte rand« – scheint es schwierig zu sein, den Braunlicht-Komplex systematisch und kontinuierlich zu dokumentieren und zu analysieren.



#Apparat

Die Polizei im demokratischen Rechtsstaat

von Maximilian Pichl

Eine Kaskade von Skandalen hat in den vergangenen Monaten in breiten Teilen der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, ob es in der Polizei extrem rechte Netzwerke gebe oder der Apparat ein strukturelles Problem mit Rassismus habe. Dass es überhaupt zu dieser Debatte kam, ist auf die Arbeit von investigativen JournalistInnen, kritischen AnwältInnen und antifaschistischen Initiativen zurückzuführen, die einige der Fälle zum Teil überhaupt erst publik gemacht haben. Unabhängig von einer Bewertung dieser Vorfälle im Einzelnen stellt sich allerdings die Frage, welcher immanente Anspruch eigentlich an einen Apparat wie die Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat zu stellen ist. Dabei müssen meines Erachtens zwei Ebenen der Kritik und der normativen Erwartungen an die Polizei unterschieden werden: eine Bewertung der Polizei anhand ihrer eigenen rechtsstaatlichen Maßstäbe und eine grundsätzliche Kritik der Polizei.

Schon auf der ersten Ebene der Kritik lässt sich konstatieren, dass die Polizei als Vollzugsorgan in einem demokratischen Gemeinwesen ein genuines Eigeninteresse daran haben sollte, extrem rechtes Gedankengut oder rassistische Maßnahmen innerhalb des eigenen Apparates zu unterbinden. Die Polizei ist im Rahmen der Gewaltenteilung dazu verpflichtet, ihre Einsätze auf eine Art und Weise durchzuführen, welche die subjektiven Grundrechte jedes Einzelnen schützt, das heißt sie muss zugleich die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz nach Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes wahren. Maßnahmen wie Racial Profiling, bei dem die Polizei gerade aufgrund äußerer Merkmale Menschen ungleich behandelt, widersprechen diesem normativen Auftrag an die Exekutive. Doch selbst Gerichtsurteile, die festgestellt haben, dass es bei Polizeieinsätzen zu rassistischen Kontrollexzessen gekommen ist, führen in der Regel nicht zu einer selbstkritischen Einsicht im Polizeiapparat. Vor allem die deutschen Polizeigewerkschaften streiten vehement den Vorwurf ab, die Polizei wende mitunter rassistische Maßnahmen an. Auf diese Weise werden problematische Strukturen in der Polizei verteidigt und zugleich eine rechtsstaatliche Selbstbeschränkung unterbunden, die der Polizei aus sich selbst heraus Handlungsoptionen eröffnen könnte, um ihre Arbeit auf Verfassungskonformität hin zu überprüfen.

Ein anderes Beispiel, das zeigt, dass die Polizei den Anspruch an eine transparente und rechtsstaatliche Kontrolle konterkariert, sind die neu eingeführten Body-Cams. Solche am Körper befestigten Kameras sollen demnächst die rund 20.000 BeamtInnen der Bundespolizei erhalten. Doch während die Einführung von Body-Cams in den USA ursprünglich aus einem bürgerrechtlichen Impetus erfolgte, um rechtswidriges Verhalten von PolizeibeamtInnen zu dokumentieren, sollen die Aufnahmen laut einer internen Dienstvereinbarung aus dem Bundesinnenministerium eben nur zur polizeilichen Beweissicherung dienen, aber nicht um Vorwürfe von BürgerInnen zu überprüfen. Eine solche Vereinbarung schützt den Apparat, nicht die BürgerInnen.

Doch gesetzt den Fall, die wenigen rechtsstaatlichen Kontrollmechanismen würden angewendet werden, so lässt sich dennoch auf einer grundsätzlichen Ebene der Einwand erheben, dass sich auf diese Weise nicht die strukturellen Probleme im Polizeiapparat lösen lassen. Denn ob Personen mit einem extrem rechten Gedankengut in der Polizei beschäftigt sind und möglicherweise entsprechende Netzwerke knüpfen, ist keine Frage, die sich auf der gesetzgeberischen Ebene lösen lässt. Personen mit extrem rechtem Gedankengut sehen mitunter keinen Widerspruch darin, für einen Apparat wie die Polizei zu arbeiten, der formal im Dienst des demokratischen Rechtsstaats stehen sollte. Autoritäre Charaktere werden vielmehr durch die eigentliche Funktion der Polizei angelockt, die darin besteht, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Die extreme Rechte wendet sich ja nicht gegen die staatliche Gewalt, sondern sie will das Machtpotential der Exekutive auf eine andere Art und Weise einsetzen, zum Beispiel um die eigene rassistische Ideologie durchzusetzen. Ohnehin gibt es das Problem, dass sich die Exekutivgewalt im bürgerlichen Staat von ihren eigenen rechtsstaatlichen Bindungen lösen und verselbstständigen kann.

Eine Kritik an der Polizei muss also auf zwei Ebenen ansetzen: Sie muss erstens die rechtsstaatlichen Maßstäbe verteidigen und gegenüber polizeilichen Exzessen Schranken ihrer Betätigung mobilisieren. Sie muss aber zweitens auch eine Kritik des staatlichen Gewaltmonopols formulieren, das der extremen Rechten Zugänge in den Staat ebnet.

#Polizeireserve

Neonazis auf Streife

Ein Untersuchungsausschuss bemühte sich Anfang der 1990er-Jahre, rechtsradikale Aktivitäten in der »Freiwilligen Polizeireserve« in Berlin aufzuklären.

von Charles Paresse

Rechtsradikale in der Polizei, das ist nicht neu – sogar Hamburgs früherer Verfassungsschutz-Chef Ernst Uhrlau hatte Anfang der 1990er-Jahre davor gewarnt. Das »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« zitierte ihn damals mit Äußerungen im Innenausschuss des Bundestages, in denen er auf das »Eindringen von Rechtsextremisten in Ordnerverbände öffentlicher und freier oder kommerzieller Träger einschließlich der Polizei und der Bundeswehr« hinwies – ausdrücklich nannte Uhrlau die »Freiwillige Polizeireserve« (FPR) in Berlin.

»Neonazis und Gewaltverbrecher«

1993 hatte die Polizei »einen international agierenden Waffenhändlerring ausgehoben, dem (Neo-)faschisten angehörten«, berichtete »der rechte rand« (s. drr Nr. 21). Die zwölf Beschuldigten hatten illegal Gewehre, Pistolen und Munition nach Berlin geschmuggelt und versteckt. Mehrere von ihnen waren aktive und ehemalige Mitglieder der FPR, sechs seien wegen Wehrsportübungen aufgefallen und drei hätten versucht, eine Gruppe der neonazistischen »Freiheitlichen deutschen Arbeiterpartei« (FAP) aufzubauen. Polizeiintern entstand der Verdacht, die Rechten seien gezielt von zwei Beamten eingeschleust worden. »Focus« titelte: »Neonazis und Ganoven in Berlin auf Streife« (Nr. 7/1993). Weiter hieß es in dem Magazin: Die FPR sei »offenbar ein Sammelbecken für Neonazis und Gewaltverbrecher« und »von militanten Rechtsradikalen, Räubern und Sexualverbrechern durchsetzt«. Eine Sonderkommission fand in den anschließenden Ermittlungen bei einem Drittel der Mitglieder – in 807 Biographien der etwa 2.400 Mitglieder – »schwarze, graue und hellgraue« Flecken, von Verdachtsfällen und eingestellten Ermittlungen über kleinere Bagatelldelikte bis hin zu schweren Straftaten oder eben auch eine Reihe von Kontakten in die extreme Rechte. Unter den etwa 2.000 freiwillig Überprüften gab es gut 100 Verurteilte. Eine Reihe von Mitgliedern wurde aus der Truppe entlassen, knapp 100 traten im Zusammenhang mit der Überprüfung aus.

Die FPR war ein Gewächs der Blockkonfrontation des 20. Jahrhunderts. Mit dem Aufbau wurde ab 1960 begonnen, die Mitglieder stammten überwiegend aus dem öffentlichen Dienst und hatten mehrheitlich – so berichtete es die Presse – in der Wehrmacht gedient. Ihre Aufgabe nach einer zweiwöchigen Schnellbesohlung war es, »im Falle einer äußeren Bedrohung die Polizei beim Schutz der für die Stadt lebenswichtigen Einrichtungen zu entlasten« – kurzum, eine antikommunistische Truppe für den Notfall. Über die Jahrzehnte veränderte die Reserve, die immer wieder mit Skandalen auffiel, in Details ihr Gesicht. Nach 1990 wurden die Aufgaben neu definiert, Befugnisse erweitert und aus ihr eine »Hilfspolizei« gemacht, die auch im Alltag eingesetzt wurde.

»Keine Garantien«

Doch der Skandal waren nicht allein die aufgeflogenen Rechten und die straffälligen oder polizeilich auffällig gewordenen Mitglieder, vielmehr war es die FPR an sich. So wurde beispielsweise 1990 in der offiziellen Zeitschrift der Truppe eine ganzseitige Anzeige der Rechtspartei »Die Republikaner« (REP) oder ein Gedicht mit rassistischen Tönen veröffentlicht. Ein Untersuchungsausschuss (UA) des Berliner Abgeordnetenhauses nahm ab 1993 die Truppe unter die Lupe und legte im Januar 1995 seinen Abschlussbericht (Drucksache 12/5187) vor. Der UA fand zahlreiche Vorstrafen und Einträge in Polizeidatenbanken bei Mitgliedern der Reserve, stellte Verstöße gegen die Einstellungsrichtlinien fest und listete frühere vertuschte Skandale auf, bei denen zum Beispiel Mitglieder der FPR an Überfällen beteiligt waren oder die Mitgliedschaft des »Waffenmeisters der rechtsextremen Szene« Michael Abbas-Yacoub in der FPR, einem Neonazi, bei dem zahllose Waffen gefunden wurden. Der an der Aufklärung beteiligte Berliner Abgeordnete der Grünen, Wolfgang Wieland, hatte in seinem Minderheitsvotum für den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses betont, dass es keine Garantien gäbe, dass die Polizeireserve »nicht nach wie vor von Rechtsextremisten unterwandert« werden könnte, wie er 1996 schrieb, als ein weiterer Fall auftauchte: Ein Mitglied der Truppe hatte für die REP kandidiert und war Teilnehmer einer »Reichsgründungsfeier«.

Milieu der Polizei

Die wiederkehrenden Skandale und der offenbar begrenzte Nutzen der FPR läuteten das Ende der Truppe ein. Sie wurde 1999 von der CDU-geführten Berliner Landesregierung erst umbenannt und schließlich 2002 vom rot-roten Senat aufgelöst. Die Unterlagen des Untersuchungsausschusses zur Polizeireserve und die damaligen Medien-Recherchen zeigen, dass Rechtsradikale in der Polizei keine Einzelfälle waren, sondern in einem abgeschotteten, schwer kontrollierbaren und antikommunistischen Milieu gedeihen konnten. Auch wenn sich die Struktur der FPR und ihre Aufgaben von der regulären Polizei deutlich unterschieden, zeigt sich, dass das Milieu der Polizei für die radikale Rechte attraktiv war und zumindest die damalige Kultur in der Polizei ihr nicht im Wege stand, sondern sie sogar in Teilen unterstützte.

#Interview

»Überrascht haben mich die Berichte nicht.«

In jüngster Zeit sind zahlreiche extrem rechte Vorkommnisse innerhalb verschiedener Polizeibehörden der Öffentlichkeit bekannt geworden. Hierüber sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand« mit Alexander Bosch von der Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte von »amnesty international«.

drr: Herr Bosch, Sie sind aktiv in der Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte von »amnesty international«. Aus welcher Motivation heraus hat sich die Gruppe gegründet und was sind ihre Hauptthemengebiete?

Alexander Bosch: Die Gruppe wurde in den 1990ern gegründet, um auf menschenrechtswidriges Polizeiverhalten aufmerksam zu machen und dieses zu reduzieren. Am Anfang vor allem im Ausland, schnell hat sich der Fokus jedoch auf die Situation in Deutschland verschoben. Aktuell arbeiten wir zu den Polizeirechtsverschärfungen in verschiedenen Bundesländern, Racial Profiling und rechtswidriger Polizeigewalt. Des Weiteren fordern wir die Umsetzung der individuellen Kennzeichnungspflicht in ganz Deutschland sowie die Einrichtung unabhängiger Kontrollmechanismen für die Polizei.

Sie berichten im Rahmen ihrer Arbeit wiederkehrend von Racial Profiling. Diese Form der Kontroll- und Ermittlungsmaßnahmen durch PolizeibeamtInnen gilt KritikerInnen als Ausdruck eines institutionellen Rassismus innerhalb der Polizei. Wie stark ist Ihrer Meinung nach Rassismus als einerseits unbewusstes, andererseits auch bewusstes Phänomen in der Polizei verbreitet?

Eine schwierige Frage, weil es leider immer noch an unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchungen zu Einstellungen von deutschen PolizistInnen fehlt und Rassismus in der deutschen Polizei auch immer noch falsch verstanden wird. Rassismus wird vorrangig als individuelles Phänomen begriffen und nicht als allgemeine strukturelle Logik des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dies führt dazu, dass viele PolizistInnen nicht verstehen, dass Rassismus nicht-intentional reproduziert werden kann und man auch unbewusst rassistisch handeln kann. Dadurch versetzt man sich in die Lage das Problem klein zu reden oder gar zu negieren. Dies führt wiederum dazu, dass innerhalb der deutschen Polizeibehörden tägliches rassistisches Handeln nicht wirklich reflektiert und reduziert werden kann. Ich nehme PolizistInnen durchaus ab, dass sie nicht rassistisch handeln wollen, aber die beschriebenen Mechanismen bedingen ein solches Verhalten. Daher sollten zwingend die Erkenntnisse der ideologiekritischen Rassismusforschung in die Polizei-Aus- und Fortbildung integriert werden.

Haben Sie die Berichte über Chat-Guppen, in denen Hakenkreuzbilder versendet wurden, oder über extrem rechte Verbindungen innerhalb der Polizei überrascht? Wie häufig sind Sie mit solchen Ereignissen konfrontiert und wie würden Sie rückblickend auf die letzten Jahre das Problem quantitativ bewerten?

Überrascht haben mich persönlich die Berichte nicht. Schon zu Zeiten der extrem rechten Partei »Die Republikaner« waren leider viele PolizistInnen anfällig für die rechten, autoritären und rassistischen Positionen dieser Partei. Aktuell sind die Grenzen zwischen den Positionen von CSU/CDU, dem Vorsitzenden der »Deutschen Polizeigewerkschaft« (DPolG), Rainer Wendt, und der extrem rechten AfD teilweise fließend. Insgesamt hat sich das Klima in Deutschland ja verschärft. Rassistische Positionen sind bis ins linksliberale Bildungsbürgertum wieder salonfähig geworden. Warum sollten PolizistInnen davon verschont bleiben? Uns wurde eigentlich seit Beginn unserer Arbeit rassistisches Polizeiverhalten gemeldet. Für uns ist das also ein kontinuierliches Problem, das jetzt qualitativ noch mal, durch die bekannt gewordenen rechten Netzwerke in Polizei, Bundeswehr und Verfassungsschutz, eine neue Dimension bekommen hat.

Welche Erfahrungen gibt es diesbezüglich mit Reaktionen seitens der jeweiligen Dienstbehörden oder der obersten Dienstbehörde in den Innenministerien?

Gemischt: Während der Kampagne zu rassistischer Gewalt in Deutschland 2016 habe ich durchaus Beamte und PolitikerInnen kennen gelernt, die sehr sensibilisiert waren, aber auch viele, die das Ausmaß und die Struktur des Problems nicht erkennen konnten oder wollten. Aktuell beobachte ich, dass trotz täglicher »Einzelfälle« Politik, Polizei und Polizeigewerkschaften weiterhin diese Fälle runterspielen und sich dem Problem nicht wirklich stellen wollen. Ein fatales Signal für alle Opfer rassistischer Gewalt in Deutschland!

Welche Empfehlungen zum Umgang mit Rassismus in den Behörden oder extrem rechts orientierten Personen formuliert Ihre Gruppe?

Wir fordern eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung zu rassistischen und extrem rechten Einstellungen in der Polizei. Des Weiteren fordern wir die Vermittlung von Erkenntnissen aus der Rassismusforschung in der Aus- und Fortbildung sowie unabhängige Kontrollinstanzen für die Polizei. Letztere würden die Chance bieten, dass sich PolizistInnen selbst an diese Institutionen wenden könnten, wenn sie rassistisches Verhalten beobachten oder extrem rechte KollegInnen wahrnehmen.

Vielen Dank für das Gespräch!



Protestbewegung mit offenen Flanken

Ein Symbol ging um die Welt: Bei Protesten unterschiedlicher Natur, von rechtsdurchwirkten Unmutsbekundungen von DieselfahrerInnen in Stuttgart über soziale Bewegungen in Ungarn bis zum Protest im irakischen Basra, tauchten in den vergangenen Monaten Warnwesten in Neongelb auf, welche die Unzufriedenheit symbolisieren sollten. Seinen Ausgang nahm das Phänomen im Herbst 2018 in Frankreich.

von Bernard Schmid

Auslöser für Unmut und Protest in Frankreich war eine zum damaligen Zeitpunkt angekündigte, inzwischen für 2019 ausgesetzte, Spritsteuer-Erhöhung. Dagegen richtete sich ein doppelter Protest, insofern, als er aus zwei unterschiedlichen Milieus kam und kommt. Einerseits meldete sich ein generell steuerfeindlicher, in der Tradition der »Steuerrebellen« unter Pierre Poujade – dessen Partei, die »Union de défense des commerçants et artisans« (»Union zur Verteidigung der Geschäftsleute und Handwerker«, UDCA) von 1953 bis 1956 ihre Hochzeit hatte – stehender Protest zu Wort. Dabei handelt es sich in keiner Form um Protest, der in progressiver Tradition zu verorten ist. Als jüngster Abgeordneter der UDCA zog bei den Parlamentswahlen vom 2. Januar 1956 übrigens ein gewisser Jean-Marie Le Pen, damals 27-jährig, in die französische Nationalversammlung ein. Auf der anderen Seite wies die Protestbewegung der »Gilets jaunes« (»Gelbe Westen«) im Laufe der Wochen eine mehr »sozial« geprägte Komponente auf, deren AktivistInnen stärker auf höheren Einkommen und mehr »Steuergerechtigkeit« statt auf der generellen Infragestellung von Besteuerung beharrten.

Beteiligung von ganz rechts

Zunächst waren es Marine Le Pen, die Chefin des extrem rechten »Rassemblement National« (RN), und Nicolas Dupont-Aignan vom rechtspopulistischen »Debout La France« (DLF), welche die Bewegung öffentlich unterstützten. Sie waren es, die ab der vorletzten Oktoberwoche 2018 lautstark ihre Unterstützung für die – im Internet und bei Facebook angekündigten – Verkehrsblockaden ab dem 17. November des Jahres kundtaten. Erst ab Anfang November 2018 bekundeten auch andere Berufspolitiker wie der Konservative Laurent Wauquiez von »Les Républicains« (LR) und Jean-Luc Mélenchon als Chef der linkspopulistischen Wahlplattform »La France insoumise« (»Das unbeugsame Frankreich«, LFI) ihre Absicht, am Protest mitzuwirken. Ab Anfang Dezember 2018 verstärkte dann ein Teil der jedoch über diese Frage stark zerstrittenen französischen Gewerkschaften die Reihen der Protestierenden.

Zwar achteten Parteien wie RN und DLF darauf, dass sie sich keine plumpe »Vereinnahmung« (récupération) der Protestbewegung vorwerfen lassen mussten, wofür politische Parteien oft kritisiert werden. Deswegen traten ihre AktivistInnen ohne Parteiabzeichen oder -fahnen auf. De facto jedoch waren beide vor allem in der Anfangsphase der Bewegung deutlich vertreten. Als es etwa am ersten landesweiten Protesttag – dem 17. November 2018 – in Etaples-sur-Mer am Ärmelkanal zu einem Auffahrunfall mit einem PKW an einem Verkehrsblockadepunkt kam, bei dem ein örtlich bekannter Kommunalparlamentarier verletzt wurde, stellte sich heraus, dass es sich um Francis Leroy, einen Mandatsträger des RN handelte. Als Parteifunktionär bei DLF aktiv ist wiederum Frank Buhler. Er verbreitete Ende Oktober sowie nach dem 17. November 2018 zwei der mobilisierungsträchtigsten Videos rund um die Bewegung in den sozialen Medien. Besonders pikant ist, dass Buhler zuvor zeitweise die Mitgliedsrechte beim »Front National« entzogen worden waren, nachdem er rassistische Witze bei Facebook veröffentlicht hatte, welche die Partei als »kontraproduktiv« bewertete.
Zu einem späteren Zeitpunkt und an anderen Orten waren jedoch faktisch auch eher linke Kräfte vertreten. Die extreme Rechte in Frankreich macht nicht die Substanz der Protestbewegung als solche aus und initiierte sie auch nicht - anders als etwa manche »Gelbe Westen«-Kollektive in Deutschland, die von vornherein von extrem Rechten gegründet wurden. Doch sie hängt sich an die Proteste dran und versucht darüber Politik zu machen. Die Darstellung der Proteste als insgesamt extrem rechts geprägt – was so nicht zutrifft – entwickelte sich unterdessen, vor allem seit dem Jahreswechsel 2018/19, zum Argument für einen Teil der gesellschaftlichen Eliten und der bürgerlichen Medien sowie für das Regierungslager, um die »Gelbe Westen«-Bewegung insgesamt zu diskreditieren. Ein weiterer sicherlich negativer Nebenaspekt dieser Polarisierungsstrategie besteht darin, dass die extreme Rechte dadurch in der öffentlichen Meinung teils zur »wichtigen und für die Regierung gefährlichen Oppositionskraft« aufgewertet wird.

Antisemitismus und Beteiligung neonazistischer Kräfte

Eine wichtige Rolle spielt in der Bewertung der Bewegung auch die Frage nach antisemitischen Vorfällen. Insgesamt haben sich antisemitische Vorfälle in Frankreich in der letzten Zeit vervielfacht. Seinen vielleicht schlimmsten Ausdruck fand der Antisemitismus in einer Schmiererei, die am 11. Februar 2019 entdeckt wurde. Der Graffitikünstler Christian Guemy alias »C215« hatte vor einigen Monaten zwei kunstvoll gemalte kleine Portraits der 2017 verstorbenen Ministerin und Auschwitz-Überlebenden Simone Veil auf zwei Briefkästen an der Außenwand des Bezirksrathauses im 13. Pariser Arrondissement angebracht. Den Anlass dazu bot die Überführung des Sargs von Simone Veil ins Pariser Panthéon, wo ihr am 1. Juli 2018 ein Denkmal gesetzt werden sollte. Nun waren, wohl nachts, zwei Hakenkreuze über die Portraits gepinselt worden. Die Striche waren sorgfältig gezogen, es sah mitnichten nach einer spontanen Schmiererei aus.
Eine knappe Woche später spielte sich ein weiteres Ereignis ab, das die Debatte aufheizte. Am Rande einer Demonstration der Protestbewegung der »Gelben Westen« wurde am 16. Februar 2019 der Philosoph und Schriftsteller Alain Finkielkraut angefeindet und angepöbelt. Dass ihm Feindseligkeit entgegenschlug, hat auch mit der Ablehnung seiner Positionen zu tun. Einige Anwesende pöbelten jedoch unabhängig von Finkielkrauts Stellungnahmen etwa zu Elitebildung oder zu Migration darauf los, er wurde unter anderem als »schmutziger Zionist« beschimpft. Einer der Anwesenden kündigte an: »Gott wird Dich strafen« und »Frankreich gehört uns«.



Diese Vorfälle haben jedoch einen sehr unterschiedlichen Hintergrund. Bei dem Mann, der sich bei den Pöbeleien gegen Alain Finkielkraut am stärksten hervortat – er wurde identifiziert und polizeilich vernommen -, handelt es sich um einen zum Islam konvertierten, aktiven Salafisten, den gebürtigen Elsässer Benjamin Weller. Personen mit solcher Ideologie bilden keine eigene Strömung in der Protestbewegung; da sich zumindest einige von ihnen subjektiv als »Rebellen« gegen eine als ungerecht wahrgenommene Ordnung betrachten, laufen sie mitunter bei den heterogen zusammengesetzten Protestzügen mit.

Die Attacke auf das Andenken an Simone Veil, die im Alter von 17 Jahren das Vernichtungslager überlebte, dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit aus einem der extrem rechten Milieus kommen. In diesen Kreisen gilt Veil als Todfeindin, seitdem die jüdischstämmige liberale Politikerin 1975 als Gesundheitsministerin den Gesetzentwurf zur Legalisierung der Abtreibung – damals in den ersten zehn Schwangerschaftswochen – vorlegte und durch das Parlament brachte, mit den Stimmen der Linksparteien und gegen Teile ihrer eigenen liberal-konservativen Mehrheit. Bezeichnungen wie »Planerin eines Völkermords an den Franzosen« wurden damals auf Seiten der extremen Rechten verbreitet. Der Angriff auf ihr Bild ist Teil einer Serie von Hakenkreuzschmierereien und antisemitischen Graffitis, die seit Anfang dieses Jahres erheblich an Intensität zunehmen. Betroffen waren neben tatsächlich oder vermeintlich jüdischen Zielpersonen auch andere Einrichtungen. Hakenkreuze wurden beispielsweise bei einer Geschäftsstelle der französischen KP in Vienne – in der Nähe von Grenoble – am 12. Februar und auf einer Moscheebaustelle im westfranzösischen Amboise am 8. Januar entdeckt. Die südfranzösische sozialdemokratische Regionalpräsidentin Carole Delga erhielt am 15. Februar einen Drohbrief mit Hakenkreuzen. In diesen Fällen dürfte klar sein, dass die UrheberInnen in einer außerparlamentarischen, neonazistischen Rechten zu suchen sind, die sich in den vergangenen Wochen in einer Offensive befindet. Zuvor hatte sie sich, vor allem im Spätherbst 2018, in weiten Teilen an Auseinandersetzungen auf den Straßen im Zusammenhang mit der Protestbewegung der »Gelben Westen« beteiligt, um sich selbst als eine Art »Speerspitze des Volkswiderstands« zu inszenieren.

In den ersten Monaten des Jahres 2019 hat die Teilnahme der gewaltbereiten Rechten an den »Gelbwesten«-Demonstrationen jedoch eher wieder abgenommen. Zum einen, weil die Konflikte mit Linken zunahmen. Vor allem, seit diese ab Anfang Februar 2019 fraktionsübergreifend auf die Attacke gegen einen Demoblock der »Neuen Antikapitalistischen Partei« (NPA) reagierten, die sich am 26. Januar 2019 in Paris ereignete. Andererseits fürchten die extrem rechten Strukturen, zusammen mit Teilen der Protestbewegung stärker ins Visier staatlicher Verfolgungsbehörden zu geraten.

Zwischen Diskreditierung und offen verschwörungsideologischen Flanken

Bereits Anfang Februar 2019 rückte Regierungssprecher Benjamin Griveaux üble Schmierereien – die Aufschrift »Juden« (in deutscher Sprache), die am jüdischen Restaurant »Bagelstein« entdeckt worden war – in einem Tweet in eine Reihe mit Attacken auf PolizistInnen beziehungsweise wie am Samstag zuvor, auf eine Baustelle am Parlamentsgebäude durch Protestierende. Alle zusammen stellte er unter das Motto »Nie wieder« und behauptete eine Vergleichbarkeit zwischen diesen unterschiedlichen Taten. Es war der Eigentümer des »Bagelstein« selbst, der daraufhin öffentlich klarstellte, für ihn gebe es keinerlei nachgewiesenen Zusammenhang zu den »Gelbwesten«.

Leider entspricht es zugleich ebenfalls der Wahrheit, dass ein Teil des heterogenen »Gelbwesten«-Spektrums zugleich in Verschwörungstheorien schwelgt: Da man der etablierten Politik und den etablierten Medien nicht mehr vertraut, sind einige der Gelbwestenbewegung bereit, jeden absoluten Unsinn zu glauben, der ein »Komplott« aufzudecken vorgibt, was nicht unbedingt antisemitisch ist, aber offene Flanken in diese Richtung hat. Verschwörungstheorien waren in einigen »Gelbwesten«-Foren etwa im Hinblick auf das djihadistische Attentat auf den Weihnachtsmarkt in Strasbourg vom 11. Dezember 2018 zu lesen oder auch bezüglich der Hintergründe des Brandes in der Kathedrale Notre-Dame in Paris am 15. April 2019.

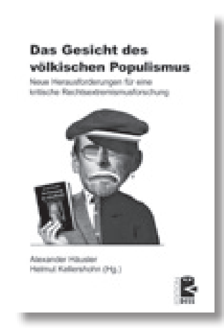


Rechte in den Kommunen

von Paul Wellsow

Ihren Machtanspruch formulieren sie deutlich: »Wir werden die Macht bekommen – und dann werden wir das durchsetzen (…), was notwendig ist, damit wir auch in Zukunft noch unser freies Leben leben können«, sagte der faschistische Politiker der »Alternative für Deutschland« (AfD) Björn Höcke im Januar 2018. Dafür sei es nötig, in der Gesellschaft verankert zu sein. Ausdrücklich forderte er daher: »Jetzt müssen wir die kommunalpolitische Ebene in Angriff nehmen«.
Ende Mai 2019 finden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt. Etwa 125.000 Sitze in gut 12.700 Gremien werden neu vergeben. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben Tilo Giesbers und Anika Taschke die Studie »Rät*innen gegen Rechts« vorgelegt, ein aktueller Einstieg ins Thema. In ihrem einführenden Überblick zeigen sie, dass Parteien der radikalen Rechten in der Bundesrepublik seit Ende der 1940er Jahre immer wieder in Kommunalparlamenten saßen. Derzeit zählen die AutorInnen etwa 2.420 Kommunalmandate rechts der CDU/CSU. 1.561 Mandate entfielen bei den letzten Wahlen auf die AfD, etwa 378 auf die NPD und ihr nahestehende Listen.
Bei den kommenden Wahlen wird die AfD stärker werden – teils auf Kosten anderer Rechtsparteien, aber vor allem, weil sie inzwischen gestärkt ist und in mehr Regionen antritt. Die Zahl der rechten Mandate werde sich »deutlich mehr als verdoppeln«, warnen Giesbers und Taschke. Und sie weisen darauf hin, dass – anders als zumeist die NPD oder andere Rechtsparteien bisher – die AfD gerade auf der kommunalen Ebene Teil politischer Bündnisse werden könne. In einem schnellen Ritt durch zentrale Themenfelder – von Bildung, Demokratie, Migration, Geschichtspolitik über Soziales oder Umwelt bis hin zu Wirtschaft und weiteren kommunalrelevanten Fragen – zeigen die AutorInnen anhand von Anträgen, Reden oder anderen Aktivitäten, wie rechte Kommunalpolitik konkret aussieht. Die Publikation schließt mit Tipps zum Umgang mit Rechten in den Kommunalparlamenten.
Bei der Darstellung der Themen der Rechten und den Tipps zum Umgang mit der Rechten hätte hier und da mehr Tiefe gut getan. Doch die fundierte Publikation kommt genau zur rechten Zeit – passend zu den Wahlen und vor allem rechtzeitig zur praktischen Vorbereitung auf den künftigen Umgang mit der radikalen Rechten in Stadträten oder Kreistagen.

*Tilo Giesbers / Anika Taschke: Rät*innen gegen Rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien. Berlin 2019, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 110 Seiten, Download und kostenfreie Bestellung: www.rosalux.de.*



Herausforderungen für kritische Rechtsextremismusforschung

von Sascha Schmidt

Mit dem Aufkommen der »Alternative für Deutschland« (AfD) und anderer neuer rechter Bewegungen ging eine Verbreiterung des (extrem) rechten Feldes einher. Vielfach ließ sich zudem eine Durchmischung von vormals voneinander getrennt agierenden und heterogenen Milieus beobachten. Diese Entwicklungen, sowie der damit häufig in Verbindung gebrachte, unterkomplexe Begriff »Rechtspopulismus« (RP), stellen für eine »sich kritisch verstehende Rechtsextremismusforschung hohe Anforderungen« dar, so die Herausgeber des Sammelbandes »Das Gesicht des völkischen Populismus« Alexander Häusler und Helmut Kellershohn.
Die grundsätzliche Aufgabe einer solchen Forschung sehen die beiden Wissenschaftler darin, »aktuelle Entwicklungen auf dem rechten Feld in gesellschaftskritischer Hinsicht zu analysieren, zu kontextualisieren und deren wirkmächtigen Potenziale herauszuarbeiten«. Diesem Vorhaben widmen sich in dem vom »Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung« (DISS) herausgegebenen Band zwölf im Forschungsfeld erfahrene WissenschaftlerInnen. Gegliedert ist das Buch in zwei Teile: Der erste Teil zielt auf die »Erkundung der Lage« im Kontext RP ab. Darin analysiert beispielsweise Ralf Ptak die Entwicklungen des RP vor dem Hintergrund des in die Krise geratenen Neoliberalismus. Richard Gebhardt deutet demgegenüber den Rechtsruck als Ausdruck eines »Kulturkampfes«. Kellershohn setzt sich mit der Bedeutung des Völkischen zur Charakterisierung rechter Bewegungen auseinander. Zudem thematisiert er die Rolle der Zeitschrift »Junge Freiheit« für die AfD und die »Neue Rechte«. Häusler erörtert die politische Verortbarkeit des Rechtsruckes in der BRD und der AfD. Im zweiten Teil sondieren die AutorInnen methodische Ansätze, Forschungsfelder und universitäre Herausforderungen für eine kritische Forschung. Beispielsweise fordert Beate Küpper einen »multidisziplinären Zugang«. Sie selber vertritt eine sozialpsychologische Sicht auf das Themenfeld. Andreas Kemper erörtert Potenziale einer internetgestützten Diskursforschung zum Antifeminismus. Fabian Virchow formuliert Anforderungen an eine gegenwartsbezogene Faschimusforschung – und Juliane Lang plädiert für eine stärkere analytische Beachtung geschlechterreflektierender Perspektiven.
Ein (nicht nur) für WissenschaftlerInnen, die im Themenfeld arbeiten, empfehlenswertes, weil anregendes und kenntnisreiches Buch.

Alexander Häusler / Helmut Kellershohn (Hg.): Das Gesicht des völkischen Populismus – Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung. Münster 2018, Edition DISS im Unrast Verlag, 216 Seiten, 19,80 Euro.



Von Neonazis und Superhelden

von Sascha Schmidt

Im Sommer 2017 sorgte ein Konzert im thüringischen Themar für bundesweite Aufmerksamkeit.

In dem beschaulichen 2.900-Seelen-Dorf fand eines der größten RechtsRock-Konzerte in der Geschichte der Bundesrepublik statt. Mehr als 6.000 Neonazis nahmen – unter »Sieg Heil«-Rufen – an dem Konzert teil. Nachfolgend fanden in den kommenden Monaten – wenn auch in deutlich kleinerem Maßstab – weitere neonazistische Musikveranstaltungen auf der von einem ehemaligen Mitglied der »Alternative für Deutschland« (AfD) zur Verfügung gestellten Wiese am Dorfrand statt. Mittlerweile haben auch Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei »Der III. Weg« das Dorf, in dem die AfD mit 26,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 stärkste Kraft wurde, für ihre Aktionen entdeckt. Doch es regt sich seit längerer Zeit auch Widerstand – organisiert von einigen DorfbewohnerInnen.

Der Journalist und Filmemacher Adrian Oeser hat sich für eine Film-Dokumentation nach Themar begeben, um sich einen Eindruck von dem Ort und der dort vorherrschenden politischen Stimmung zu verschaffen. Dafür führte Oeser zahlreiche Interviews – sowohl mit GegnerInnen, als auch mit VerharmloserInnen oder klammheimlichen BefürworterInnen des Neonazi-Treibens – und stieß dabei auf eine polarisierte Dorfgesellschaft. Oeser beleuchtet in seiner Dokumentation auch die Neonaziaktivitäten vor Ort. Dafür begleitete er PolitikerInnen und PolizeibeamtInnen bei ihren Rundgängen auf dem Konzertareal und interviewte sowohl GegnerInnen und KennerInnen der Szene, wie die thüringische Landtagsabgeordnete der Partei »Die Linke«, Katharina König-Preuss, als auch Thommy Frenck – einen der Haupt-organisatoren der RechtsRock-Konzerte. Der zentrale Fokus der Dokumentation liegt jedoch auf den Aktivitäten des lokalen Anti-Nazi-Bündnisses. Oeser dokumentiert, wie die Mitglieder des Bündnisses Holzkreuze, auf denen die Namen von Opfern rechter Gewalt in der BRD stehen, am Rande eines RechtsRock-Konzertes aufstellen oder lässt sich von einem Vertreter der Gruppe erklären, warum sich dieser schon mal als Superheld verkleidet. Oesers gelungene Dokumentation macht Mut. Denn sie macht deutlich: Auch in noch so neonazistisch-dominierten Regionen ist antifaschistischer Widerstand möglich. Gerade mit dieser Message eignet sich der Film sowohl für politische Bildungsarbeit, als auch als Anregung für bürgerliche Bündnisse gegen Rechts.

Adrian Oeser (Buch und Regie): Von Neonazis und Superhelden; 56 Minuten Spieldauer. Zu beziehen ist der Film über die Filmakademie Baden-Württemberg

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 8, 23, 29, 34, 36, 39)
der rechte rand Archiv (Seite 3)
Kai Budler (Seiten 4, 15)
AST Recherchegruppe (Seite 5)
Infozentrale (Seite 5)
Robert Andreasch (Seite 6)
Thomas Witzgall (Seiten 11, 19)
Henrik Merker (Seiten 13, 16)
Mobile Beratung in Thüringen (Seite 20)
picture alliance (Seite 24)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr



das **magazin**
von und für **antifaschistInnen**

www.der-rechte-rand.de